

800

CHILE

vom
'friedlichen Übergang'
zur
faschistischen
Militär-Diktatur



Unser Weg

3. geänderte und erweiterte Auflage DM 4,--

VORWORT ZUR 3. AUFLAGE

Wegen der anhaltenden Bedeutung der Diskussion über die chilenischen Erfahrungen von der UP-Regierung bis zum faschistischen Militärputsch haben wir uns zu einer dritten Auflage unserer Chile-Sonderbrochure entschlossen. Diese Auflage ist wesentlich geändert und erweitert worden. Der Text, den wir im November 1972 bereits als erste Ausgabe zur Auseinandersetzung mit der Strategie des „friedlichen Überganges“ veröffentlichten, ist nicht wieder in die 3. Auflage aufgenommen worden, da alle dort behandelten Fragen auch in den späteren Artikeln enthalten sind. Aus dem gleichen Grunde haben wir auch von den übrigen AK-Artikeln, die vor dem Militärputsch vom 11. September 73 geschrieben und veröffentlicht wurden, nur noch den Text aus dem AK 32 aufgenommen: „Friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett. Neu hinzugekommen sind Artikel aus den Ausgaben 34 bis 37 des ARBEITER-KAMPF und zwei Interviews aus der ersten Ausgabe unserer Zeitung „die Internationale“.

Darüberhinaus bereiten wir eine weitere Chile-Broschüre vor, die vor allem der Auseinandersetzung innerhalb der Linken um die Grundfragen, die um die Ereignisse in Chile wieder in den Vordergrund rückten, gewidmet sein wird. Diese Broschüre wird voraussichtlich Anfang 1974 erscheinen.

Januar 1974

INHALT

I. Das Ende des „friedlichen Übergangs“ und der Militärputsch

	Seite
Chile: „Friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett (AK 32/5. Sept. 73)	3
Militärputsch in Chile (AK 33/26. Sept. 73)	10
Woher kam das „wirtschaftliche Chaos“? (AK 33/26. Sept. 73)	15
Im Hintergrund immer der US-Imperialismus (AK 33/26. Sept. 73)	17
Wütender faschistischer Terror (AK 34/16. Okt. 73)	19
US-Imperialismus mordet mit (AK 34/16. Okt. 73)	22
Marschallplan und Liebe zum Faschismus (AK 34/16. Okt. 73)	24
Behörde will Solidaritätssammlung für Chile verhindern (AK 36/26. Nov. 73)	25
„Für Hoechst ein interessanter Markt“ (Spiegel)	27
SPD zu Chile „Nicht hilfreich“ (AK 36/26. Nov. 73)	27

II. Zur Situation des chilenischen Widerstandes

Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes (AK 33/26. Sept. 73)	28
Langdauernder revolutionärer Krieg (AK 35/6. Nov. 73)	31
Starke Aktionen des Widerstandes im ganzen Land (aus Lotta Continua) (AK 36/26. Nov. 73)	37
„Wir haben eine Schlacht verloren, nicht aber den Krieg!“ Appell von Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR (AK 37/18. Dez. 73)	38

III. Dokumente

Interview mit einem italienischen Genossen (AK 36/26. Nov. 73)	39
Interview mit Rene de Carvalho von der PCBR Brasilien (Internat 2/6. febr 74)	42
Interview mit einem Genossen des MIR (Internationale 1/18. Dez. 73)	46
Interview mit einem Genossen der MAPU (Internationale 1/18. Dez. 73)	49
Erklärung der „KP“ Chiles nach dem Putsch; Auszug (AK 35/6. Nov. 73)	53
Wie die indonesische KP nach dem faschistischen Militärputsch 1965 ihre Fehler kritisierte (AK 34/16. Okt. 73)	54

Das Ende des 'friedlichen Übergangs' und der Militärputsch

CHILE:

» FRIEDLICHER ÜBERGANG « AUF DEM STERBEBETT

Die gegenwärtige Situation in Chile erscheint äußerst verworren. Präsident Allende hat erklärt, daß das Land „am Rande des Bürgerkriegs“ steht. Die bürgerliche Presse berichtet in der letzten Zeit fast täglich von der sich zuspitzenden Krise, wofür sie natürlich die „sozialistische Politik“ der Unidad Popular verantwortlich macht. Tatsächlich verhält es sich aber so, daß diese Krise von den reaktionären Kräften betrieben wird, die sich zum Sturz der Allende-Regierung um die chilenische Bourgeoisie geschart haben und dabei von den ausländischen Imperialisten und Militaristen unterstützt werden. Der Terror der Konterrevolution hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, wo eigentlich schon nicht mehr die Frage steht, wie die chilenischen Arbeiter und Bauern den Bürgerkrieg verhindern können, sondern: wie sie ihn gewinnen können.

Was die Allende-Regierung selbst betrifft, so flüchtet sie sich immer mehr in eine offene Kapitulationspolitik. Ihr reformistisches Konzept vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ erweist damit immer deutlicher seine völlige Untauglichkeit, die chilenischen Arbeiter und Bauern wirklich zum Sieg über die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht zu führen.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 27 (April 73) schrieben wir zum Ausgang der März-Wahlen, in denen der bürgerliche Block sein Ziel einer parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht und die Unidad Popular im Gegenteil an Stimmen gewonnen hatte:

„Nachdem der Versuch eines ‚legalen‘ Umsturzes vorerst gescheitert ist, bleiben zwei Schlußfolgerungen für die Reaktion, mit denen die chilenischen Arbeiter und Bauern rechnen müssen. Erstens eine Fortführung der Sabotage und Obstruktion, um die Unidad Popular zu weiteren Rückzügen zu zwingen. Die Allende-Regierung würde so immer weniger die Schwierigkeiten des Landes lösen können und schließlich ihr Vertrauen in der Bevölkerung verlieren. Nicht nur die chilenische, sondern darüber hinaus die internationale Reaktion hätte dann ihren ‚endgültigen Beweis, daß der Sozialismus ins Chaos führt‘. Zweitens eine weitere Anheizung der Spannung und des Terrors im Land, mit dem Ziel, einen Bürgerkrieg zu entfachen und die Unidad Popular gewaltsam zu stürzen. Die Tatsache, daß das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei vorerst auf ‚legalem‘ Weg sein Ziel nicht erreichen konnte, verringert nicht, sondern erhöht diese Gefahr eines militärischen Umsturzes. Mit beiden Schlußfolgerungen ist zu rechnen, und es ist wahrscheinlich, daß die Reaktion in einem Spiel mit verteilten Rollen von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen wird.“



Salvador Allende

Diese Einschätzung hat sich leider als sehr richtig erwiesen. Die chilenische Konterrevolution hat das „Spiel mit verteilten Rollen“ gerade in den letzten Wochen und Monaten unnachgiebig und zielstrebig geführt. Wirtschaftssabotage und Obstruktion auf der einen Seite, Anheizung der Spannung und Terror auf der anderen Seite. Der monatelangen Zurückhaltung von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern durch zahlreiche Groß- und Einzelhändler und dem damit verbundenen Aufblühen eines ausgedehnten Schwarz-

markts (und der ungeheuren Inflation) folgte der Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna Ende vergangenen Junis. Dieser wiederum war das Signal für eine erneute Lahmlegung des Versorgungsnetzes durch die privaten Transportunternehmen. Und parallel dazu eine neue Welle faschistischer Terroranschläge im ganzen Land.

Während die einen die Allende-Regierung im „zivilen“ parlamentarischen Schauspiel zu immer weitergehenden Abstrichen vom Programm der Unidad Popular erpresen (die chilenischen Christdemokraten, die übrigens von der westdeutschen CDU kräftige Finanzhilfe für ihre Aktivitäten erhalten), suchen die anderen (faschistische Organisationen wie „Patria y Libertad“, ultra-reaktionäre Militärkreise und auch die Nationale Partei) der Allende-Regierung und den mit ihrem Programm sympathisierenden Arbeiter- und Bauernmassen mittels offenem Terror und Putschversuchen das Genick zu brechen. Regisseur und Profiteur ist in allen Fällen die chilenische Bourgeoisie, Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Und mit ihnen im Bunde die internationale Konterrevolution der imperialistischen und reaktionären Staaten, gleichfalls unter Anwendung verschiedener Methoden.

Unter Einsatz ihrer ökonomischen Macht streichen die imperialistischen Staaten und Konzerne der chilenischen Wirtschaft lebenswichtige Kredite, beschlagnahmen und rauben sie chilenische Konten in internationalen Finanzinstituten, manipulieren sie den Weltmarktpreis für Chiles wichtigstes Exportgut, das Kupfer, um fast 30 % in die Tiefe, usw. Daneben gewähren die reaktionären Regimes von Brasilien, Argentinien und Uruguay den alten Großgrundbesitzern Chiles Exil, wo sie ungestört mit den Chefs der faschistischen Terrororganisationen in Chile gegen die Unidad Popular konspirieren und Putschpläne ausarbeiten können. In Bolivien, wo das Regime des Oberst Banzer selbst im August 1971 mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA an die Macht gehievt wurde, werden unter dem Kommando von zwei entlassenen Offizieren chilenische Söldner für eine eventuelle Invasion nach Chile trainiert. Bei der Freizügigkeit, mit der der CIA in Bolivien und in fast allen Ländern Lateinamerikas seine imperialistische Untergrundarbeit betreibt, dürfte er hierbei wohl ebenso seine Finger direkt im Spiel haben. Das wäre ja auch in bezug auf Chile nur eine konsequente Fortführung der verbrecherischen Traditionen des

US - Imperialismus: Die ersten Putschpläne, noch in der Zeit zwischen dem Wahlsieg der Unidad Popular und dem Regierungsantritt Allendes, waren bekanntlich vom US-Großkonzern ITT unter Hilfeleistung des US-Außenministeriums ausgearbeitet worden.

Unidad Popular auf dem Marsch nach rückwärts

Unserer Einschätzung nach sieht das Kräfteverhältnis für die Unidad Popular angesichts dieser gesteigerten Offensive der chilenischen Reaktion und des Imperialismus nicht günstig aus. Zwar hat die bürgerliche Presse nach dem Scheitern des Armeeaufstands Ende Juni in ihren Kommentaren davon gesprochen, daß die Allende-Regierung damit eine „Atempause“ erreicht habe – und sie heuchelte sogar davon, daß diese „kurzsichtigen Militärs“ mit ihrer „stümperhaften Planung“ Allende obendrein

tion, die voller Wut über das Scheitern der faschistischen Offiziere von Tacna nur noch „rot“ sah, bewahrheiteten sich nicht. Leider!

Nicht die Allende-Regierung erhielt eine Atempause und ging in die politische Offensive über, sondern die chilenische Reaktion steigerte ihre Offensive noch und die Allende-Regierung krümmte ihren Buckel nur noch weiter, anstatt sich aufzurichten: sie nahm Gespräche mit den feindlichen Christdemokraten auf und bot ihnen eine Regierungsbeteiligung an; sie ernannte wieder einige Militärs zu Ministern (womit sie einem „Rat“ ihrer Feinde folgte, nämlich der Christdemokraten und der Militärs selbst, wobei die Christdemokraten allerdings inzwischen gemeinsam mit anderen Kräften der schwärzesten Konterrevolution ein reines Militärregime fordern);

sie stattete das Militär mit umfang-



Allende beschwichtigt und entwapfnet das Volk gegen die Angriffe der Bourgeoisie

noch „Schützenhilfe“ geleistet hätten, und daß die Volksfront „im Siegestaumel der mobilisierten Straße ... nun zum erstenmal seit Monaten wieder zur politischen Offensive übergehen“ könne (Zitate aus Springers „Welt“ vom 2.7.73). Aber diese übereifrigen Cassandra-rufe unserer einheimischen Reak-

reichen Befugnissen aus, worunter das wichtigste wohl die Entwaffnung der Arbeiter- und Bauernmilizen ist, die sich zur Abwehr der faschistischen Verbrecherbanden und der weißen Gardien der alten Großgrundbesitzer gebildet haben. Daß diese Maßnahmen der Allende-Regierung nicht von einer

politischen Offensive gegen die in- und ausländische Konterrevolution zeugen, ist offensichtlich. Daß diese Maßnahmen im Gegenteil sogar eine **Ermunterung** der Konterrevolution darstellen, sich nur noch dreister zu gebärden, das kann ebenso jeder feststellen, der die Entwicklung in Chile gegenwärtig aus der Presse aufmerksam verfolgt. Allerdings ist dies bereits eine jahrzehntealte Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung; und das wiegt umso schwerer, weil die Parteien der Unidad Popular, zumindest die Kommunistische (in Wahrheit revisionistische) und die Sozialistische Partei, sich ja zu einem Bestandteil dieser internationalen Arbeiterbewegung zählen.

Es genügt demnach zur Erklärung der gegenwärtigen Situation

a n g e s i c h t s dieser Offensive die Frage danach, welche Mittel die Unidad Popular und die Allende-Regierung zum Kampf gegen die Konterrevolution ins Feld führen – und wir haben schon gesehen, daß ihr hauptsächlichstes Mittel darin besteht, vor der Konterrevolution **z u r ü c k z u w e i c h e n**. Nicht so sehr in Worten, als in Taten. Es mangelt natürlich nicht an Appellen, die Konterrevolution zu schlagen, den „revolutionären Prozeß“ voranzutreiben, die „Einheit des Volkes“ herzustellen usw. Aber kann man die Konterrevolution durch Appelle schlagen? Kann man den „revolutionären Prozeß“ und die „Einheit des Volkes“ dadurch voranbringen, daß man sie bloß wie eine heiße Kartoffel, die man am liebsten selber ausspucken möch-

der wirklichen Situation in Chile blanker Zynismus und eine völlige Irreführung über die Hauptaufgaben des Kampfes. Derartige Anforderungen hat die Unidad Popular schon seit Anbeginn ihrer Regierungszeit (Ende 1970) ausgegeben, aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht weniger, sondern mehr geworden – obwohl, wie die DKP-Zeitung UZ Mitte August dieses Jahres triumphal meldete: „Die Werktätigen arbeiten täglich bis zu zwölf Stunden, um die Produktion zu halten.“ Eine wahrhaft beachtliche „Erfolgsmeldung“ im Kampf gegen die Konterrevolution!!

Wie ist aber die wirkliche Situation, auf deren Boden die Unidad Popular zum „Kampf für die Produktionssteigerung“ aufruft? Die



3. November 1970 – die Unidad Popular kommt an die Regierung

nicht, auf die Offensive der Konterrevolution hinzuweisen, auf ihre ungeheuren Verbrechen; die Wirtschaftssabotage, die auf eine Aus-hungerung der Bevölkerung abzielt, damit diese gegen die Unidad Popular rebelliert; die unzähligen Bombenanschläge gegen Produktionsanlagen, Brücken, Ölleitungen und Büros der Gewerkschaften und der Parteien der „Volkseinheit“; die faschistischen Morde wie z.B. am Militäradjutanten Allendes und an einem führenden Vertreter der Transportarbeiter - Gewerkschaft; usw.

Sondern es erhebt sich gerade

te, im Mund rumwälzt?

Der Unsinn von der „Produktionsschlacht“

Was beinhalten die Appelle der Unidad Popular? Wozu fordert sie die werktätigen Massen **k o n - k r e t** auf, um die Konterrevolution zu schlagen? Vor allem sollen die Arbeiter und Bauern die Produktion steigern, um die von der Konterrevolution durch Sabotageakte, Warenhortung, Schwarzmarkt, Schmuggel rarer Güter ins Ausland usw. verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Aufforderung ist angesichts

Unidad Popular hat sich hier auf ein Wettrennen eingelassen, bei dem sie und die Arbeiterklasse von vornherein als **V e r l i e r e r** feststehen – gegenüber der Konterrevolution, die sich dabei nur ins Fäustchen lachen kann. Rund 60 % der Industrieproduktion und 75 % des Handels befinden sich noch in **p r i v a t e m** Besitz, der Rest in den Händen des Staates. Die Mehrheit der Arbeiter sind **L o h n - a r b e i t e r** in **k a p i t a l i s t i s c h e n** Betrieben. Sollen diese die Konterrevolution (d.h. die Bourgeoisie, die Kapitalisten!) dadurch schlagen, daß sie die Pro-

duktion in den Betrieben der Kapitalisten erhöhen? Ein Witz, und die DKP hätte das als Rätselaufgabe im „uzetchen“ veröffentlichen können, wenn die Situation in Chile nicht so ernst wäre!

Und die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben? Können die Arbeiter einer Minderheit von Betrieben (nicht nur der Anzahl, sondern auch dem Produktionsumfangs nach) durch eine Steigerung der Produktion die konterrevolutionären Umtriebe der Bourgeoisie, die immer noch die Mehrheit der Betriebe in ihren Händen hält, ernsthaft besiegen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten; man sieht, daß der Appell zur „Produktionsschlacht“ allein schon auf ökonomischer Ebene falsch ist.

gierung errungen haben.

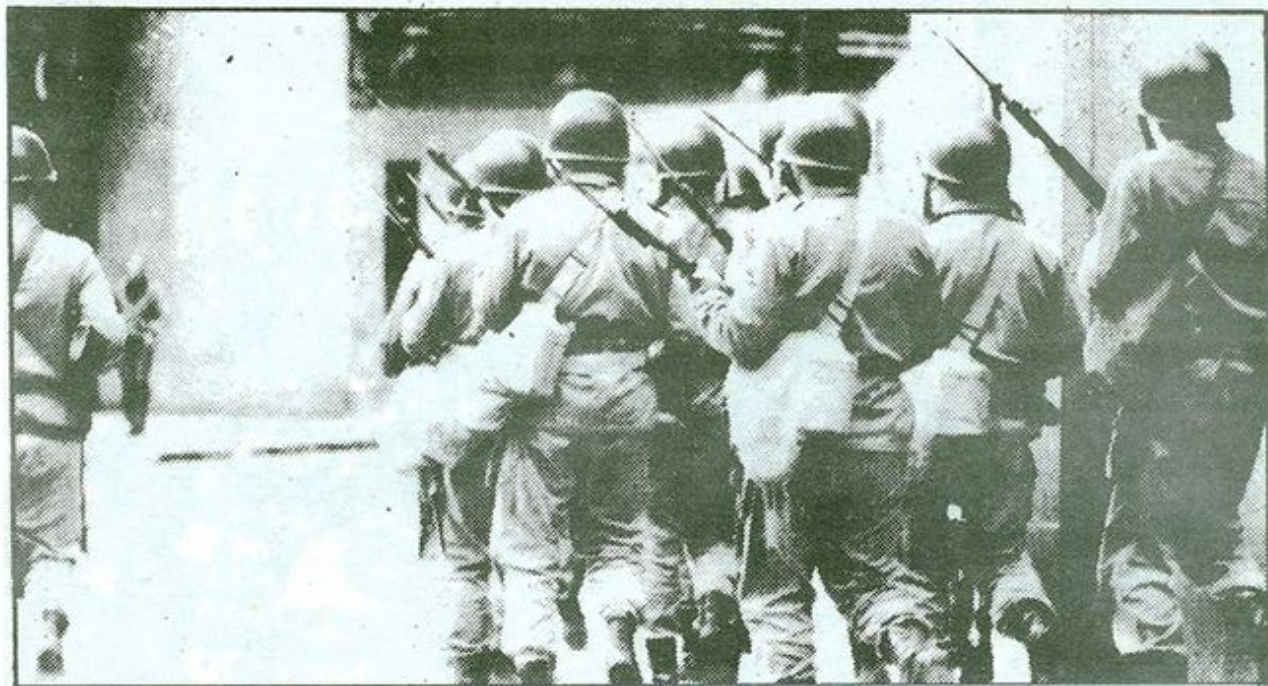
Bei alledem ist der Appell zur „Produktionsschlacht“ nicht nur auf ökonomischer Ebene falsch; sondern er führt vor allem politisch zu verheerenden Folgen, zu einer Demobilisierung und politischen und ideologischen Entwaffnung der Arbeiterklasse, wenn die Unidad Popular im Kampf gegen die Konterrevolution wesentlich auf eine „Steigerung der Produktion“ orientiert. Die Hauptaufgabe ist die, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu führen, d.h. der Bourgeoisie ihre Herrschaftsinstrumente zu entreißen, mit denen sie immer wieder versuchen wird, das Blatt zu ihren Gunsten, zum Fortbestehen von Ausbeutung und Unterdrückung zu

sten und überwiegenden Teils) und zweitens kann dies nicht als Hauptparole im Kampf gegen die weiterhin verbleibenden bürgerlichen Elemente, die die Konterrevolution betreiben, ausgegeben werden.

Ist das chilenische Militär ein „loyaler Bündnispartner“?

Wir haben die Frage des bürgerlichen Staatsapparates und der Mobilisierung der Arbeiter und Bauern angeschnitten. Allgemein ist festzustellen, daß die Unidad Popular in ihrer nun mehr als zweidreiviertel-jährigen Regierungszeit den bürgerlichen Staatsapparat in seinem Wesen völlig unangetastet gelassen hat.

In diesem Rahmen ist die Haltung der „Volkseinheit“ gegenüber dem chilenischen Militär besonders aufschlußreich. Bereits im Novem-



Die Reaktion marschiert

Die Frage ist indes auch nicht ökonomisch, sondern politisch zu stellen. Trotz der Regierungsbildung durch die Unidad Popular besteht der bürgerliche, d.h. kapitalistische Staatsapparat fort, ist die Bourgeoisie in Chile beileibe noch nicht ihrer politischen, administrativen und militärischen Herrschaftsmittel beraubt. Die Konterrevolution verfolgt auch mit ihrer Sabotage auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem politische Ziele, nämlich den Sturz der Unidad Popular von der Regierung und die Verdrängung der Arbeiter und Bauern aus ihren Kampfpositionen, die sie sich unter der Allende-Re-

wenden.

Wir werden nie bestreiten, daß die Arbeiterklasse auf dem Weg in den Sozialismus energisch den Hebel der Verbesserung und Steigerung der Produktion ansetzen muß, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, die sowohl aus der Sabotage der Konterrevolution als auch aus der anfänglichen Unerfahrenheit der Arbeiterklasse in der selbständigen Leitung der Produktion herrühren. Aber dazu bedarf es erstens bestimmter Voraussetzungen (nämlich die politische Macht erobert und die Enteignung der Produktionsmittel durchgeführt zu haben, zumindest des wichtig-

ber 1972 haben wir in einer Sondernummer unserer Zeitschrift UNSER WEG ausführlich anhand von Resolutionen und Äußerungen einzelner Führer der Unidad Popular diese theoretisch völlig illusionistische und praktisch kapitulantenhafte Haltung deutlich gemacht. (Chile: „Friedlicher Übergang“ zum Sozialismus?; 1 DM) Es sei nur noch einmal an die dort zitierte Auffassung des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, erinnert, der zwar „Umgestaltungen auch in den militärischen Institutionen“ für notwendig hält, aber: „...man kann sie nicht aufzwingen. Sie müssen von den Militärs selbst aus-

gehen, ihrer eigenen Überzeugung entspringen (!). Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen."

Nun haben „die Zeit und das Leben“ inzwischen reichlich gezeigt, w e l c h e Umgestaltungen „von den Militärs selbst ausgehen“ und „ihrer eigenen Überzeugung entspringen“. Das augenfälligste Beispiel aus der jüngsten Zeit ist der gescheiterte Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna, eine sogenannte „Eliteinheit“ der chilenischen Streitkräfte.

Dieses Regiment stand ehemals unter dem Kommando des Generals Vial, der bereits Ende 1970 in die vom US-Konzern ITT ausgearbeiteten Pläne zur Verhinderung des Amtsantritts von Allende verwickelt war, und seitdem im Gefängnis sitzt. Der konterrevolutionäre Geist seiner Truppen blieb erhalten. An der Führung dieses jüngsten Putschversuchs waren nicht nur hohe Offiziere der chilenischen Armee beteiligt, sondern beispielsweise auch Figuren wie Pablo Rodriguez, Präsident der faschistischen Terror-Organisation „Patria y Libertad“ („Vaterland und Freiheit“), der nach dem Mißlingen zusammen mit einigen Mitverschwörern Unterschlupf in der Botschaft von Ecuador gefunden hat.

Zwei Tage vor dem gescheiterten Putschversuch am 29. Juni wurde bereits ein geplantes Attentat rechter Kreise auf den Oberkommandierenden des chilenischen Heeres, General Prats (der auch in die Regierung aufgenommen wurde), vereitelt. Dies sollte offenbar das Signal für den nachfolgenden Militäraufstand sein, ähnlich wie es im Oktober 1970 beabsichtigt war, als der damalige Armeechef General Schneider im Auftrag der Rechten ermordet wurde.

Die Unidad Popular hat im Verlauf ihrer Regierungszeit mehrere Militärpläne für einen rechten Staatsstreich aufgedeckt. So im Dezember 1971, wo der Leiter der Militärschule von Santiago, Colonel Labbe, wegen Vorbereitung eines Putsches zum Rücktritt gezwungen wurde. Heute ist er einer der Führer der Nationalen Partei. Ende März 1972 wurde der Armeegeneral Greene Baquedano im Zusammenhang mit Putschplänen festgenommen. Nach knapp einer Woche wurde Baquedano dann wieder auf freien Fuß gesetzt ... auf Beschluß eines Militärgerichts, was nur ein bezeichnender Beweis für die tatsächliche Macht des Militärs und der in diesen Kreisen eingeborenen reaktionären Gesinnung ist. Im September 1972 wurde dann der Armeegeneral Canales in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, weil er den Sturz der Allende-Regierung plante.

Diese Beispiele zeigen erstens, daß das bürgerliche Militär alles andere als ein „loyaler“ Bündnispartner beim „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ ist. Zweitens zeigt sich hier die kapitulantenhafte Haltung der Allende-Regierung. In fast allen Fällen wurden lediglich einige Haupter der Verschwörung in den vorzeitigen Ruhestand versetzt oder vorübergehend verhaftet. Die Unidad Popular beschränkte sich jedesmal darauf, die Verschwörer wortgewaltig „anzuklagen“ – weitere Konsequenzen wurden nicht gezogen, und die meisten der „Angeklagten“ setzten ihre konterrevolutionären Umtriebe unvermindert fort. Teilweise

chilenischen Streitkräfte vom US-Imperialismus (sowohl in der Ausbildung als auch in der Technologie) setzt sich auch unter der Allende-Regierung fort. Beispielsweise beteiligten sich die chilenische Luftwaffe und Marine an 15-tägigen gemeinsamen Seemanövern mit der US Task Force. Im März 1972 wurde der Chef der US-Luftwaffe, General John Ryan, als „besonderer Gast“ von der chilenischen Luftwaffe zur Feier ihres „Luftwaffen-Tages“ nach Chile eingeladen. Auch Allende ließ es sich nicht nehmen, an dieser Feier teilzunehmen und Ryan herzlich zu begrüßen. Offiziere der chilenischen Streitkräfte nehmen weiterhin an



Luis Corvalan, Generalsekretär der KP Chiles: mehr Biedermann als Brandstifter

operieren sie nun vom angrenzenden Ausland, wie z.B. Bolivien. Dort trainieren zwei in den Ruhestand versetzte Offiziere, wie die Zeitung der Sozialistischen Partei „Ultima Hora“ vor mehreren Wochen aufdeckte, ungefähr 3 000 chilenische (!) Söldner für eine mögliche Invasion in Chile. (Das gleiche Kapitulanten-tum der Unidad Popular zeigt sich im übrigen auch gegenüber den faschistischen Organisationen wie „Patria y Libertad“, die trotz unzähliger Beweise für ihre konterrevolutionären Mord- und Terroraktionen noch nicht einmal verboten ist. Völlig im Stil des „unbeteiligten Beobachters“ und des „Hüters der Unvoreingenommenheit“ versunken, schrieb die UZ Anfang Juli dazu: „Immer stärker wird die Forderung nach einem Verbot der faschistischen Banden der „Patria y Libertad“ und Säuberung des Verwaltungsapparats.“ Ja, und w a r u m tut die Allende-Regierung denn n i c h t s, wenn doch die Forderungen „immer stärker“ werden? !)

Die Allende-Regierung nutzt nicht die bürgerliche Legalität, die ihr mit ihrem Wahlsieg vom September 1970 „zugefallen“ ist, sondern sie betet sie an. Die Abhängigkeit der sogenannten „neutralen“

„Lehrgängen“ in den USA teil; und wie die bürgerliche Presse kürzlich meldete, führen die USA auch ihre „Militärhilfe“ für die chilenischen Streitkräfte fort. Es bedarf auch keiner großen Überlegungen, warum der US-Imperialismus wohl die wirtschaftlichen Kredite für die Allende-Regierung eingefroren hat, seine Militärhilfe für die chilenischen Streitkräfte aber nicht.

In der jetzigen Situation, wo die Krise im Land sich aufs schärfste zuspitzt, nimmt auch die „Unruhe“ in den Streitkräften zu. Dennoch hält die Unidad Popular daran fest, daß die Streitkräfte (abgesehen nur von einigen „unverbesserlichen“ Offizieren!) „neutral“ seien und der Regierung „loyal“ gegenüberstünden. Als „Beweis“ dafür dient ihr die Tatsache, daß der Putschversuch des Regiments von Tacna von der Armee selbst niedergeschlagen wurde, und die Bereitschaft hoher Militärs zur Teilnahme an der Regierung. Aber dies sind absolut keine „Beweise“ dafür. Es zeigt sich gerade, daß die Unidad Popular sich damit noch mehr zum G e f a n g e n e n des bürgerlichen Militärs macht, daß sie noch weniger etwas g e g e n dessen Willen durchzusetzen vermag. Die Militärs haben indes auch für ihre „Loyalität“ ihren Tri-

but gefordert: vor allem die Vollmacht, die Arbeiter- und Bauernmilizen zu entwaffnen, und gegen militante Demonstrationen der Arbeiter und Bauern und gegen revolutionäre linke Gruppen mit Waffengewalt vorzugehen. Man muß diesen „Übergang zum Sozialismus“ schon fast mit dem Weg der Sozialdemokratie in unserem Land vergleichen, die ebenfalls „im Namen des Sozialismus“ Ende des ersten Weltkriegs mit dem bürgerlichen Militär zusammenarbeitete, um die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte zu entwaffnen und zu zerschlagen.

Super-Optimismus und Verzicht auf Massenmobilisierung

So wie die Unidad Popular auf der einen Seite die bürgerliche Legalität anbetet und den bürgerlichen Staatsapparat (mitsamt dem Militär)

sche Reaktion sogar „gezwungen sind, sich mit der in Chile entstandenen Lage abzufinden“, usw. usw. (alles Zitate des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, und des Politbüro-Mitglieds Volodia Teitelboim). Insbesondere wandten sich die Führer der Unidad Popular aber immer wieder gegen die Notwendigkeit eines gewaltsamen, **b e w a f f n e t e n** Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie, was Corvalan sogar mit dem Anspruch weltweiter Allgemeingültigkeit folgendermaßen formulierte:

„Die (!) Kommunisten sind gegen die These der Unausweichlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes, welche von einigen ultralinken Elementen unterstützt wird. Wir sind der Meinung, daß diese These eigentlich reaktionär ist, da sie dazu bestimmt ist, den Kampf der Massen zu lähmen und, in Erwartung des ‚letzten Kampfes‘, die laufende Aktivität zu schwächen.“

den **V e r z i c h t** auf die Massenbewegung; dann erweckt man bei den Massen selbst ein bürgerliches Sicherheitsgefühl, das vor allem auf die wackelige Regierungsgewalt und auf die „Gunst der Stunde“ vertraut, und sowohl das Bewußtsein und die Entwicklung der **e i g e n e n** Kraft der Massen lähmt. Die Massenbewegung muß auf diese Weise zu einem großen Teil eine **s p o n t a n e** Bewegung bleiben, die nur hin und wieder von der Unidad Popular zu Kundgebungen zusammengerufen wird, wie beispielsweise nach dem gescheiterten Militärputsch Ende Juni. Regelmäßig ruft die Unidad Popular dann dazu auf, die „Wachsamkeit zu erhöhen“ und sich enger zusammenzuschließen gegen die Konterrevolution. Aber ebenso schnell ist sie dann auch schon wieder mit einem Aufruf zur Hand, „die Ruhe zu bewahren“ – und daß die Regierung und die „loyalen“ Militärs die Situation wieder „unter



29. Juni 1973 – der erste Anschlag der Putschisten gegen die UP scheitert; Straßenkämpfe in Santiago

unangetastet läßt, so verzichtet sie andererseits auf eine konsequente Mobilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen gegen die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht. Es handelt sich hier in der Tat auch nur um zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Es sei noch einmal daran erinnert, daß die Unidad Popular die von der in- und ausländischen Konterrevolution drohenden Gefahren besonders in der ersten Phase ihrer Regierungszeit mit einer geradezu kindlichen Naivität heruntergespielt hat. Da war die Rede davon, daß in Lateinamerika „die Welle der Reaktion rasch abebbt“ (jawohl, in g a n z Lateinamerika!), daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Chiles bereits nach 14 Monaten Allende-Regierung „gründlich umgekrempelt“ sei, daß die durchgeführten Veränderungen „nicht wieder ausradiert werden können“, daß die Pläne des US-Imperialismus zur Unterdrückung der lateinamerikanischen Völker bereits „völlig gescheitert“ seien, daß der US-Imperialismus und die lateinamerikani-

Es bleibt demgegenüber nicht nur festzustellen, daß alle bisherige Erfahrung lehrt (seien es die russische Revolution, die chinesische Revolution, die Befreiungskämpfe in Indochina und Palästina oder in anderen Ländern), daß die Herrschaft der Bourgeoisie nicht anders als bewaffnet niederzuringen ist; – sondern die chilenische Entwicklung zeigt darüberhinaus, daß es die Unidad Popular selbst ist, die mit ihrem selbstmörderischen Herunterspielen der konterrevolutionären Gefahr die Vorstellung verbreitet, als ob der „letzte Kampf“ **s c h o n g e l a u f e n** sei, und damit die „laufende Aktivität“ der Massen schwächt. Wenn man lange Zeit eine Propaganda betreibt, daß „die Welle der Reaktion rasch abebbt“, daß die Reaktionäre sich mit der Situation in Chile „abfinden“, weil die Veränderungen ohnehin „nicht wieder ausradiert werden können“ usw. – wenn man in derartiger Weise einen himmelschreienden und realitätsblinden Super-Optimismus predigt, dann zimmert man sich natürlich auch das „theoretische“ Alibi für

Kontrolle“ haben. Praktisch führt ihre Politik stets zur Machtstärkung der Militärs **g e g e n ü b e r** der Massenbewegung.

In der Praxis führt die Politik der Unidad Popular auch zur **S p a l t u n g** der Massenbewegung. Dies entspringt notwendig daraus, daß die Unidad Popular nur gegen **T e i l e** der Bourgeoisie vorgeht. Auf diesen Zusammenhang hat Miguel Enriquez, Generalsekretär der MIR, einer revolutionären Organisation außerhalb der Unidad Popular, im August letzten Jahres in einem Interview mit der Zeitung „Chile Hoy“ hingewiesen:

„Bei der Auswahl der Gegner irrt sich die UP, indem sie nur Teile der herrschenden Klasse schlägt. Sie schlägt sie nicht als Gesamtes und nicht als Klassenfeinde. Ein großer Irrtum der UP ist, daß sie einige Sektoren zerschlägt, andere nur verletzt und andere sogar effektiv schützt. Mehr sogar, sie nimmt sich im Moment vor, einige Teile der Bourgeoisie zu kräftigen. Bei der Wahl der führenden Kräfte und ihrer Alliierten begehen sie zwei Fehler: der eine

liegt darin, eine falsche Konzeption über die wirklichen Volksfeinde zu haben. Die Tatsache, daß sie nur kleine Teile der Agrarbourgeoisie als Feinde betrachten (nämlich diejenigen, die mehr als 80 ha bewässertes Land besitzen; Anm. der AK-Red.) und den Rest schützt, verhindert die Mobilisierung des (gesamten) Agrarproletariats, der Unterbeschäftigten, des Semiproletariats und der armen Bauern. Man verzichtet auf die ungeheuerliche revolutionäre Kraft dieser Teile der Bevölkerung. Dasselbe passiert mit den Arbeitern in der Stadt, sogar der großen Industrie. Man mobilisiert nur die Arbeiter der 91 staatlichen Unternehmen. Die übrigen Arbeiter der Groß-, Mittel- und Klein-Industrie werden nicht mobilisiert. Auf der anderen Seite findet man die abgegebenen Erklärungen und die Pläne, die den Unternehmern der Klein- und Mittelindustrie vorgeschlagen werden (d.h., daß die Unidad Popular diese als „feste Bündnispartner“ ihres „revolutionären Prozesses“ betrachtet, worauf wir schon ausführlicher in unserer erwähnten Sonderbroschüre eingegangen sind; Anm. d. AK-Red.).

Der zweite Fehler entstand aus der typisch europäischen Art, mit der die UP die führenden Klassen analysiert (offenbar ist mit der „typisch europäischen Art“ gemeint, daß die Unidad Popular die Analyse der Klassenverhältnisse in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten Westeuropas schematisch auf die chilenische Situation überträgt; Anm. d. AK-Red.). Das bringt die UP dazu, große arme Schichten der Stadtbevölkerung zu ignorieren und nicht zu führen (vor allem die „Pobladores“, eine arme und vielfach beschäftigungslose Bevölkerungsschicht in den Slums der Stadtrände; AK-Red.). Mit diesen Schichten kann und muß das Industrieproletariat ein permanentes Bündnis eingehen.“

Miguel Enriquez führte in diesem Interview weiter zur Frage der Massenbewegung aus:

„Wenn man die Macht nicht erobert hat, wenn man nur einen Teil des Staatsapparates hat, dann ist man in vielfacher Weise beschränkt; dann gibt es andere Elemente des Staatsapparats, die einem absolut feindlich gegenüberstehen, dann hat man ein ungünstiges Kräfteverhältnis. Man muß die Ziele festlegen. Welches ist unser Ziel? Die Eroberung der Macht. Dafür benötigen wir Kraft. Das Problem ist, wie man Kraft sammelt. Man entdeckt, daß man zwei große Instrumente in der Hand hat. Einen Teil des Staatsapparates und die Verankerung in der Massenbewegung. Nun gut, was

ist aber geschehen? Kräfte sind nicht gesammelt worden, weil die Forderung der Einheit des Volkes nicht erhoben wurde, weil die Massenbewegung nicht genügend mobilisiert wurde und weil man sich auf die parlamentarischen Abmachungen beschränkte. Den Teil des Staatsapparats, den man innehatte, stellte man nicht in den Dienst der Massenbewegung. Somit bleibt die alte Rolle des Systems und damit der Widerspruch in der Gesamtheit des Staatsapparates bestehen.“

Das Problem des Bürgerkriegs: Sieg oder Niederlage

Es ist von hier aus schwer einzuschätzen, wie weit sich in Chile revolutionäre Kräfte der Arbeiter- und Bauernbewegung tatsächlich entwickelt und gefestigt haben, die über die zum offenen Kapitulantentum gewandelte reformistische Politik der Unidad Popular hinausgehen. Die Tagesmeldungen der bürgerlichen Presse geben darüber natürlich keinen oder nur wenig Aufschluß. Die revisionistische Presse, die UZ der DKP, hüllt sich angesichts der Zuspitzung der Krise entweder in betretenes Schweigen oder bringt nur gelegentlich Berichte, die in verantwortungsloser Weise Schönfärberei betreiben und keineswegs den Namen einer ernsthaften Analyse und Auseinandersetzung mit den dortigen Vorgängen verdienen.

Bekannt ist, daß es in Chile einige Ansätze von Arbeiter- und Bauernmilizen gibt, die von der MIR unterstützt und teilweise auch von ihr initiiert werden (und nun im Auftrag der Unidad Popular von den Militärs entwapnet werden sollen). Außerdem liegen uns Informationen vor, daß in einigen Bereichen Formen von Arbeiterräten (Concejos Comunales de Trabajadores) gebildet wurden, die offenbar auch von Teilen der Unidad Popular mitgetragen und initiiert wurden, und die Keimformen einer alternativen Macht zum bürokratischen bürgerlichen Staatsapparat darstellen. Welche Bedeutung diese Räte aber heute schon im Kampf gegen die Konterrevolution und für die Eroberung der Macht haben, wissen wir noch nicht.

Man kann aber davon ausgehen, daß im Verlauf der gegenwärtigen Entwicklung auch eine zunehmende Polarisierung innerhalb der Unidad Popular stattfindet. Am weitesten scheint sich dies innerhalb der Sozialistischen Partei abzuspielen, während uns für die Kommunistische Partei keine Anzeichen dafür vorliegen. Verschiedentlich ist es zu gemeinsamen Aktionen von Grundorganisationen der Parteien der Unidad Popular mit revolutionären

Kräften außerhalb gekommen, und zwar ausdrücklich gegen Direktiven der UP-Führung (in unserer Sonderbroschüre vom vergangenen November berichteten wir darüber anhand der Demonstration im Mai 72 in Concepcion). Für die Sozialistische Partei kann gesagt werden, daß es dort auch vor dem Wahlsieg von 1970 noch recht unterschiedliche Auffassungen über den Weg der „chilenischen Revolution“ gegeben hat. Auf dem SP-Kongreß 1967 in Chillán erklärte Carlos Altamirano den bewaffneten Kampf für den einzig gangbaren Weg der chilenischen Revolution, da die Bourgeoisie niemals freiwillig ihre Herrschaft aufgeben werde.

Dies wurde damals sogar vom Kongreß der Sozialisten gebilligt. Gleichzeitig beschloß der Kongreß aber auch, noch einmal an den Wahlen von 1970 teilzunehmen, wobei es Allende gelang, dies als eine Alternative darzustellen; d.h. ein Erfolg bei diesen Wahlen sollte die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs widerlegen, und nicht nur als eine mögliche Verbesserung der Kampfpositionen verstanden werden. Der tatsächlich erreichte Wahlerfolg wurde dann auch in diesem Sinne innerhalb der Sozialistischen Partei (und natürlich nicht nur dort) von der Allende-Gruppe ausgeschlachtet. Carlos Altamirano übernahm im übrigen 1971 das Amt des Generalsekretärs der SP.

Die tatsächliche Entwicklung in Chile hat die Konzeption der Reformisten von ihrem „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus allerdings mittlerweile aufs Sterbebett gedrängt – oh ne daß diese dadurch etwas an ihrer Politik ändern würden. Heute noch in Chile von einer „friedlichen Situation“ und von einem „friedlichen Übergang“ zu reden, ist blanker Zynismus. Allende behauptet, die Aufnahme der Militärs in die Regierung sei die „letzte Möglichkeit, um den Bürgerkrieg zu verhindern“. Aber der Bürgerkrieg ist in Chile schon keine bloße Frage der Zukunft mehr; er hat sich bereits in die gesellschaftliche Entwicklung des Landes eingenistet. Auch zur Verhinderung des Bürgerkriegs wäre die bewaffnete Arbeiterklasse und Bauernschaft der einzige Garant. Heute geht es aber immer weniger um die Verhinderung des Bürgerkriegs (und neuer Putschversuche), sondern darum, daß die Arbeiter und Bauern Chiles den von der Konterrevolution gewollten Bürgerkrieg gewinnen müssen. Das können sie aber nur, wenn sie über die Waffen verfügen, die ihnen die Führung der Unidad Popular vorenthält. ■

Militärputsch in Chile

US-Imperialisten und chilenische Reaktion stürzen Regierung der „Volkseinheit“

In Chile ist am 11. September die Regierung der Unidad Popular („Volkseinheit“) unter Präsident Allende mit Hilfe putschender Militärs gestürzt worden. Die bisherigen bürgerlichen Oppositionsparteien – Nationalisten und Christdemokraten – haben den Putsch begrüßt. Nun herrscht in Chile der faschistische Terror. Zahlreiche Mitglieder der Regierung, der Parteien der Unidad Popular und der revolutionären Linken außerhalb der UP sind verhaftet und zum Teil auf der Stelle erschossen worden.

Aufgrund der bisherigen Politik der UP-Regierung (vgl. dazu u.a. den Artikel im letzten AK), müssen Chiles Arbeiter und Bauern den Kampf unter ungünstigsten Bedingungen führen. Dennoch wird immer noch an vielen Stellen des Landes den Faschisten erbitterter Widerstand entgegengesetzt. Sender der Volkskräfte haben das Programm aufgenommen. Die Faschisten versuchen, jeden Widerstand mit Massenmord zu unterdrücken: von den Arbeitern besetzte Fabriken werden bombardiert, Wohnungen gesprengt, Gefangene erschossen. Die Zahl der Toten wird am vierten Tag nach dem Putsch bereits mit weit über 5 000 angegeben und dürfte noch höher liegen. Allein 500 Arbeiter sollen in einer besetzten Textilfabrik niedergemacht worden sein. Schon jetzt ist zu erkennen, daß – unabhängig vom Ausgang des Kampfes – die chilenische Arbeiterbewegung einen schweren Rückschlag erlitten hat, von dem sie sich nur langsam wieder erholen wird.

Die blutige Hand des Imperialismus

Die Regierung der Unidad Popular wurde im Herbst 1970 nach Wahlen gebildet. In der UP sind mehrere Parteien zusammengeschlossen, u.a. die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei.

Wesentliche Programmpunkte der UP waren die Nationalisierung des chilenischen Kupfers, Verstaatlichung von Banken und Großkonzernen, eine Bodenreform sowie viele Verbesserungen für das Leben der Volksmassen. Dieses Programm wurde von den chilenischen Arbeitern und Bauern in ihrer überwiegenden Mehrheit begeistert unterstützt.

Dem US-Imperialismus war insbesondere die Nationalisierung des chilenischen Kupfers ein Dorn im Auge. Chile verfügt über etwa ein Drittel des Weltvorkommens an Kupfer, und das chilenische Kupfer war vor der UP-Regierung zum größten Teil unter US-Kontrolle. Außer dem wirtschaftlichen Interesse am chilenischen Kupfer war der US-Imperialismus auch generell nicht damit einverstanden, daß in Chile ein anti-imperialistischer, sich zum Sozialismus hin entwickelnder Staat entsteht oder entsteht.

Es wurde aufgedeckt, daß der US-Konzern ITT es sich viel Geld kosten ließ, um die UP-Regierung schon vor dem offiziellen Regierungsantritt an putschenden Militärs und einem inszenierten wirtschaftlichen Chaos scheitern zu lassen. Das mißlang damals. Wenn nur dieser eine Fall aufgedeckt wurde, dann bedeutet das bestimmt nicht, daß dies auch der einzige Fall dieser Art war!

Über den jetzigen Militär-Putsch wurde bekannt, daß die US-Regierung zumindest einen Tag vorher über die Putsch-Pläne informiert worden war. Möglicherweise werden die Einzelheiten dieses Komplotts – Zusammenspiel von US-Geheimdienst CIA, US-Regierung, US-Monopolen, Putschisten und chilenischer Reaktion – noch ans Licht kommen.

Das ist der letzte einer langen Kette von reaktionären Staatsstreichern, die in den letzten Jahren vom US-Imperialismus – im Zusammenspiel mit der einheimischen Reaktion – organisiert wurden:

Kongo, Dominikanische Republik, Griechenland, Ghana, Kambodscha, Bolivien, Uruguay u.a.

Das zeigt nochmals, mit welcher brutaler Verzweiflung der untergehende US-Imperialismus immer noch versucht, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, den Befreiungskampf der Völker der Welt blutig zu unterdrücken. Auch nach der formalen Beendigung des Vietnam-Kriegs und Abgabe heuchlerischer „Friedens“-Erklärungen hat der US-Imperialismus sich nicht im geringsten verändert.



Freude bei der westdeutschen Bourgeoisie

Bei Axel Springer und seiner faschistischen Bande dürften nach dem Bekanntwerden des Militärputsches die Sektorken geknallt haben. „Alle Roten umbringen!“ – das ist genau die Politik, auf die diese Leute auch in der BRD systematisch hinarbeiten.

„Drei Jahre Marxismus – und Chile war kaputt!“ hetzte „Bild“ am Morgen des 12. September. Volles Verständnis für die putschenden faschistischen Militärs, die jetzt ein Blutbad unter Chiles Arbeitern und Bauern anrichten: „Jetzt hat die Armee nicht mehr länger stillgehalten. Drei Jahre Marxismus sind ihr genug.“

Und mit brutalem Zynismus: „Vor Nachahmung wird daher gewarnt“ !!

1926 in einer Rede vor Hamburger Kapitalisten im Hotel „Atlantic“.

Hitler, Springer und die chilenischen Putschisten: sie reden von der „Zerschlagung des Marxismus“, und sie meinen den faschistischen Terror gegen die werktätigen Massen.

Diese Haltung wird zweifellos von einem großen Teil der westdeutschen Bourgeoisie geteilt. Es ist doch bezeichnend, wenn Politiker der CDU/CSU den tausendfachen Mord an chilenischen Arbeitern und Bauern gleichsetzen mit den läppischen Querelen der Herren Solschenizyn und Sacharow (die in der Sowjetunion unbehelligt als wohlhabende Bürger leben), und sich dann noch darüber beklagen, daß Bundeskanzler Brandt überhaupt ein paar klägliche „kritische“ Worte zu den Vorgängen in Chile gefunden hat.

Die BRD ist allerdings (noch) nicht Chile, wie sich die bürgerlich-

eines Bürgerkrieges und den tausendfachen Mord an den Arbeitern und Bauern für eine akzeptable Maßnahme hält. Diese Leute sind unsere Todfeinde.

Konterrevolution in Chile – ein historischer Einschnitt

Chile sollte zum Parade-Beispiel der Reformisten aller Schattierungen werden für die Möglichkeit, den Sozialismus auf „friedlichem“, „legalem“, parlamentarischem Weg zu erreichen, und damit zugleich zum Beweis gegen die Vertreter des „überholten Dogmas“ vom bewaffneten Kampf.

Besonders die SPD hat sehr gut begriffen, was es heißt, daß dieses Parade-Beispiel jetzt von Faschismus und Reaktion in einem Meer von Blut ertränkt wird. Nicht zufällig beeilen sich jetzt sozialdemokratische und liberale regierungstreue Journalisten, die Ereignisse zu kom-



Demonstration der MIR vor dem Militärputsch

Die Logik der Faschisten ist eindeutig: „Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann.“ – Nein, das stand nicht in der „Bild“, sondern das sagte Hitler

liberale „Frankfurter Rundschau“ festzustellen beeilte. Aber jeder Genosse, jeder Arbeiter muß wissen und sich immer wieder vor Augen halten, daß die westdeutsche Bourgeoisie den militärischen Sturz einer demokratisch gewählten „marxistischen“ Regierung, die Entfesselung

mentieren in dem Sinn, „daß die BRD nicht Chile ist“.

Der stellvertretende Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost“ (SPD), Simon-Netto, schrieb am 13. September:

„Nach dem Militärputsch im einst so verfassungstreuen Chile ist ja

wohl kaum anzunehmen, daß Marxisten in anderen Entwicklungsländern so schnell noch einmal den gleichen Weg beschreiten werden wie Allende. Viele von ihnen werden sich gewiß wieder der vermeintlichen (!) Alternative Volksbefreiungskrieg zuwenden. Und was das bedeutet, können Millionen Gräber in Vietnam bezeugen."

Die zynische Logik dieses Spezialdemokraten ist: auf dem parlamentarischen Weg geht es nicht zum Sozialismus. Der bewaffnete Kampf wiederum ist auch nur eine „Scheinalternative“, wobei der drohende Hinweis auf „Millionen Gräber“ nicht fehlen darf. Also soll die Arbeiterklasse am besten die Finger ganz vom Sozialismus lassen und sich ein für alle mal mit den Versprechungen der SPD auf kommende Reförmchen begnügen.

Aus den Sätzen von Siemon-Netto spricht deutlich die Sorge, daß bei dem faschistischen Putsch in Chile die reformistische Ideologie Schaden genommen haben könnte. Und das wohl nicht nur in den „Entwicklungsländern“, sondern sogar in den imperialistischen Ländern. Denn wenn die Bourgeoisie so augenfällig zeigt, was sie von der Achtung „demokratischer Spielregeln“ hält, dann wird man in Zukunft nur noch von Narren und Selbstmördern erwarten können, daß sie ihrerseits diese „Spielregeln“ einhalten.

Der faschistische Staatsstreich in Chile ist für die internationale Arbeiterbewegung ein bedeutsamer historischer Einschnitt, ein Punkt, an dem es notwendig wird, Bilanz zu ziehen – wie die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution, der Spanische Bürgerkrieg, die chinesische Revolution.

Was sich als Ergebnis zeigt, sind im Grunde keine neuen Lehren, sondern ist nur die Bestätigung dessen, was von Marx, Engels und Lenin her schon lange zur gesicherten Erfahrung der Arbeiterbewegung zählen mußte und was Lenin einmal so ausdrückte:

„Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hunderte Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen ummodellieren könne, kann man nicht davon sprechen, daß man die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt, ohne riesige Erschütterungen umgestalten könne! Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab.“ (Lenin, Rede in einer Festsitzung des Moskauer Sowjets, 6. März 1920, Werke Bd. 30.)

In einem Punkt hat Lenin unrecht. Bedeutungslos sind diese Leu-

te durchaus nicht. Vielmehr sind es heute noch Millionen von Arbeitern, die den Predigern des Reformismus folgen. Die verheerende Rolle dieser Leute wird gerade am chilenischen Beispiel wieder besonders sichtbar. Solange sie es schaffen, die Arbeiter mit dem „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ irrezuführen, sind grauvolle Katastrophen, tiefgehende Niederlagen der Arbeiterbewegung unvermeidlich.

Gerade in den kapitalistischen Staaten schreckt die Arbeiterklasse aufgrund ihrer ganzen Lebenslage sehr stark vor einem Bürgerkrieg zurück, solange jedenfalls der Kapitalismus noch imstande ist, den Werktätigen ein halbwegs erträgliches Leben zu gestatten. Hier fällt es deshalb den Revisionisten besonders leicht, ihre Illusionen vom „parlamentarischen Weg“ zu verbreiten.

Nimmt man einen „gewöhnli-



Lenin „nicht mehr zeitgemäß“ ?

Der moderne Revisionismus versucht zu begründen, daß die leninistische Theorie der bewaffneten Revolution heute bereits „überholt“ sei und sich heute ganz neue Perspektiven für die gesellschaftliche Entwicklung eröffneten. Die Gründe dafür sind zum Teil außerordentlich kennzeichnend:

Die DKP Hamburg argumentiert z.B. in einem speziellen Schulungspapier für Funktionäre gegen den KB, daß in der BRD ja erstens die proletarische Revolution verboten und deshalb jede Kritik am „parlamentarischen Weg“ eine „Provokation“ sei und zweitens ein Bürgerkrieg in der BRD mit großer Wahrscheinlichkeit einen atomaren Weltkrieg auslösen würde.

Allgemein wird von den Revisionisten betont, daß ein Bürgerkrieg doch mit großen Opfern für die Arbeiterklasse verbunden ist. Das ist nicht zu leugnen. Das chilenische Beispiel zeigt aber, daß die Arbeiterklasse gerade auf dem Weg des Legalismus und Parlamentarismus einen Bürgerkrieg unter den allerschlimmsten Bedingungen bekommt.

chen“ kapitalistischen Staat, wo die Gewerkschaften und „Arbeiterparteien“ ihre Rechte haben, wo kommunistische Zeitungen erscheinen dürfen, wo Rede-Freiheit, Demonstrations-Freiheit etc. relativ weitgehend eingeräumt wird, dann scheint es in der Tat gar nicht recht „in die politische Landschaft“ zu passen, eine beharrliche revolutionäre Propaganda zu entfalten und die parlamentarischen Illusionen zu zerpflücken, statt ihnen selbst zu erliegen.

Sehen wir aber das andere Gesicht, das ein „gewöhnlicher“ kapitalistischer Staat offenbart, sobald die Ausbeuter-Herrschaft ins Wackeln kommt. Dann werden die demokratischen Rechte weggewischt und der offene faschistische Terror regiert.

Es gibt keinen Grund, warum das heute anders sein sollte. Hinter dem „modernen“ Gesicht des Kapitalismus steckt wie eh und je die unverhüllte Barbarei und Menschenverachtung, die „über Leichen geht“, wenn der Profit es erfordert.

Der „chilenische Weg“

Lateinamerika ist ein Kontinent,

wo die Frage des bewaffneten Kampfes immer wieder auf der Tagesordnung steht.

Die Unidad Popular vertrat jedoch die Ansicht, daß Chile in dieser Frage eine Ausnahme bildet.

Ein wesentliches Schein-Argument war dabei, daß Chile eben „traditionell demokratisch“ ist. So sagte Präsident Allende in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ (13.6.72):

„... Das ist auch deshalb möglich, weil Chile Merkmale hat, die sich von anderen Ländern unterscheiden. Worin bestehen diese Unterschiede? In den tiefgehenden Wurzeln seiner institutionellen Stabilität. Das chilenische Parlament hat 120 Jahre ununterbrochen gearbeitet. Nur zwei Staaten haben eine ältere legislative Gewalt: die Vereinigten Staaten und England. Das scheint mir ein wichtiges Merkmal zu sein.“

Es ist nicht auszuschließen, daß Allende selbst der Illusion erlag, als ob der bürgerliche Staat Chiles wegen seiner „traditionellen“ Demokratie etwas anderes als ein gewöhnlicher bürgerlicher Staat sei. Jedenfalls hat diese von der UP verbreitete Illusion den Kampf des chilenischen Volkes geschwächt und desorientiert.

Zur Illusion über den bürgerlichen Staat allgemein kam die Illusion über die Rolle der chilenischen Armee in dem genannten Interview:

„Den anderen Unterschied sehe ich in den Streitkräften, den Carabinieri (?) und der Polizei, die rein chilenische Qualität haben, in einer Welt, wo es Militärregierungen im Überfluß gibt. Mit großer Befriedigung kann ich sagen, daß unsere Streitkräfte professionell und technisch effizient sind, und vor allem, daß sie den an den Wahlurnen ausgedrückten Willen zu respektieren wissen.“

Im selben Interview wendet sich Allende ausdrücklich gegen die „linksextremistischen“ Gruppen wie die MIR, die seine Auffassungen kritisierten. Allende sagte dazu:

„Sie dürfen nicht vergessen, daß die Polizei heute ein Organ ihrer Regierung ist, der Arbeiterregierung, einer Regierung, die weiterhin den Weg der Legalität geht.“

Das waren nicht allein die Illusionen Allendes. Die „KP“ Chiles hatte schon auf ihrem XIV. Parteitag 1969 verkündet, sie sei „nicht einseitig in unseren Ansichten über die Armee“. Die „KP“ Chiles verkündete auch solche Auffassungen, daß die Armee Chiles „im Unabhängigkeitskrieg geboren“ sei, daß ihre Basis „aus armen sozialen Schichten“ kommt etc., um zu demonstrieren, „daß man an die

Einschätzung der Armee nicht dogmatisch herangehen darf“.

Es zeigt sich, daß die UP vor dem Hintergrund angeblicher „besonderer chilenischer Bedingungen“ die leninistische Theorie von Staat und Revolution fallen ließ und eigene, ganz neue und ganz und gar unrealistische Theorien aufbrachte.

Deshalb ist Allende für uns auch kein „Held“, zu dem ihn jetzt die Revisionisten hochstilisieren wollen. Zweifellos ist sein Tod – ob er nun Selbstmord beging oder im Kampf fiel – tragisch und verdient Respekt. Wir können darüber jedoch nicht die Rolle übersehen, die Menschen wie Allende objektiv in der Arbeiterbewegung spielen, nämlich die Arbeiterbewegung in die Irre zu führen und Niederlagen zu organisieren.

Lenin zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates

„Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen Staat, wie ihn die Bourgeoisie braucht, in dem die Machtorgane in Gestalt der Polizei, der Armee, der Bürokratie (der Beamenschaft) vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengesetzt werden. Alle bürgerlichen Revolutionen haben diese Staatsmaschine nur vervollkommen, sie nur aus der Hand der einen Partei in die einer anderen Partei übertragen.“

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution festhalten und weitergehen, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erkämpfen will, diese „fertige“ Staatsmaschinerie, um

gehe das Gesetz des Handelns zu überlassen. Es bleibt der Bourgeoisie überlassen, den „ersten Schlag“ gegen die UP-Regierung und die Werktätigen zu führen. Dieser „erste Schlag“ jedoch fällt so aus, daß er die Arbeiterbewegung sogleich mit großer Härte trifft, sie ihrer Führer beraubt, sie unter ungünstigen Bedingungen trifft. Die Folge ist, daß das Volk entweder zunächst eine Niederlage erleidet, oder daß es nur unter unglaublichen Opfern und Schwierigkeiten die Konterrevolution niederzuringen vermag.

Die Arbeiterbewegung hat also so lange die „demokratischen Spielregeln“ zu achten, bis die Bourgeoisie selbst diese „Spielregeln“ bricht und den Bürgerkrieg entfesselt. Das ist eine Theorie, die für die Arbeiterklasse sehr kostspielig ist. Diese

mit Marx zu sprechen, „zerschlagen“ und sie durch eine neue ersetzen, in der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk eins sind. Das Proletariat muß den Weg gehen, den die Erfahrungen der Pariser Kommune 1871 und der russischen Revolution 1905 gewiesen haben, muß alle armen, ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie selber unmittelbar die Organe der Staatsmacht übernehmen, selber die Institutionen dieser Staatsmacht bilden.“ („Über die proletarische Miliz“, März 1917)

Die Helden Chiles, das sind die Arbeiter und Bauern, die jetzt unter denkbar ungünstigen Bedingungen und schwersten Opfern den Kampf aufgenommen haben.

Der „parlamentarische Weg“ – Selbstmord der Arbeiterbewegung

Die legalistische Theorie der UP läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Chile ist ein traditionell demokratisches Land. Die UP wird im Rahmen der Demokratie und Legalität bleiben. Da die Armee auch traditionell demokratisch ist, bestehen gute Aussichten, auf diesem Weg schließlich ohne einen Bürgerkrieg zum Sozialismus zu kommen. Falls es aber nicht so sein sollte, d.h. falls etwa die Armee einen Staatsstreich macht, so wird das Volk den Putsch niederschlagen.

Das bedeutet faktisch, der Bour-

geoisie ist ihrer Wirkung nach abenteu-
erlich und selbstmörderisch.

In Chile hieß das, daß im Namen der „traditionellen Demokratie“ die bürgerliche Armee nicht angetastet wurde und die Bewaffnung der Arbeiterklasse unterblieb, daß nicht entschieden gegen die faschistischen Organisationen und Verbände geschlagen wurde, daß die Wirtschafts-
sabotage reaktionärer Kleinbürger nicht entschlossen gebrochen wurde.

In Würdigung der Pariser Kommune von 1871 schrieb Lenin:

„...Der zweite Fehler war der übermäßige Großmut des Proletariats: Es hätte seine Feinde vernichten müssen, statt dessen aber bemühte es sich, sie moralisch zu beeinflussen; es ließ die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg außer acht, und statt seinen Pariser Sieg durch einen entschlossenen Angriff auf Versailles zu krönen, zögerte es und gab der Versailler Regierung Zeit, die finsternen

Mächte zu sammeln..." (Lenin, Die Lehren der Kommune, März 1908).

Denken wir immer daran: die Bourgeoisie, und sei sie noch so „zivilisiert“ und „modern“, hat keine Skrupel, tausende von Arbeitern abschlachten zu lassen, wenn es um ihren Profit und ihre Herrschaft geht.

Klassenkampf in Frankreich zuspitzte, ließ die Bourgeoisie rund um Paris Panzer-Einheiten aufmarschieren und mobilisierte die Fallschirm-Jäger. An dem Einsatz dieser Truppen kann im „Ernstfall“ kein Zweifel bestehen. Außerdem scheint uns die französische Armee, die über spezielle Bürgerkriegs-Einheiten aus Berufssoldaten verfügt, noch besser

sehr denen der chilenischen UP.

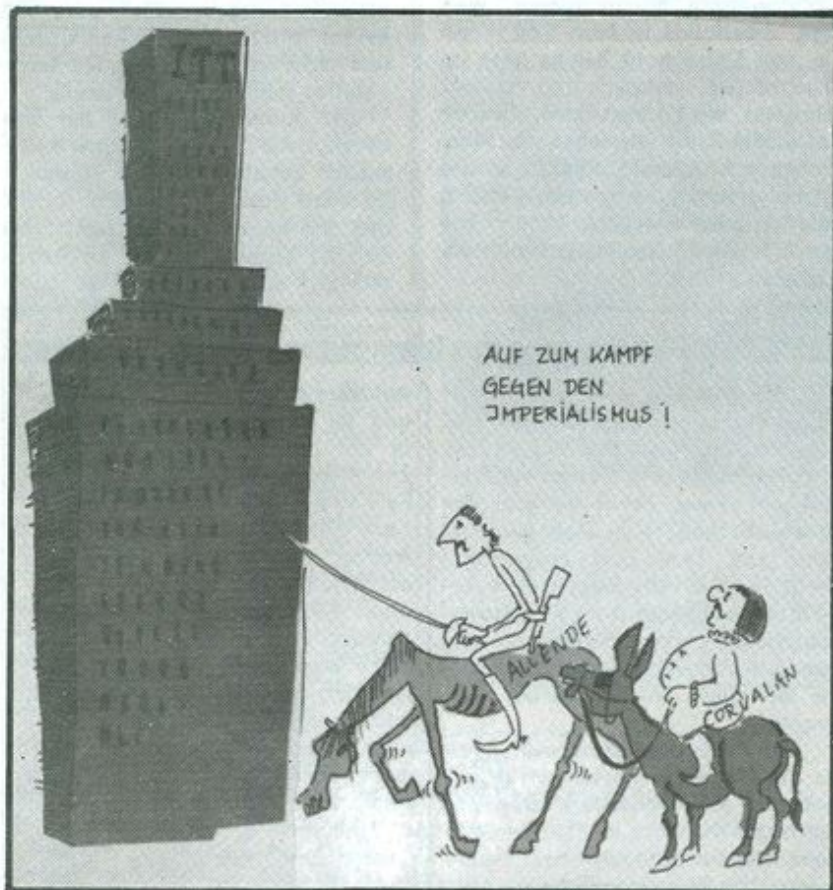
In diesen Zusammenhang gehört schließlich auch der Militärputsch Griechenland.

Das unterstreicht, daß sich die Methoden der Konterrevolution Westeuropas im Prinzip von den jetzt in Chile angewandten kaum unterscheiden. Eine Strategie, die nicht gerade auf diese Entwicklung vorbereitet, wird die Arbeiterklasse in Niederlagen führen.

Niederlage einer Illusion

Die internationalen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der dreijährigen Regierung der Unidad Popular in Chile selbst haben von vornherein die Unausweichlichkeit einer gewaltsamen Offensive der Konterrevolution und damit die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bezeugt. Die Unidad Popular hat dies hingegen immer bestritten und an ihrem illusorischen Konzept eines „friedlichen Übergangs“ festgehalten, was in der Praxis zu immer offenerer Kapitulation vor der Konterrevolution führte. Die reformistische Politik der Unidad Popular trägt die Schuld daran, wenn der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur heute nicht über die nötige Organisiertheit und über die nötigen Waffen verfügt, um die Bourgeoisie und deren Junta zu besiegen. Der Preis, den das chilenische Volk heute mit seinem Blut bezahlen muß, ist durch das opportunistische Zurückweichen der Unidad Popular und durch die mangelhafte Vorbereitung auf diese Situation in die Höhe getrieben worden.

Der Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft wird überall, in allen Ländern Opfer auf Seiten des Volkes kosten. D a r a n werden die Völker den Imperialismus nicht hindern können. Aber die Revolutionäre haben vor der Arbeiterklasse und dem Volk die Verantwortung zu tragen, durch die Wahl der Kampfmittel die Opfer möglichst gering zu halten, und vor allem: daß diese Opfer den Weg des Sieges und nicht den der Niederlage bereiten. Die gegenwärtigen Tausende von Opfern in Chile sind aber Ergebnis der Niederlage einer Illusion: der Illusion vom „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus. ■



Gilt das auch für Westeuropa?

In einem Flugblatt, das der AStA der Hamburger Uni (SHB und MSB) zum Militärputsch in Chile verteilte, wird frohgemut verkündet: „Es zeichnet sich ab, daß die Entwicklung, wie sie sich in Chile vollzieht, auch in anderen Staaten verwirklicht wird. Das Bündnis in Frankreich zwischen der französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei ist ein Beispiel vor unserer Haustür.“

Der makabre Tiefsinn dieser Sätze scheint den Verfassern wohl selbst nicht klar gewesen zu sein. Tatsächlich weist die Politik der französischen vereinigten Reformisten genau in Richtung der chilenischen Entwicklung, nämlich in Richtung einer katastrophalen Niederlage. Zu anderen Ergebnissen kann die parlamentarische Strategie auch in Westeuropa nicht führen.

Als sich im Mai-Juni 1968 der

als die chilenische Armee für solche Einsätze geeignet.

In Italien sind Putsch-Versuche bereits wiederholt nur daran gescheitert, daß die Bourgeoisie den Zeitpunkt für ungünstig hielt und die Entwicklung des Klassenkampfes sich „entspannte“.

In beiden Fällen kann die Konterrevolution zusätzlich zur Armee auf sehr militante, zum Teil bewaffnete, faschistische Verbände und auf Teile des Kleinbürgertums zurückgreifen. Faschisten in Frankreich ermorden ausländische Arbeiter, Faschisten in Italien legen Bomben, überfallen Streikposten.

Der faschistische Terror würde es erfordern, den Gedanken der Organisierung des Proletariats zum Selbstschutz bewußt zu propagieren und diese Organisierung voranzutreiben. Stattdessen wendet sich z. B. die „KP“ Italiens an den bürgerlichen Staat. Überhaupt ähneln die Illusionen der „KP“ Italiens

Woher kam das „wirtschaftliche Chaos“?

Die bürgerliche Presse hat immer behauptet, daß die „sozialistische“ Politik der Allende-Regierung Chile ins „wirtschaftliche Chaos“ geführt hätte. Die Tatsachen sind genau umgekehrt: Das „wirtschaftliche Chaos“ wurde von der in- und ausländischen Bourgeoisie herbeigeführt, um das Vertrauen der Arbeiter in den Sozialismus zu zerstören und den Sturz der Unidad Popular vorzubereiten.

Der nachfolgende Text wurde bereits vor einiger Zeit von uns als Teil eines größeren Artikel-Entwurfs geschrieben, der damals aber nicht veröffentlicht wurde.

Eine gewisse Zeit, in der ersten Phase der Allende-Regierung bis spätestens zur ersten Hälfte 1972, konnten die Führer der Unidad Popular auf tatsächliche Anfangserfolge ihrer Politik verweisen: Während das Bruttonationalprodukt 1970 im letzten Jahr der christdemokratischen Frei-Regierung nur ein Wachstum von knapp 2,5 % verzeichnete und auch in den drei Jahren zuvor nicht höher als 2,7 % kletterte, erreichte es 1971 im ersten Jahr der UP-Regierung eine Rate von 8,5 %. Die industrielle Produktion vergrößerte sich 1970 nur um knappe 0,8 %. 1971 erreichte die Steigerung der Industrieproduktion erstmals seit zehn Jahren wieder 12,5 %. Auch im ersten Halbjahr 1972 war die Industrieproduktion noch um 12,7 % größer als in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit konnte von 8,3 % im November 1970 auf 3,7 % im Juni 1972 gesenkt werden. Die Inflationsrate fiel um 34,9 % im Jahr 1970 auf 22,7 % 1971. Gleichzeitig stieg das Realeinkommen der Werktätigen um 20 % und ihr Konsum um 13 %. Der Anteil der Werktätigeneinkommen am Bruttonationalprodukt stieg damit von 51% (1970) auf 60% (1971).

Spürbare Verbesserungen wurden auch in anderen Sektoren erzielt, wie der Gesundheitsfürsorge, der Bekämpfung des Analphabetentums und der allgemeinen und kulturellen Bildung, der Wohnungssituation usw. Im ersten Regierungsjahr Allendes wurden beispielsweise 50.000 neue Wohnungen fertiggestellt, gegenüber 12.000 im Jahr 1970 unter dem christdemokratischen Regime. Nach wie vor erhalten alle Kleinkinder kostenlos 1/2 Liter Milch täglich. Und im August 1972 feierte die Unidad Popular das Ende der Latifundienherrschaft in Chile. (Alle Zahlen nach: E. Boris/H. Haustein, Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile, Blätter für deutsche und internationale Politik 1973; und: L. Corvalan, Zwei Jahre danach: Was geht in

Chile vor?, Probleme des Friedens und des Sozialismus 11-1972).

Diese Anfangserfolge wurden aber im zweiten Jahr der Allende-Regierung mehr und mehr von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten überlagert, als sich die Auswirkungen der Obstruktions- und Sabotage-Politik der in- und ausländischen Konterrevolution durchzusetzen begannen. Besonders offensichtlich wurde dies an der zunehmenden Knappheit vor allem der kurzfristigen Konsumgüter und Lebensmittel und der wieder enorm angestiegenen Inflation. Die internationale bürgerliche Presse schaltete dies weidlich als „Beweis“ dafür aus, daß „die sozialistische Politik der Allende-Regierung ins wirtschaftliche Chaos führt“. Aber wie steht es tatsächlich damit? Was sind die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Chile?

Die Unidad Popular hat die Regierungsgeschäfte in einer Zeit übernommen, als das Land sich in einer tiefen Krise befand, wovon die eben genannten Zahlen bereits ein deutliches Bild liefern. Infolge der rigorosen Ausplünderung durch die imperialistischen Konzerne, die ungeheure Summen dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft entzogen, wuchs die Verschuldung gegenüber ausländischen Mächten. Bei Amtsantritt der Allende-Regierung war Chile mit vier Mrd. US-Dollar Auslandsschuld hinter Israel das am meisten verschuldete Land der Welt. Die imperialistische Ausbeutung des Landes hat auch dazu geführt, daß Chile etwa seit Ende der 30er Jahre keinen Überschuß mehr in der Landwirtschaft produzierte, sondern sich vom Exporteur zum Importeur landwirtschaftlicher Produkte wandelte – bei Ende der christdemokratischen Regierung belief sich der jährliche Lebensmittelimport auf etwa 200 Millionen Dollar.

Die Lebensmittelimporte kann Chile nur aus dem Erlös seiner Exportgüter und aus Krediten bestreiten, da es dazu Devisen, d. h. ausländische Zahlungsmittel benötigt.

Mehr als 70 % des chilenischen Exports, und damit des Deviseneinkommens, wird durch das Kupfer erzielt, das unter der Unidad Popular verstaatlicht wurde. Seit Amtsantritt der Allende-Regierung ist aber der Kupferpreis auf dem Weltmarkt durch Spekulation und direkte Intervention der imperialistischen Mächte von 68 auf 48 Cent pro Pfund gesenkt worden. Die Senkung um einen einzigen Cent bedeutet schon den Verlust von zwölf Mio. Dollar jährlich; d.h. Chile büßt dadurch im Jahr 240 Mio. Dollar ein. Nach Angaben von Luis Corvalan könnte dieser Verlust nur durch eine 40 %ige Produktionssteigerung wieder aufgeholt werden. Darüberhinaus würden gleichzeitig die Preise für Nahrungsmittel und Erdöl, also Einfuhrgüter für Chile, auf dem Weltmarkt erhöht.

Kredite wurden von den imperialistischen Ländern und den unter ihrer Kontrolle stehenden Institutionen eingefroren oder stark reduziert. Die USA kürzten ihre Kredite von 80 Mio. Dollar 1970 auf ca. 22 Mio. Dollar 1972. Insgesamt standen Chile Ende 1970 noch 220 Mio. Dollar Kredite zur Verfügung; 1972 waren es nur mehr 25 Millionen. Im September 1972 wies der Präsident der chilenischen Zentralbank, Alfonso Inostroza, darauf hin, daß die unter US-Kontrolle stehende Weltbank seit 22 Monaten keine Kredite mehr an Chile genehmigt, sondern nur noch einige alte Darlehen ausgezahlt hat.

Nach der Enteignung der Kupfermine „El Teniente“ verlangte die „Braden Copper Company“ vor US-Gerichten die Rückzahlung eines Kredits in Höhe von 92,9 Mio. Dollar. Die US-Gerichte sprachen natürlich „Recht“ im Sinne des Konzerns und verfügten die Beschlagnahme von sieben staatlichen chilenischen Konten in den USA. Diesem Beispiel folgte dann auch sofort ein anderer US-Konzern, die „Andes Copper Mining“, die nach gleichem Muster 171,3 Mio. Dollar einklagte. Die „Kennecott Copper Corporation“ wiederum versuchte per Gerichtsbeschuß zu erreichen, daß Schiffsladungen von chilenischem Kupfer nach Frankreich und in die Bundesrepublik beschlagnahmt werden, was jedoch wegen gemeinsamer Boykottandrohung der kupferexportierenden Länder Chile, Sambia, Zaire und Peru nicht ge-

lang. Für die internationale reaktionäre Presse ist es natürlich nur „gerecht“, wenn die US-Kupferkonzerne der Enteignung „ihrer“ chilenischen Minen durch Raub und Piratenakte begegnen, wobei ebenso natürlich der „kleine Unterschied“ verschwiegen oder verdreht wird, daß Chile mit der Nationalisierung der Kupferminen nur das unter seine Kontrolle bringt, was dem eigenen Land gehört und was die US-Konzerne seit Generationen widerrechtlich sich angeeignet und zu ihrem privaten Nutzen ausgeplündert haben.

Von Spekulationen und Preisdrigerungen auf dem Weltmarkt, über Kreditboykottierungen bis hin zum offenen wirtschaftlichen Raub — das alles sind Hebel der ökonomischen Macht des Imperialismus, mit denen er die chilenische Wirtschaft in tiefe Krisen treibt. Zum anderen geht die gegenwärtige Krise aber auf das Konto der inländischen Konterrevolution, die sich ebenfalls vielfältiger Mittel offener und verdeckter Sabotage bedient: von der Schaffung von Versorgungslücken durch Warenhortung (und dem Aufblühen des Schwarzmarkts), über den Schmuggel rarer Güter ins Ausland (so wurden ganze Viehherden über die Grenze nach Argentinien getrieben), bis hin zur Zerstörung von Produktionsanlagen, die die Arbeiter in ihren Besitz genommen haben.

In dem schon erwähnten Aufsatz von E. Boris und H. Haustein wird aus einem unveröffentlichten Manuskript aus Santiago zitiert, das ein einfaches Schema der Schaffung von Versorgungslücken beschreibt:

„Eine massive Pressekampagne bereitet die Bevölkerung darauf vor, daß in nächster Zeit ein beliebiges Produkt auf dem Markt nicht mehr vorhanden sein wird . . . durchschlagender Erfolg: alles stürzt in den nächstliegenden Laden, um so viel wie möglich von der betreffenden Ware zu erstehen, und der Versorgungsengpaß tritt wie ‚angekündigt‘ ein. Gleichzeitig dienen Kleinanzeigen in den Rechtsblättern als Schaltstelle für den Schwarzmarkt . . .“

Gleichfalls wird in diesem Aufsatz ein Autohändler aus Chile zitiert, der offen erklärte: „Ich habe praktisch noch alles auf Lager. Aber ich verkaufe nur gegen doppelten Preis. Und je mehr man die Sachen zurückhält, desto besser werden die Preise.“

Die Regierung hat dieser Entwicklung u.a. auch dadurch entgegenzuwirken versucht, daß sie erstmals im August 1972 die offiziell festgelegten Preise für eine ganze Reihe von Gütern dem Schwarzmarktpreis anglich. Nachdem die

Inflation im ersten Jahr der Allende-Regierung auf 22,7 % heruntergedrückt werden konnte, betrug sie im Zeitraum Januar bis August 1972 nach Angaben von Corvalan wieder

die Sabotage der alten Großgrundbesitzer, wovon wir bereits als ein Beispiel den Viehschmuggel außer Landes erwähnten. Um diese Schwierigkeiten möglichst schnell zu über-



Faschisten — Banden von 'Partia y Libertad' — Speerspitzen der Bourgeoisie

63,5 %. In der bürgerlichen Presse ist inzwischen die Rede von einer noch weit höheren Inflationsrate, wobei dies aber für uns nicht nachprüfbar ist. Für die Werktätigen wurden gleichzeitig wieder die Löhne erhöht (kürzlich berichteten bürgerliche Zeitungen von einer Erhöhung um 100 %), aber es ist offensichtlich, daß sich das Problem auf diese Weise, nämlich mit kapitalistischer Lohn-Preis-Politik, nicht lösen läßt.

Solange sich die Allende-Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik im „legalen“ Rahmen der bürgerlichen Gesetze hält, wird sie die von der in- und ausländischen Konterrevolution angelegten Fesseln nicht sprengen können. Insofern ist auch die Politik der Unidad Popular ein Faktor, der für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes mitverantwortlich ist. Dies zeigt sich beispielsweise an der Agrarreform. Die Beseitigung der Latifundienherrschaft konnte bislang nicht zu einer wesentlichen Steigerung der bebauten Landwirtschaftsfläche führen. Hier liegen zum einen objektive Faktoren zugrunde, die keine kurzfristigen Erfolge erwarten lassen, nämlich vor allem die Tatsache, daß das Landproletariat sich seine Erfahrungen zur selbständigen Landwirtschaftsführung überhaupt noch mühsam erarbeiten muß. Derartige Schwierigkeiten treten notgedrungen immer auf, wenn die bisherige Ordnung umgewälzt wird.

Hinzu kommt die Flucht von industriellen und agrarischen Fachkräften aus dem Kleinbürgertum und

winden, reicht es nicht aus, die Arbeiter (das gilt auch für den Industriesektor) zu größerer Produktion anzuspornen, wie es die Hauptmethode der Unidad Popular ist. Zum einen ist eine intensive und energiegelvolle Ausbildung der Arbeiter nötig, d.h. die allgemeine Ausbildung und die Heranziehung von wissenschaftlichen Fachkräften aus der Arbeiterklasse selbst. Es gibt einige Hinweise, daß in dieser Richtung gearbeitet wird, ohne daß uns gegenwärtig nähere Angaben dazu vorliegen.

Zum anderen aber wäre es die Aufgabe der Unidad Popular, alle vorhandenen landwirtschaftlichen Produktionsmittel in die Hände der Landarbeiter zu überführen und gegen jede Art von Sabotage der Konterrevolution energisch vorzugehen und die Arbeiter dagegen zu mobilisieren. Hier genau liegt aber die selbstgesetzte Grenze des „legalen Weges“ der Unidad Popular. Bei der Agrarreform stützt sie sich auf ein Gesetz, das schon unter der christdemokratischen Frei-Regierung verabschiedet wurde, dort aber nur in der Schublade verstaubte. Dieses Gesetz sieht wohl die Enteignung des Bodens der Latifundisten vor, nicht aber die Enteignung der Gebäude und Produktionsmittel. Die Allende-Regierung hält sich daran — mit dem Ergebnis, daß die Arbeiter über unzureichende technische Ausrüstungen verfügen, obwohl bessere vorhanden sind. Und es ist auch klar, daß es auf diese Weise kurzfristig zu Produktionseinbußen kommen muß. ■

Im Hintergrund immer der US-Imperialismus

Militärputsch und Militärdiktatur sind „gewöhnliche“ Waffen der Kapitalisten und der Reaktion, um die von den Werktätigen gewonnenen Positionen zurückzuerobern, um sie ihrer politischen Rechte zu berauben und ihre wirtschaftliche Ausbeutung zu verstärken.

Hier eine unvollständige Übersicht:

► 1953 wurde der Ministerpräsident des Iran, Mossadegh, durch einen vom CIA organisierten und finanzierten Putsch gestürzt. Er hatte gewagt, das iranische Erdöl verstaatlichen zu lassen. Nach dem Sturz Mossadeghs wurden zahlreiche Mitglieder seiner Regierung hingerichtet oder zu Tode gequält. Hunderte von Anhängern Mossadeghs und Kommunisten wurden ermordet oder eingekerkert.

► 1954 wurde der Präsident Guatemalas, Arbenz Guzman, gestürzt. Vom US-Imperialismus organisierte Söldnergruppen waren vom benachbarten Honduras aus nach Guatemala eingefallen. Die „Schuld“ Guzmans war es, daß er u.a. den Grundbesitz der mächtigen United Fruit Co. nationalisieren ließ.

► 1961 fielen 1500 Konterrevolutionäre von Nikaragua aus nach Kuba ein. Ihre Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung hatte der US-Imperialismus besorgt. Das kubanische Volk schlug den Angriff zurück.

► 1964 wurde der brasilianische Präsident Goulart durch reaktionäre Militärs gestürzt. Auch er hatte die Interessen des US-Kapitals angetastet und außerdem eine Bodenreform vorbereitet. Brasilien nimmt in der Strategie des US-Imperialismus in Lateinamerika

eine „Schlüsselstellung“ ein und ist heute das stärkste Bollwerk der Konterrevolution auf dem Kontinent.

► 1964 wurden 42 000 US-Soldaten gegen die Dominikanische Republik eingesetzt. In diesem Land hatten 1963 reaktionäre Militärs den Präsidenten Juan Bosch gestürzt. Als sich 1964 eine Rück-

den umgebracht – Schätzungen sprachen von 500 000 Opfern des faschistischen Terrors! Mindestens ebensoviel Gegner des Regimes wurden in „Konzentrationslager“ und Gefängnissen eingekerkert.

► 1966 wurde der Präsident von Ghana, Nkrumah, von reaktionären Militärs gestürzt. Er hatte eine Außenpolitik des Anti-Imperi-



1965: US-Truppen haben die Dominikanische Republik überfallen und sind mit Panzern in der Hauptstadt aufmarschiert um die einheimische Reaktion bei der Unterdrückung des Volkes zu unterstützen.

kehr Bosch's an die Regierung abzeichnete, griff der US-Imperialismus ein und zerschlug im Bund mit der einheimischen Reaktion den bewaffneten Widerstand des Volkes.

► 1965 stürzten Militärs in Indonesien unter Mitwirkung des US-Imperialismus die Regierung Sukarnos, der eine anti-imperialistische Außenpolitik betrieben hatte, und errichteten eine faschistische Terrorherrschaft. Zehntausende wur-

alismus und der Freundschaft zur Volksrepublik China und der Sowjetunion betrieben.

► 1967 wurde in Griechenland – mit Unterstützung des US-Imperialismus – eine faschistische Militärdiktatur errichtet. Tausende wurden verhaftet und auf den berüchtigten KZ-Inseln gefangen gehalten. Der Putsch hatte zum Ziel, die Abhaltung freier Wahlen, von denen US-Imperialismus und grie-

chische Reaktion ein ungünstiges Ergebnis befürchteten, zu verhindern. Der Putsch erfolgte nach Plänen, die im Rahmen der NATO ausgearbeitet worden waren.

► 1970 organisierte der US-Imperialismus einen Militärputsch in Kambodscha, um die Regierung Sihanouk zu stürzen und eine rechtsgerichtete, pro-imperialistische Regierung einzusetzen. Dabei ging es für die US-Regierung in erster Linie darum, für ihre imperialistische Kriegspolitik in Indochina bessere Voraussetzungen zu schaffen und Kambodscha in ein Aufmarsch-Feld der US-Armee zu verwandeln. — Seit dem Putsch hat sich der Volksbefreiungskrieg in Kambodscha soweit entwickelt, daß große Teile bereits befreit sind und der Sieg über die Militärdiktatur nahe ist.

► 1971 stürzten putschende Militärs in Bolivien die Regierung

des Präsidenten Torres. Diese hatte — wenn auch sehr zaghaft und halbherzig — begonnen, die Privilegien der US-Konzerne in Bolivien abzu-



Schon 1970 wurden jährlich 3500 lateinamerikanische Offiziere und Unteroffiziere in der Land- und Kanalzone von US-Militärs für Bürgerkrieg und Guerilla-Bekämpfung ausgebildet. („Spiegel“, 39/70)

bauen und den Arbeitern und Bauern mehr Rechte zuzugestehen. Der bewaffnete Widerstand der bolivianischen Werktätigen, mit den Bergleuten an der Spitze, gegen den Putsch wurde brutal unterdrückt und eine Militärdiktatur unter Oberst Banzer errichtet.

► Seit Anfang dieses Jahres ging auch in Uruguay die Macht schrittweise von der ohnehin reaktionären Regierung Bordaberry an rechtsgerichtete Militärs über. Das führte schließlich zur Auflösung des Parlaments und zum Verbot der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Die Gewerkschaftsführer wurden verhaftet — soweit sie nicht „untertauchen“ konnten —, der finanzielle Besitz der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien beschlagnahmt, Büros und Gewerkschaftshäuser besetzt. ■

Anzeige

ca. 250 Seiten, Preis 6,00 DM

»DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!«

Nachdruck von Texten zu den politischen Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse.

Zum einen enthält der Band besonders wichtige Schriften von Marx, Engels und Lenin zur Frage des bewaffneten Kampfes. Insbesondere wurden Schriften Lenins aus den Jahren 1905 und 1917 in diesen Band aufgenommen, die trotz ihrer Bedeutung heute wenig bekannt sind.

Darüber hinaus ist es dem Verlag „ARBEITERKAMPF“ gelungen, Texte zu den Fragen des bewaffneten Kampfes zu beschaffen, die seit Jahrzehnten nicht

mehr verfügbar waren. So die Aufsätze von Alexander Schönauf: „Der Februar-aufstand des Österreichischen Proletariats“ und von Bela Kun: „Einige wichtige taktische Fragen des Österreichischen Aufstandes“. Beide Aufsätze stammen aus den Jahren 1934. Weiter enthält der Band die Arbeit von Ernst Schneller: „Arbeiterschaft und Wehrpolitik“, 1928, sowie die beiden Texte von Panitzki: „Die II. Internationale und der Aufstand“ und „Der Bolschewismus und der Aufstand“, ebenfalls 1928.

Es wäre verhängnisvoll, würde sich die westdeutsche Arbeiterklasse erst dann

eingehend mit den Problemen des bewaffneten Kampfes befassen, wenn die Klassenkämpfe den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung gesetzt haben werden.

Bisher jedoch ist die Auseinandersetzung mit den politischen Fragen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse in Westdeutschland unterbewertet worden.

Der Band soll dazu beitragen, daß diese wichtigen Fragen in Zukunft mehr Beachtung bei den fortgeschrittenen Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse finden.

zu bestellen bei:
Verlag „ARBEITERKAMPF“

J.Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

erhältlich im:
Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof

Wütender faschistischer Terror



Faschistischer Militär-Terror in Santiago (Chile)

Die faschistische Militärdiktatur in Chile ist jetzt rund einen Monat alt. Für die bürgerliche Presse ist das nun kein Thema großer Schlagzeilen mehr, nachdem sie schon wenige Tage nach dem Putsch die Demagogie der „Normalisierung“ in die Welt setzte. Indes hat die Junta nicht nur den Terror fortgesetzt, sondern Schritt um Schritt verschärft. Nach ihrem vom Imperialismus eingesegneten Plan versucht sie die Reihen der Arbeiter, Bauern und Studenten soweit von allen mit dem Sozialismus sympathisierenden Menschen und aktiven Freiheitskämpfern zu „säubern“, daß das Volk auf Jahre hinaus nicht wieder die Kraft finden wird, sich gegen seine Unterjochung zu erheben.

Genauere Angaben über das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors sind nicht möglich. Aber einige Schlaglichter allein genügen nicht, um der chilenischen Militärjunta und dem sie stützenden Imperialismus den tiefsten proletarischen Klassenhaß entgegenzuschleudern.

Verschiedene Quellen sprachen bereits wenige Tage nach dem Putsch von Tausenden von Toten. Ein amerikanischer Arzt, der aus Chile herkommen konnte, nannte vor kurzem die Zahl von über 25 000 Opfern des Militärterrors. Der größte Teil davon ist in Massenerschießungen und bei Angriffen auf Betriebe und Wohnviertel ermordet worden: gleich zu Beginn des Staatsstreichs wurden u.a. 500 Arbeiter des Bergwerkes El Teniente, 500 Arbeiter der Textilfabrik Sumar und mehrere Hundert Studenten der Technischen Universität von Santiago umgebracht. In Valparaiso wurden 100 Soldaten auf der Stelle erschossen, als sie gegen die Militärjunta rebellierten. Ein amerikanisches Ehepaar berichtete, daß es am Tage des Putsches Augenzeuge von 400-500 Exekutionen im Sportstadion von Santiago gewesen ist. Das lief nach ihren Aussagen folgendermaßen ab:

„Die Polizeibüttel stellten systematisch Gruppen von 20 bis 25 Menschen zusammen und führten diese auf das Stadionsfeld. Fast immer erklang danach der Gesang der ‚Internationale‘, dann hörte man Schüsse, der Gesang wurde schwächer und schließlich verstummte er völlig.“

In diesem Stadion werden nach eigenen Angaben der Militärjunta 6 000 Menschen gefangengehalten; nach anderen Quellen, denen man im Gegensatz zu den Folterknechten und Mördern eher Glauben kann, sind es weit mehr. Sie werden dort brutal gefoltert und viele liegen lange Zeit mit gebrochenen Rippen, Tag und Nacht, ohne Decken, eng zusammengepfercht auf dem kalten Boden der Umkleieräume, andere sogar völlig im Freien. Allenfalls erhalten sie pro Tag einen Teller dünne Suppe. Über die Erschießungen in diesem Stadion berichtete ein anderer Zeuge in einem Interview mit der venezolanischen Zeitung „Ultimas Noticias“:

„Während der Nacht war es ein unaufhörliches Geschrei: Unzählige Menschen, vorwiegend Arbeiter, wurden auf den Treppen des Stadions erschossen. Am Frühmorgen

wurde das Blut mit mächtigen Wasserwerfern abgespült. Die Leichen der Erschossenen wurden in blaue Säcke gesteckt und auf Lastwagen nach unbestimmten Orten abtransportiert.“

Einer dieser Orte, wo andere Zeugen die Leichentransporte haben hinfahren sehen, sind die Öfen einer Ziegelfabrik im Stadtteil San Bernardo von Santiago.

Flugzeuge des US-Fabrikats „Hawker Hunter“ bombardierten mehrere Betriebe, in denen die Arbeiter sich zum Widerstand verschanzt hatten, und die Poblaciones, die Elendsviertel an den Stadträndern. Im Stadtteil San Gregorio von Santiago setzte die Luftwaffe Gas gegen die Bevölkerung ein. Im Arbeiterviertel La Legua wurden der Sitz der Arbeitskammer und ein Büro der KP Chiles mitsamt 82 Menschen in die Luft gesprengt. Ebenso wurde der Redaktionssitz von „Punto Final“, eine dem MIR nahestehende Zeitung, gestürmt und alle anwesenden 10 Genossen sofort umgebracht. Kein anderes Büro irgendeiner linken Organisation wurde von der Zerstörungswut der faschistischen Militärs verschont.

Nachdem schon vorher die kubanische Botschaft unter Feuer genommen wurde, folgte ein Sturm auf die mexikanische Botschaft, in der sich zu der Zeit rund 300 zumeist asylsuchende Menschen befanden, darunter auch 35 Kinder.

Als die Arbeiter der Kohlengruben Lota y Schwager zum Widerstand gegen den Militärterror ihre Arbeit einstellten, griff das Militär sofort an und deportierte 200 von

ihnen auf die KZ-Insel Quiriquina. Auf andere KZ-Inseln werden ebenfalls Tausende von Menschen deportiert. Im Hafen von Valparaíso wurden 3 000 Menschen auf Kriegs- und Frachtschiffen eingekerkert. Es hieß, daß sie auch auf Inseln gebracht werden sollten. Ein Arbeiter, der Augenzeuge dieser Verladungen war, sagte dazu gegenüber einem Korrespondenten der Illustrierten „Stern“:

„Abends, wenn es dunkel wurde, sahen wir immer eine Reihe von Omnibussen der staatlichen Bürgerschaft ETC an den Kai fahren, wo die „Maipú“ lag. Wieviel Leute jeweils auf das Schiff gingen, konnte ich wegen der Entfernung nicht erkennen. Dann fuhr das Schiff raus. Morgens kam es vor Sonnenaufgang wieder. Leer. Die Zeit hätte nicht gereicht, um bei einer der Inseln vor der Küste gewesen zu sein.“

Tag für Tag und Nacht für Nacht werden Großrazien durchgeführt. Jede Straße, jeder Ortsteil wird systematisch von den Militärs durchkämmt. Nach Nazi-Vorbild wird alle sozialistische und antifaschistische Literatur zusammengekartet und auf der Straße verbrannt. Triumphierend schrieb Springers „Welt“ dazu in einer Schlagzeile am 25. September: „Mao, Marx und Lenin gehen in Flammen auf“. Das würden diese Reaktionäre auch in unserem Land gern sehen.

Tausende von „Verdächtigen“ werden bei diesen Großrazien in Gefängnisse und KZ's abtransportiert. Es wurde berichtet, daß das Militär alle Menschen auf Plätze zusammenreibt und diejenigen herausgreift und einem besonderen „Verhör“ unterzieht, die Schwielen an den Händen haben: die Arbeiter.

Diejenigen Arbeiter, die am bewaffneten Kampf in den Cordones Industriales teilgenommen haben, werden größtenteils gleich auf der Stelle erschossen. Überall liegen Leichenhaufen: Leichen treiben im Wasser des Mapocho, sie wurden nachts von der Soldateska umgebracht und werden morgens von Feuerwehrmännern aus dem Fluß gefischt.

Über die Folterungen berichteten zwei Augenzeugen gegenüber der kubanischen Nachrichtenagentur „Prensa Latina“:

„Die Offiziere des SIM (Militärspionagedienst) haben sich mit besonderer Grausamkeit gegen zehn Funktionäre der Personalwache von Allende gewandt, die gegen den Angriff auf La Moneda (Regierungssitz) Widerstand geleistet hatten. Fast acht Stunden lang wurden sie und zahlreiche Genossen der Unidad Popular-Jugend ausgezogen, zu Bo-

den geworfen und mit eiskaltem Wasser begossen (in Chile ist zu dieser Zeit Winter). Unter Waffengewalt wurden die Genossen der linken Organisationen dann gezwungen, sich in den Hof einer Kaserne zu legen: sie dienten den Soldaten, die rausgingen, um den Volkswiderstand zu brechen, als Teppich.“

Andere berichteten über Folterungen, bei denen einem Gefangenen die Hoden bis zur Bewußtlosigkeit mit einem Schraubstock zusammengepreßt wurden. Ein anderer Gefangener wurde mit einem am Hodensack befestigten Band über den Hof einer Kaserne geschleift.



Auch Kinder und Jugendliche werden von den faschistischen Militärs grausam umgebracht. Ein kanadischer Priester erzählte, wie ein Offizier einen Jungen auf der Straße ermordete, weil er bei ihm bei der Durchsuchungsaktion ein Federmesser entdeckt hatte. Der „Spiegel“ schrieb von einem Vorfall, wo ein Soldat einen kleinen Jungen erschoss, weil er beim Anstehen in einer Schlange vor einem Lebensmittelgeschäft laut zu weinen angefangen hatte.

Das Massaker in Chile ist von vornherein vom Militär beabsichtigt gewesen, weil es mit einem heftigen Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes rechnete. Bereits Ende Juli berichteten einige antifaschistische Marinesoldaten von der Existenz eines sogenannten „Djakarta-Plans“ und wenige Tage vor dem Putsch war der Name „Djakarta“ über Nacht an zahlreiche Hauswände geschmiert worden. Djakarta, das ist die Hauptstadt von Indonesien, wo 1965 eine Militärdiktatur errichtet wurde. Mehrere Hunderttausend Menschen wurden

damals und in der Folgezeit bestialisch abgeschlachtet. Die „New York Times“, eine bürgerliche Zeitung, der man wohl kaum Übertreibungen in solchen Dingen unterstellen kann, schrieb in ihrer Ausgabe vom 24. August 1966, daß die Zahl der Ermordeten des indonesischen Volkes seit 1965 zwischen einer halben und einer Million liegt!

Ein weiterer Beweis dafür, daß es sich in Chile um einen bewußt geplanten Massenmord handelt (und dies nicht etwa, wie die reaktionäre Presse vor allem des Springer-Konzerns behauptet, eine „Antwort“ der Militärjunta auf „mehrere Hekenschützen“ ist), findet sich im Ausspruch eines Faschistenführers von „Patria y Libertad“, den der „Spiegel“ erst kurz nach dem Putsch zitierte:

„Wenn dieses Land brennen muß, um gerettet zu werden, und wenn deshalb 20.000 Chilenen sterben müssen, wir tun es!“

Ist die Militärjunta auch ein Gegner der Bourgeoisie?

Die chilenische Militärjunta hat sämtliche demokratischen Rechte des Volkes zerschlagen. Der Gewerkschaftsverband CUT mit über 1,5 Millionen Mitgliedern und alle Organisationen der Linken wurden sofort verboten. Später wurden auch das Parlament und die Parteien der Rechten, die den Putsch gutgeheißen und auch selbst mit vorbereitet haben, für aufgelöst erklärt. Ein Teil der „aufgeklärten“ bürgerlichen Presse (wie z.B. die Illustrierte „Stern“) hat daraus die These konstruiert, daß die Interessenvertreter der chilenischen Bourgeoisie „die Kontrolle über den Staatsstreich zumindest vorläufig verloren“ hätten. Von Frei, einem der Führer der chilenischen Christdemokratie, von dem schon vermutet wurde, daß das Militär ihn bald als neuen Regierungschef einsetzen würde, behauptet der „Stern“, daß er nun eine „mitteilerregende Rolle“ spielt.

Das ist natürlich purer Unsinn. Es handelt sich dabei um die alte „Theorie“ einiger kleinbürgerlicher und bürgerlicher Ideologen, wonach der Faschismus von der Bourgeoisie „unabhängig“ sei, wonach die Bourgeoisie selbst vom Faschismus unterdrückt werde usw. Aber auch im deutschen Nazi-Faschismus wurden außerhalb der NSDAP alle Parteien, einschließlich der rechtsbürgerlichen, verboten. Stand deshalb der Nazi-Faschismus etwa im Widerspruch (oder sogar in Gegner-

schaft) zur Herrschaft der Bourgeoisie? Natürlich nicht. Der Faschismus steht nur im Widerspruch zu einer bestimmten Form der Bourgeois-Herrschaft (nämlich der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie), weil er selbst nur eine andere Form dieser gleichen Herrschaft darstellt (nämlich die offene Terror-Diktatur). Das beinhaltet gewöhnlich (wie es auch in Deutschland der Fall gewesen ist) die Zerstörung aller demokratischen Rechte, die überhaupt im bürgerlichen Staat verbriefte sind, wozu auch das freie Koalitionsrecht der bürgerlichen Parteien zählt. In der faschistischen Diktatur werden auch einer Reihe bürgerlicher Ideologen und Interessenvertreter straffe Zügel umgelegt, denen nämlich, die sich nicht vollständig auf die faschistische Herrschaftsform gleichschalten lassen. Nichts anderes wird bewiesen, wenn die chilenische Militärjunta heute auch einige Politiker des „gemäßigten“ Flügels der Christdemokratie verhaftet hat. Daraus folgt weder, daß die Bourgeoisie „die Kontrolle über den Staatsstreich verliert“,

schistische und antiimperialistische Kampffront gewinnen könnte, wie die Revisionisten und Reformisten es propagieren. Diese Leute sind und bleiben Verteidiger der Herrschaft der Bourgeoisie, von denen das Volk heute ebensowenig wie vormals etwas für seine Befreiung erwarten kann.

Dimitroff. sagte 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale:

„Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes. In gewissen Ländern, vor allem dort, wo der Faschismus keine breite Massenbasis besitzt und wo der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen im Lager der faschistischen Bourgeoisie selbst ziemlich stark ist, entschließt er sich nicht sofort, das Parlament zu liquidieren, und beläßt den anderen bürgerlichen Par-

Schlag oder aber durch immer größere Steigerung des Terrors und der blutigen Auseinandersetzungen mit allen konkurrierenden Parteien und Gruppierungen. Das schließt jedoch nicht aus, daß der Faschismus in dem Augenblick einer besonderen Verschärfung seiner Lage Versuche macht, seine Basis zu erweitern, und, ohne sein Klassenwesen zu ändern, die offene terroristische Diktatur mit einer groben Verfälschung des Parlamentarismus zu vereinigen.“

(Alle Hervorhebungen von Dimitroff.)

Was Chile betrifft, so plant die Militärjunta dort offenbar, nach Suspendierung der bürgerlichen Parteien zu einem späteren Zeitpunkt ein Stände-„Parlament“ einzurichten. Dort sollen dann Vertreter vor allem der Armee und von „Berufsverbänden“ sitzen, wobei diese „Berufsverbände“ einheitliche Zwangsvereinigungen von Arbeitern gemeinsam mit den Kapitalisten sind – und die Kapitalisten natürlich auch die Führung dieser Verbände innehaben. Das ist absolut



Gefangene im Fußballstadion in Santiago

wie der „Stern“ glauben machen will, noch folgt daraus, daß die „gemäßigten“ Christdemokraten oder gar die ganze suspendierte Christdemokratie plötzlich auf der Seite des Volkes gegen den Faschismus stünde, daß man die Christdemokratie für eine konsequent antifa-

teien und auch der Sozialdemokratie eine gewisse Legalität. In anderen Ländern, wo die herrschende Bourgeoisie einen nahen Ausbruch der Revolution befürchtet, errichtet der Faschismus seine schrakenlose politische Monopolherrschaft entweder mit einem

nichts Neues, sondern findet sein Vorbild in der von den Nazis errichteten „Deutschen Arbeits-Front“ und in den faschistischen Konföderationen im „Ständestaat“ unter Mussolini. ■

US-Imperialismus mordet mit

Die USA-Regierung hat eine Beteiligung am Militärputsch in Chile heftig abgestritten. Aber es hat wohl auch kaum jemand geglaubt, daß die USA eine solche Beteiligung freiwillig zugeben würden. Dies haben sie natürlich noch nie getan, weder 1953 im Iran, noch 1954 in Guatemala, 1964 in Brasilien, 1967 in Griechenland usw. (siehe Artikel in AK 33: „Im Hintergrund immer der US-Imperialismus“). Dennoch ist dies mittlerweile in all diesen Fällen bewiesen. Auch über die direkte Beteiligung der USA an der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur in Chile liegen inzwischen eine Reihe konkreter Hinweise vor.

Die USA haben von Anfang an auf einen Sturz der Allende-Regierung hingearbeitet, um weiterhin ihre imperialistische Herrschaft über dieses Land ausüben zu können. Der US-Konzern ITT hatte schon Ende 1970 mit Hilfe des US-Außenministeriums und des US-Geheimdienstes CIA versucht, den Amtsantritt Allendes nach dessen Wahl überhaupt zu verhindern. Das ist bereits vor längerer Zeit enthüllt und die Dokumente dafür sind vorgelegt worden (ein Buch mit den Dokumenten ist auch in deutscher Sprache erhältlich und kann über das ARBEITERBUCH, 2 Hamburg 13, Grindelhof 45, bestellt werden).

In einer internen Denkschrift von ITT zum Amtsantritt Allendes wurde die Absicht formuliert, einen „schnellen Niedergang der (chilenischen) Wirtschaft herbeizuführen, der gewaltsame Auseinandersetzung auslöst und schließlich zum Militärputsch führt.“

In dieser Richtung ist denn auch die ganze Zeit von den US-Konzernen und der Nixon-Regierung gearbeitet worden. Das „wirtschaftliche Chaos“, das man der „sozialistischen Politik“ der Allende-Regierung anlastete, wurde vom US-Imperialismus und der einheimischen chilenischen Bourgeoisie erzeugt (siehe auch dazu den Artikel im AK 33: „Woher kam das ‚wirtschaftliche Chaos‘?“). Eine erste Welle „gewaltsamer Auseinandersetzung“ begann im Oktober 1972 mit dem Fuhrunternehmerstreik, eine zweite setzte jetzt im Spätsommer das Signal für den erfolgreichen Militärputsch. Die Finanzierung dieses Boykotts der Fuhrunternehmer (wie auch ein großer Teil der Finanzierung der bürgerlichen Parteien und faschistischer Terrorbanden) kam aus den USA und belief sich auf mehrere Millionen Dol-

lar. Die Fuhrunternehmer hielten ihre Lastwagenfahrer an und zahlten ihnen für die Arbeitsniederlegung das Vierfache ihres normalen Lohnes aus US-Geldern.



Die Komplizenschaft der USA blieb aber nicht auf die Erzeugung des „wirtschaftlichen Chaos“ und einzelner faschistischer Terroranschläge beschränkt, sondern sie erstreckte sich bis zur direkten Vorbereitung und auch Durchführung des Militärputsches. In der bürgerlichen Presse unseres Landes wurde lediglich die Nachricht verbreitet, daß die US-Regierung 24 Stunden vor dem Putsch eine entsprechende Meldung „zugespielt“ bekommen hätte.

Ein Regierungssprecher der USA habe dazu erklärt, daß sie dem erstens keine Beachtung geschenkt hätten, weil die US-Regierung in letzter Zeit häufiger solche Meldungen erhalten habe, die sich dann jeweils als falsch herausgestellt hätten; und zweitens sei die US-Regierung auch nicht verpflichtet, die Regierungen anderer Länder zu warnen, wenn sie von Putschabsichten Kenntnis hätte. Ansonsten berichtete die bürgerliche Presse noch, daß sich die USA auffallend „zu-

rückhalten“ würden, um nach der Enthüllung der Putschpläne von ITT nicht wieder in den Verdacht einer Mittäterschaft oder gar Urheber-schaft zu geraten.

Hier reiht sich eine Lüge an die andere. Tatsache ist, daß die US-Regierung eine Meldung über den bevorstehenden Putsch nicht nur einen Tag vorher „zugespielt“ bekommen hat, sondern daß dieser Putsch schon lange von den USA direkt mit vorbereitet wurde. Der Generalsekretär der MIR, „Bewegung der revolutionären Linken“

in Chile, Genosse Miguel Enriquez, hat kürzlich folgende Informationen dazu enthüllt:

Bereits am 24. März dieses Jahres hat an Bord des Kriegsschiffes „Pratt“ in der Nähe der nordchilenischen Hafenstadt Arica ein geheimes Treffen zwischen drei hohen Offizieren der chilenischen Marine und einem hohen Beamten der US-Botschaft stattgefunden. (Auch bei den ersten Putschplänen von ITT lief der Draht u.a. über den damaligen US-Botschafter in Chile, Edward Korry. Der jetzige US-Botschafter Nathaniel Davis ist vier Tage vor dem Putsch zu einer Blitzreise nach Washington geflogen, um dort mit dem US-Außenminister und Sicherheitsberater Kissinger zu sprechen, und dann sofort, noch vor dem Putsch, wieder nach Santiago zurückzukehren.)

Ein halbes Jahr später, am 29. Juni, d.h. genau am Tag des gescheiterten Putschversuchs des Panzerregiments von Tacna, übergaben

hohe Offiziere der US-Navy den Offizieren der chilenischen Marine präzise Pläne für einen Putsch. Diese Instruktionen legten verschiedene Einzelheiten des taktischen Vorgehens fest: so enthielten sie z.B. die konkrete Anweisung, den Industriegürtel von Valparaiso zu bombardieren, wenn die Arbeiter sich dem Staatsstreich widersetzen. Nicht nur Valparaiso, sondern auch verschiedene andere Städte sind inzwischen von Flugzeugen des US-Fabrikats „Hawker Hunter“ und von Bord der Kriegsschiffe aus bombardiert und mit Kanonen beschossen worden.

Die mexikanische Wochenzeitung „Por que?“ berichtete, daß der CIA-Agent Ernest Siracusa der Hauptübermittler zwischen Washington und dem chilenischen Militär zur Vorbereitung des Putsches war. Siracusa ist mindestens am 26. Juni, wahrscheinlich aber auch häufiger in Santiago gewesen, drei Tage vor dem Probe-Putsch vom 29. Juni. Siracusa ist einer der erfahrensten Spitzenagenten des CIA: er war 1954 bei der Organisation des Staatsstreichs von Guatemala mit von der Partie, war 1965 bei der Invasion von US-Truppen in die Dominikanische Republik zugegen und bereitete 1971 den Sturz der Regierung Torres in Bolivien mit vor. Jetzt im Juni hatte er nicht allzu viel Zeit, sich in Chile aufzuhalten. Einen Tag später, am 27. Juni hatte er in Uruguay zu tun: dort wurde gerade die offene Militärdiktatur errichtet, nachdem das Militär bereits im Februar dieses Jahres weitgehend hinter den Kulissen die Regierungsfäden in die Hand genommen hatte.

Kurze Zeit vor dem chilenischen Putsch vom 11. September errichtete die US-Luftwaffe eine Luftbrücke von den USA zur argentinischen Stadt Mendoza, in unmittelbarer Nähe der chilenischen Grenze. Dort wurden riesige Mengen Kriegsmaterial, Bomben und Raketen entladen und an einen „unbekannten Ort“ wegtransportiert. Auch sogenannte „Experten“ des US-Militärs wurden dorthin eingeflogen.

Schon im Juli, während eines gemeinsamen Manövers der nordamerikanischen und der chilenischen Marine im Pazifik, erhielten die putschistischen Generäle das nötige Benzin für bevorstehende „Militäroperationen“. Die Militärhilfe haben die USA ja auch während der ganzen Zeit der Allende-Regierung (ganz im Gegensatz zur wirtschaftlichen Kredithilfe) nicht eingestellt. Hier züchteten sie das Pferd heran, auf das später gesetzt werden sollte; ebenso wie bei der Ausbildung chilenischer Offiziere und

Soldaten an den Militärakademien in den USA und in den Anti-Guerilla-Lagern in der von den USA okkupierten Panama-Kanalzone.

Weiterhin ist bekannt geworden, daß drei nordamerikanische Kriegsschiffe unmittelbar vor dem Putsch auf die chilenische Küste zusteuerten, wo angeblich „Seemanöver“ mit der chilenischen Marine geplant waren. Nach dem Putsch beeilte sich die US-Regierung zu erklären, daß ihre Kriegsschiffe den Kurs geändert hätten, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, sie könnten irgendetwas mit dem Putsch zu tun haben. Daß die US-Regierung in der Tat diesen „Verdacht“ nicht aufkommen lassen will, ist richtig. Und dazu ist sie schon immer zu allerlei Lügen bereit gewesen. Wer sollte auch so schnell ihre Behauptung widerlegen können, daß die US-Kriegsschiffe den Kurs geändert hätten? In Chile herrscht eine grausame Militärdiktatur, die alle wahrheitsgetreuen Nachrichten, welche nicht in ihr Lügen- und Terrorkonzept passen, zu unterbinden versucht. Und selbst wenn eine Nachricht durch dieses Netz schlüpft, die nicht an die Weltöffentlichkeit sollte, so finden die Militärjunta und der US-Imperialis-

mus beim Großteil der ausländischen Presse doch so viel verlegerten und journalistischen „Anstand“, derartige Informationen entweder ganz zu unterdrücken, oder zumindest sie mit dem Etikett eines „von Kommunisten in die Welt gesetzten Gerüchts“ zu befechten, auf das spätestens anderntags ein „offizielles Dementi“ irgendeiner mit der Militärjunta in Komplizenschaft stehenden amtlichen Stelle folgt.

Nun, was in der reaktionären Presse unseres Landes nicht zu lesen stand, ist dies: eine Gruppe kolumbianischer Studenten, die am 25. September nach der Flucht aus Chile in Bogota (Hauptstadt Kolumbiens) eintraf, erklärte, daß US-Kriegsschiffe im Hafen von Valparaiso festgemacht haben und US-Marinesoldaten am Massaker gegen das chilenische Volk beteiligt seien. Die nordamerikanischen Marinesoldaten sollen sich ihre Gesichter mit farbiger Creme eingeschmiert haben, um nicht so leicht erkannt zu werden. Außerdem seien brasilianische Polizisten und Agenten des US-Geheimdienstes CIA an den „Verhören“ und Folterungen im Sportstadion von Santiago beteiligt gewesen.

SCHULDEMONSTRATION 10 ARNOLDSTRASSE
JUGENDVERTRETER 17 WÄHLEN BEI HOW
ZUR AUSSENPOLITIK 20 DER VR CHINA

Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 26/28 Nov. 73 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 50 Pf.



VERLAG ARBEITERKAMPF

J. Reents, 2000 Hamburg 13, Rutschbahn 35

Ein Abonnement für 6 Ausgaben kostet DM 4,80 inkl. Porto

Ein Abonnement für 12 Ausgaben kostet DM 9,60 inkl. Porto

Förderabonnement für 6 Ausgaben ab DM 6,-

Förderabonnement für 12 Ausgaben ab DM 12,-

Zahlung bitte im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 2405 95-203 J. Reents

Der ARBEITERKAMPF erscheint dreiwöchentlich.

Marshall-Plan und Liebe zum Faschismus

Springers „Welt“ zum faschistischen Terror in Chile

Unter der bezeichnenden Überschrift „Hoffen auf einen neuen Marshall-Plan“ brachte Springers „Welt“ am 2. Oktober einen Artikel über Chile, der ein beachtenswertes Gebräu von strategischen Überlegungen und faschistischen Lügen darstellt. In diesem Artikel wird zunächst gesagt, daß es dem chilenischen Volk heute viel besser gehe als unter der Allende-Regierung: „... in den drei Wochen Junta-Regime haben sich die Obst- und Gemüsemärkte wieder gefüllt. Die Schlangen vor den Bäckerläden werden jeden Tag etliche Meter kürzer.“ usw. Dann folgt die „optimistische“ Beurteilung der „Lage des Landes“ durch den Mittelstand (!): „Die Zuversicht dieser Menschen nährt sich aus der Befreiung von dem Alpdruck, den Allende und, mehr noch, seine Trabanten für sie bedeutet haben.“ Als nächstes wird gesagt,



Junta-Chef Pinochet

daß die Militärjunta noch vor einer Reihe ungelöster Probleme stehe,

wovon sich die politischen „vorerst wesentlich als juristisch-verfassungsrechtliche Probleme“ darstellen, und zwar: „Wie soll der Putsch begründet werden?“ !! Die Richtung, in der die „Welt“ hier eine Antwort vorschlägt, entspricht voll und ganz einer bewährten kapitalistischen Logik: eine „massive ausländische Hilfe“ soll es bewerkstelligen, „das wirtschaftliche Trümmerfeld aufzuräumen“. Chile sei „in ähnlicher Lage wie Europa, bevor der Marshallplan den Wiederaufbau ermöglichte“. Die „Welt“ sagt damit nicht nur etwas zu Chile, sondern deutet auf die Funktion hin, die der Marshall-Plan damals in Westeuropa zur Restaurierung der kapitalistischen Ausbeuterordnung hatte. Das ist ein Stück kapitalistischer Strategie- und Taktik-Diskussion: Gebt dem Volk zu essen, dann wird es sich mit den bestehenden Verhältnissen abfinden und ihr könnt es auf Jahre hinaus ohne viel Sorgen ausbeuten! Chile muß dem imperialistischen Kapital (getarnt als „Wirtschaftshilfe“) wieder die Tür weit öffnen, und der Imperialismus und die chilenische Bourgeoisie wird sich mästen können! Das internationale Kapital weiß, daß eine längerfristige Sicherung seiner Herrschaft (auch unter einem Terror-Regime) davon abhängt, das Volk in gewissem Umfang „zufriedenzustellen“.

Den Schluß dieses „richtungsweisenden“ Artikels bildet eine journalistische Spitzenleistung an Beschönigung des faschistischen Terrors in Chile. Diese Absätze wollen wir nachstehend in vollem Wortlaut wiedergeben:

„Wie wichtig die Junta die deutsche Hilfe nimmt, geht daraus hervor, daß alle Bundesrepublikaner, die wegen staatsfeindlicher Umtriebe nach dem Putsch in Chile festgenommen worden waren, ihre Pässe wiedererhielten. Es handelte sich um sechs Personen – mit einer Ausnahme, jugendliche Anarcho-Idealisten.“

So behutsam die Junta mit diesen Deutschen verfuhr, so schonend ging sie auch mit Blut und Gut der Chilenen selbst um. Es war ein Putsch, bei dem in Santiago nicht

einmal der Strom ausfiel und bei dem jeder mit jedem über die stündliche Entwicklung telefonierte. Ich sah eine ausgebrannte Villa, die von einem Flugzeug zerstört worden war. Ein Regierungssender hatte von dem Haus aus zum Widerstand aufgerufen. Noch nicht einmal die Zäune der Nachbarvillen waren beschädigt.



Ich unterhielt mich mit einem Chilenen, der eine Dachwohnung auf dem historischen Hügel vor Santiago, Santa Lucia, besitzt. Während der Stunden, in denen die Moneda beschossen wurde, kamen seine Freunde, um die Szene sozusagen vom Dachgarten aus zu verfolgen. Er erzählte vergnügt, er habe Gin-Tonic offeriert.

Auf meine Frage, ob er nicht Angst gehabt habe: „Chilenisches Militär schießt sparsam, selbst wenn es erregt ist.“

Das war ein Snob. Aber der Ablauf der merkwürdigen Revolution gibt ihm bis heute recht. ■

Behörde will Solidaritätssammlung für Chile verhindern

Das Hamburger Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) stellte am 16. Oktober Antrag auf Genehmigung einer Straßensammlung zur Unterstützung der gegen den Faschismus kämpfenden chilenischen Arbeiter und Bauern. Die zuständige Arbeits- und Sozialbehörde machte die Erteilung der Sammelgenehmigung von folgender „Aufgabe“ abhängig: das IKAH sollte sich verpflichten, „bei der Werbung zum Spenden davon abzu- sehen, eine Verwendung des Sammelertrages zum Zweck einer bewaffneten Auseinandersetzung zu propagieren.“

Diese Auflage wurde vom IKAH als unzumutbarer Angriff auf die politische Meinungsfreiheit abgelehnt. Die Sammlung konnte nicht stattfinden. Stattdessen wurde auf Flugblättern und mit Info-Ständen zu Spenden (auf das Konto der „Chile-Hilfe“) aufgerufen.

Die Antrags-Begründung des IKAH auf Genehmigung für eine Straßensammlung hatte gelautet: „Der Ertrag der Sammlung soll den Widerstand des chilenischen Volkes gegen den Terror der Militärjunta unterstützen helfen. Das Geld wird auf das Konto der 'Chile-Hilfe' der AELA – Lateinamerikanischer Studentenverband – überwiesen.“

Es dauerte fünf Tage, bevor die Behörde sich überhaupt zu einem Gespräch über „Sinn und Zweck“ der Sammlung herbeiliess. Offenbar hatte man vorher „höhere Stellen“ eingeschaltet, so daß höhere Verwaltungsbeamte an dem Gespräch teilnahmen, unter ihnen Regierungsdirektor Golombek, offenbar Chef der Arbeits- und Sozialbehörde.

Zunächst versuchten die Bürokraten in typisch sozialdemokratischer Manier den Vertreter des IKAH einzuseifen und die Sammlung auf ein rein „humanitäres“ Hilfsunternehmen ohne politischen Hintergrund zu reduzieren. Es müsse verhindert werden, daß das gesammelte Geld für irgendwelche nicht „friedlichen“ Zwecke verwendet

werde. Als Begründung ließen sie „internationale Verpflichtungen“ der BRD durchblicken. – Wer fühlt sich da nicht an die ebenfalls „rein humanitären“ Weizenlieferungen erinnert, mit denen die BRD gegenwärtig die Existenz der Junta unterstützt? (Die Lieferung war schon der Allende-Regierung zugesagt worden, aber wurde zurückgehalten!) –

Der Vertreter des IKAH ließ sich auf diese Zumutung nicht ein. Seine Organisation stelle grundsätzlich keine andere konkrete Bedingung für die Verwendung von Spendengeldern als die, daß sie der Unterstützung des Kampfes gegen die durch den Kapitalismus verursachte Not und Ausbeutung dienen soll.

Daraufhin versuchte es die Behörde mit einem „Kompromiß-Vorschlag“ – als Sammlungs-Ziel sollte formuliert werden: „Der Ertrag der Sammlung soll zur Solidarität mit der in Not geratenen Bevölkerung dienen“.

Der Vertreter des IKAH war bereit, diesen Kompromiß zu akzeptieren. Weder für die Verwendung des Geldes noch für die Durchführung der Sammlung wären daraus Beschränkungen erwachsen.

Jetzt aber zeigte sich, daß die Bürokraten bisher nur herumtaktiert hatten, um den Boden für den Hauptschlag vorzubereiten. Ungeniert über die offensichtliche Widersprüchlichkeit in ihrer eigenen Argumentation zogen sie nun plötzlich folgende Auflage aus der Tasche: „Der Veranstalter verpflichtet sich, bei der Werbung zum Spenden davon abzusehen, eine Verwendung des Sammelertrages zu Zwecken einer bewaffneten Auseinandersetzung zu propagieren.“

Als Begründung für diese Auflage wurde angeführt: der konkrete Verwendungszweck des Geldes in Chile sei für das Amt uninteressant (vorher hatten sie genau das festlegen wollen!), da bei „überseeischen Sammlungen“ eine Kontrolle über die Verwendung sowieso nicht möglich sei.

Die Arbeits- und Sozialbehörde habe im Rahmen ihres Verfassungs-

auftrags vielmehr die ordnungsgemäße Einhaltung der Sammlungs-gesetze in der BRD zu kontrollieren. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Sammlung nicht die Aufrechterhaltung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung gefährde. Solange die Sammlung aber eine Propaganda für den bewaffneten Kampf nicht ausdrücklich ausschließe, sei dafür nicht garantiert. Es sei jedem Einzelnen unbenommen, seine Meinung zu Chile zu haben. Im Rahmen einer Sammlung dagegen, die ja auf Diskussion mit der Bevölkerung hinausliefe, müsse damit gerechnet werden, daß es bei größeren Menschenansammlungen zu Auseinandersetzungen zwischen Sammlern (die für den bewaffneten Kampf eintreten) und „Andersdenkenden“ komme. Das Amt wäre dann gezwungen, die Polizei zum Schutz der Sammler aufzufordern. Es widerspreche aber den prinzipiellen Aufgaben der Behörde und der Polizei, Leute zu schützen, die die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ angriffen, indem sie Gewalt propagierten... Für die Haltung der Behörde sei es unwichtig, ob der bewaffnete Kampf in Chile berechtigt sei oder nicht (immerhin handelt es sich um den Kampf gegen eine faschistische Militärdiktatur!).

Propaganda für den bewaffneten Kampf sei eben prinzipiell nicht durch das Grundgesetz abgedeckt! Andernfalls müßten – so „argumentierten“ die Bürokraten – nach dem „Gleichheitsgrundsatz“ auch andere das Recht haben, für den bewaffneten Kampf zu sammeln, z.B. für Israel... – Als ob nicht tatsächlich die Springer-Presse, die „Deutsch-Israelische Gesellschaft“ und zahlreiche Bundestags-abgeordnete zu Spenden für Israels „Verteidigungsanstrengungen“ aufgerufen hätten, damit Israel weiterhin arabische Gebiete besetzt halten kann! – Dies Behörden-Argument war also ein typischer Bumerang, bezeichnend für die Praktizierung des sogenannten „Gleichheitsgrundsatzes“ in diesem Land.

Für die Behörde geht es offensichtlich nicht einmal in erster Linie um die Sammlung, sondern um

die Einengung der politischen Meinungsfreiheit. Wenn es verboten sein soll, im Rahmen einer Sammlung für den Kampf gegen den Faschismus, auch mit bewaffneter Gewalt, einzutreten, dann könnte die Behörde dasselbe Spiel auch gegenüber Flugblättern, Zeitungen etc. fortsetzen, die diesen Kampf unterstützen.

Die IKAH lehnte die Auflage der Behörde dementsprechend als Angriff auf die politische Meinungsfreiheit und Beeinträchtigung wirklicher Hilfe für die chilenischen Arbeiter und Bauern durch die Behörde ab. Die Behörde erklärte sich zu einer nochmaligen Prüfung der Auflage bereit. Wegen der „exemplarischen Bedeutung“ des Falles will leitender Regierungsdirektor

Golombek sich „höheren Ortes“ vergewissern, ob die bisherige Entscheidung aufrechterhalten wird. Eine schriftliche Begründung soll ebenfalls noch erfolgen.

Genossen des IKAH

Redaktionelle Anmerkung:

Für die Behördenvertreter ist es zweifellos eine sehr reizvolle Vorstellung, daß sich linke Sammler u.ä. vor dem „gerechten Volkszorn“ und „gesunden Volksempfinden“ (die im Gespräch beschworenen „Andersdenkenden“) in die Arme der Polizei flüchten müßten. Allerdings wurde in Hamburg zu Zeiten des SDS selig (als Sammlungen noch

nicht genehmigungspflichtig waren) häufig unter der Parole „Waffen für den Vietkong“ gesammelt, ohne daß es unseres Wissens jemals zu ernstesten Handgreiflichkeiten von seiten „Andersdenkender“ gekommen wäre.

Auf der anderen Seite sind uns genug Fälle in Erinnerung, wo Hamburgs Polizei zum Schutz von NPD-Veranstaltungen abkommandiert wurde, obwohl diese neo-faschistische Partei nach amtlicher Auskunft (z.B. Berichte des „Verfassungsschutz“) „verfassungsfeindlich“ ist.

Schutz für faschistische Veranstaltungen durch die Polizei: Ja! Genehmigung für eine Sammlung zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes gegen den Faschismus: Nein! Das ist der bürgerliche „Gleichheitsgrundsatz“.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



die Internationale



Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus 0.50 DM

hat das Ziel, die Verbindung mit den kommunistischen und fortschrittlichen nationalen Kräften in der ganzen Welt zu stärken. Deshalb besteht ein großer Teil der Zeitung aus Texten ausländischer Organisationen und Gruppen. Wir haben diese Artikel nicht nach dem Prinzip ausgewählt, daß sie unsere Meinung wiedergeben und unsere Politik bestätigen sollen, sondern wir wollen versuchen, ein objektives Bild der Klassenkämpfe in der Welt zu geben. Nur aus einer echten Diskussion politischer Anschauungen und dem Austausch von Erfahrungen kann dauerhafte und wirkungsvolle internationale Solidarität erwachsen.

„die internationale“ erscheint sechswöchentlich

Hiermit bestelle ich:

Anschrift: _____

„die internationale“

- ☐ für 6 Ausgaben DM 4,80
- ☐ für 12 Ausgaben DM 9,60
- ☐ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
- ☐ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

Zahlungen bitte im voraus auf das
 Postscheckkonto Hamburg 2405 95 203
 an Verlag ARBEITERKAMPF, J. Reents, 2 Hamburg 13
 Rutschbahn 35



„Für Hoechst ein interessanter Markt“



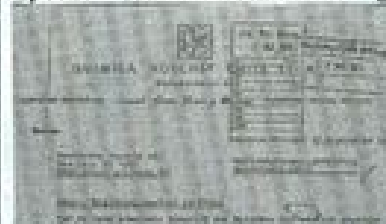
Rolf Sammet, Boß der Farbwerke Hoechst

Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden... Am 13. abends stand bereits einwandfrei fest, daß der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben — wir schätzen 2000 bis 3000 Tote — gelungen war... Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde...

Was die Außenpolitik der Militärregierung anbelangt, so ist der sofortige Abbruch der Beziehungen zu Kuba hervorzuheben...

Wenn die „Volksregierung“ auch in den drei Jahren ihrer Existenz das Land in jeder Hinsicht — moralisch, wirtschaftlich und sozial — in Grund und Boden gewirtschaftet hat, so sind wir, was die Regenerierungsfähigkeit des chilenischen Volkes und damit auch der Wirtschaft des Landes anbelangt, durchaus optimistisch. Wir sind überzeugt davon, daß sich Chile unter einer

energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflussten Führung sehr bald erholen wird. Die Substanz des Volkes ist eine der besten Lateinamerikas; das hat auch der wirklich heroische Widerstand der Zivilbevölkerung und ganz besonders der chilenischen Frau gegen das marxistische Regime bewiesen. Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind und die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen. Neun Jahre sozialistischer Regierung — wir rechnen die sechs Jahre der Präsidentschaft Frei mit hinzu — haben das Land andererseits in sozialer Hinsicht stärker weiterentwickelt als der größte Teil der Länder der westlichen Welt und die letzten Überreste einer feudalen Epoche zum Verschwinden ge-



Brief an Hoechst-Zentrale (Ausriß)

bracht... Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein...

In den drei Jahren marxistischen Regimes haben die hiesigen Hoechster Unternehmen viele schwierige Probleme und Epochen überwinden müssen, ohne Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis für unsere Situation wäre dies nicht möglich gewesen. Wir möchten Ihnen bei dieser Gelegenheit hierfür allerherzlichst danken und der Überzeugung Ausdruck geben, daß es der Mühe wert war, daß Sie und wir die Sorgen und Probleme dieser Jahre auf uns genommen und sie durchgestanden haben.

SPD zu Chile

„Nicht hilfreich“

Ein AK-Leser schrieb an den Parteivorstand der SPD einen Brief zur Lage in Chile. Er bekam von der „Abteilung internationale Beziehungen“ einen Brief, in dem es u.a. heißt:

„1. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre nicht hilfreich, da dann keine Möglichkeit mehr bestünde, auch mit der Militärregierung in Chile in Kontakt zu treten und Gespräche mit dem Ziel der Darstellung unserer Haltung, der Bemühung, das Los der Inhaftierten und ihrer Familien zu mildern und zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren, zu führen.“

2. Entwicklungshilfe wird vorerst nur insoweit weitergeführt, als es sich um Maßnahmen handelt, die für die Bevölkerung erforderlich sind und dieser zugute kommen.

Große Sorge bereitet der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Schicksal unserer Parteifreunde und deren Angehörigen in Chile.“

Das ist doch schön zu hören, daß die SPD sich wenigstens um ihre „Parteifreunde“ in Chile „sorgt“. Aber was für „Parteifreunde“ eigentlich? Gab es etwa in Chile eine sozialdemokratische Partei? Man kann Allende vieles vorwerfen, aber im Vergleich zu Brandt & Co. war er immer noch Gold, und als „Marxist“ hätte er in der BRD wahrscheinlich wegen des „Extremisten-erlasses“ nicht einmal Lehrer werden können. So heuchlerisch und „nicht hilfreich“ ist die „Solidarität“ der SPD mit den chilenischen Antifaschisten.



Die Niederlassung des Großkonzerns HOECHST in Chile (QUIMICA HOECHST CHILE LTDA) schrieb einen „Lagebericht“ nach dem Putsch an die westdeutsche „Mutter“ in Frankfurt, woraus dieser Auszug entnommen ist; aus DER SPIEGEL.

Zur Situation des chilenischen Widerstandes

Aus ARBEITERKAMPF 33 vom 26. Sept. 73

Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes!

Das chilenische Volk hat die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur nicht kampflos hingenommen. Die reaktionäre bürgerliche Presse spricht zwar von einer „Normalisierung der Lage“ (einer „Normalisierung“ auf dem Berg Tausender von Ermordeten!) und davon, daß der Widerstand „fast gebrochen“ sei. Aber ihre eigenen Meldungen sind sehr widersprüchlich. Und trotz der von der Militärjunta kontrollierten und gesteuerten „Informationsweitergabe“ sind einige Nachrichten aus dem Land gekommen, die den heldenhaften Kampf des chilenischen Volkes bezeugen.

In Santiago, Valparaiso, Concepcion, Punta Arenas, Antofagasta, Los Andes, Las Cuevas und anderen Städten und auf dem Land leistet das chilenische Volk der Militärjunta bewaffneten Widerstand. Der grausame Terror des Militärs hat bereits blutige Lücken in die Reihen der revolutionären Kämpfer gerissen, aber der Widerstand konnte bisher nicht gebrochen werden. Tausende von Menschen wurden ermordet, Tausende verhaftet, Tausende auf Kriegsschiffe und auf zu KZs umgewandelte Inseln deportiert.

Die Bergarbeiter von El Teniente stellten sich den Panzern mit Dynamitstangen entgegen. 500 Kumpel wurden vom Militär niedergeschossen. Die Arbeiter der Textilfabrik Sumar leisteten ebenfalls erbitterten Widerstand. Auch hier ließ das Militär 500 von ihnen bestialisch niedermetzeln. In Santiago sollen sofort nach dem Militärputsch 40 Betriebe von den Arbeitern zur bewaffneten Verteidigung besetzt worden sein. Die Technische Universität von Santiago wurde von 600 Studenten mit der Waffe in der Hand verteidigt. Erst nach langem erbitterten Kampf räumten sie das Gebäude vor den stürmenden Soldaten.

Teilweise sollen auch chilenische Soldaten gegen den Putsch rebelliert

ehemalige Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, General Prats, der zeitweise an der Regierung unter Allende beteiligt war, an der Spitze des 5. Armeekorps und zwei Kolonnen bewaffneter Arbeiter und Abteilungen der MIR („Bewegung der revolutionären Linken“) auf Santiago zumarschiere, um die Militärjunta zu stürzen, scheinen aber nicht zu stimmen. Prats soll inzwischen er-



Für den Sieg des Volkes

und sich dem kämpfenden Volk angeschlossen haben. In Valparaiso wurden deswegen 100 Soldaten erschossen. Die Meldung, wonach der

klärt haben, daß er sich nicht am Kampf gegen die Militärjunta beteiligen und stattdessen nach Argentinien auswandern will, wo er nach

neuesten Meldungen auch schon eingetroffen sein soll.

Die Militärjunta sendet über die von ihr beherrschten Radio- und Fernsehstationen Falschmeldungen und Lügen, um das Volk vom Kampf abzuhalten. Eine der offenkundigsten Fälschungen wurde am 14.9. im chilenischen Fernsehen gesendet: es war eine Ansprache von Godoy, Arbeitsminister unter der Allende-Regierung, der die Arbeiter aufforderte, „mit den Anstrengungen der Behörden, die ökonomische Lage zu verbessern, zusammenzuarbeiten“. Allerdings handelte es sich dabei um die Aufzeichnung einer Ansprache, die Godoy vor längerer Zeit unter der Allende-Regierung, und nicht der Militärjunta gehalten hatte.

Wie die italienische Zeitung „Corriere della Sera“, eine bürgerliche Zeitung, am 14.9. schrieb, beschränken sich die bewaffneten Widerstandskräfte nicht nur darauf, sich gegen die Angriffe des Militärs zu verteidigen, sondern sie sollen auch in einigen Orten initiative Aktionen durchgeführt haben. Es hieß, daß sie einige Polizeikommissariate und Militärstellen angegriffen haben, um sich Waffen zu beschaffen. Die Bewaffnung des Volkes reicht gegenwärtig nicht aus, um die faschistische Diktatur zu besiegen, da die Unidad Popular das Volk auf diese Konfrontation nicht ausreichend vorbereitet hat, sondern im Gegenteil in der letzten Zeit ihrer Regierungsführung das Militär sogar beauftragt hatte, bestehende Arbeiter- und Bauernmilizen, die sich schon damals gegen den Terror faschistischer Erfüllungsgehilfen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zur Wehr setzen mußten, zu entwaffnen.

Nach weiteren Meldungen aus Argentinien haben bewaffnete Widerstandskräfte den faschistischen Militärsender „Agricultura“ angegriffen und zerstört. Es soll ihnen auch gelungen sein, einige Geheimsender in Betrieb zu nehmen, mit denen sie den Lügen der Militärpropaganda entgegentreten und das Volk dazu auffordern, den Kampf fortzusetzen. Dieser Kampf müsse mit einer „elastischen Taktik“ geführt werden, im Aufbau von Widerstandszentren in den Betrieben und auf dem Land, in Kommandoaktionen kleiner Gruppen. Eine „frontale Aktion“ würde in der jetzigen Situation nur dazu führen, daß die schlechter ausgestatteten Massen vom Militär zusammengeschossen werden.

Die Militärjunta selbst hat Meldungen herausgegeben, wonach sie damit rechnet, daß die Widerstandskräfte sich mit dem Aufbau einer

Stadt- und Landguerilla (Chile hat ca. 70 % Stadtbevölkerung) auf einen langen Kampf einrichtet.

Die vielen politischen Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern, die unter der Allende-Regierung politisches Asyl in Chile erhalten hatten, haben sich dem bewaffneten Widerstand angeschlossen.



Miguel Enriquez,
Generalsekretär der MIR

Viele von ihnen wurden schon vom Militär als „ausländische Extremisten“ erschossen. Auch die kubanische und mexikanische Botschaft wurden vom Militär beschossen. In Argentinien und in Mexiko haben linke Gruppen zur Bildung internationaler Brigaden nach dem Vorbild des spanischen Bürgerkrieges aufgerufen. Auf der Solidaritätsveranstaltung des KB am 20.9. in Hamburg berichtete ein Genosse des lateinamerikanischen Studentenverbandes, daß sie gerade die Nachricht erhalten haben, daß eine erste argentinische Kolonne die Anden bereits überschritten hätte.

Die MIR („Bewegung der revolutionären Linken“) hatte in Chile von Anfang an die Auffassung vertreten, daß ein bewaffneter Kampf zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie unvermeidlich ist. Deswegen wurde sie von der Führung der Unidad Popular, die das reformistische und illusorische Konzept eines „friedlichen Übergangs“ vertrat, heftig angegriffen – und in der letzten Zeit der Allende-Regierung auch offen vom Militär verfolgt.

Die MIR hat sich am Aufbau von Räteorganisationen in den Betrieben, in den städtischen Wohnvierteln und auf dem Land beteiligt, die die „Keimform der Volksmacht“ darstellen sollen: die Cordones Industriales (Arbeiterräte in den Industriegürteln), die Consejos Campesinos (Bauernräte) und die Comandos Comunales de Trabajadores (Basisorganisationen in den Wohnvierteln). Diese Organisationen existieren im wesentlichen seit dem Oktober 1972, also seit einem Jahr, als die Transportunternehmer damals mit einer ersten großen Sabotageaktion die gesamte Versorgungslage des Landes lahmzulegen versuchten und der Terror, faschistischer Gruppen zunahm. Diesen Räteorganisationen hat sich im letzten Jahr bereits ein großer Teil der Arbeiter und Bauern angeschlossen, wobei die politischen Vorstellungen darin natürlich unterschiedlich sind. Ein Genosse der italienischen Organisation „Lotta Continua“ führte noch wenige Tage vor dem Militärputsch, am 6.9., ein Interview mit dem Genossen Hernan Ortega, Präsident der Cordones von Santiago und Mitglied der Sozialistischen Partei (offensichtlich zu deren linkem Flügel gehörig), in dem Ortega u.a. ausführte:

„Allgemein sind die Cordones ziemlich in Ordnung, aber man spürt auch in ihnen die Schwankungen der Widersprüche innerhalb der Linken. Einige sind dafür, die Cordones Industriales und alle Organismen der Poder Popular (Volksmacht) als eine Klassenorganisation zu verstärken, die parallel und autonom dem bürgerlichen Staat gegenüber sein soll (nicht nur der Regierung, sondern der Gesamtheit des bürgerlichen Staates). Andere versuchen, diesen Prozeß zu bremsen.“

Zu den Widersprüchen innerhalb der Räte sagte Hernan Ortega weiter:

„Solange es möglich ist, sind wir dafür, daß die Einheit der Klasse die Natur der Entwicklung (in Chile) endgültig verändert. Wir wollen jetzt nicht Spaltungen verursachen.“

Diese beiden Zitate geben natürlich selbst eine bestimmte politische Auffassung des Meinungsspektrums innerhalb der Cordones wieder. Wenn wir aber davon ausgehen, daß Ortega der von den Arbeiterdelegierten gewählte Vorsitzende der Cordones von Santiago ist, so repräsentiert seine Auffassung sicherlich auch einen großen Teil der Meinungen in den Räten. Diese Auffassung zeigt zweierlei: einmal den Willen, über die von der Allende-Regierung verfolgte Politik hinauszugehen; zum anderen die Begrenztheit,

in dem die politischen Vorstellungen einer Alternative noch befangen sind.

Die Räte sollen sich nach Ortega zu einer „parallelen“ Organisation zum bürgerlichen Staat entwickeln, ihn also nicht ersetzen, aber „autonom“ davon sein. Dies kann aber natürlich niemals ein dauerhafter Zustand sein, sondern kennzeichnet das Stadium einer „Doppelherrschaft“, wie sie beispielsweise in Rußland für wenige Zeit vor der sozialistischen Revolution bestand. Dieser Zustand drängt entweder zum Zerschlagen des bürgerlichen Staates durch die organisierte Arbeiterklasse, oder umgekehrt zum (vorläufigen) Zerschlagen der Räteorganisation durch den bürgerlichen Staat. In Rußland konnte unter der Führung der Bolschewiki, die das russische Proletariat in jahrelanger Arbeit auf die bewaffnete Revolution vorbereitet und organisiert hatten, das erstere erreicht werden: der Sturz der Bourgeoisie. In Chile hat nach unserer Einschätzung dieses Stadium der „Doppelherrschaft“ unter der Allende-Regierung noch kaum existiert; und die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur, die einen (vorläufigen) Sieg der Bourgeoisie darstellt, wird die Ansätze der Räteorganisation zunächst wieder zurückwerfen und eventuelle sogar vorläufig ganz zerstören.

Auch die Einheit der Arbeiterklasse, die nach Ortega die „Natur

der Entwicklung (in Chile) endgültig verändert“, stellt sich immer als Frage der Einheit auf der Grundlage eines bestimmten politischen Programms; entweder eines revolutionären Programms, das auf den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und auf die Errichtung der proletarischen Klassenherrschaft zielt, oder eines reformistischen Programms, das den bürgerlichen Staat letztlich nur „demokratisieren“ will, was sich in Chile erneut als ein völlig aussichtsloses Unterfangen erwiesen hat. Ortega scheint diese beiden unterschiedlichen Programme, die einander ausschließen, miteinander versöhnen zu wollen (vielleicht hat ihn der Militärputsch von der Unmöglichkeit dieses Versuchs überzeugt?). Diese Auffassung spricht auch aus anderen Stellen des erwähnten Interviews, wo seine nicht von der Wirklichkeit ausgelöschte Hoffnung zum Ausdruck kommt, daß die Allende-Regierung sich eines Tages doch noch auf die revolutionäre Mobilisierung der Massen stützen und zum Niederwerfen der Konterrevolution führen wird.

Das Rückgrat der Räteorganisation und das Instrument zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse für den Sieg über die Herrschaft der Bourgeoisie ist der Aufbau einer starken Kommunistischen Partei, die nicht ein reformistisches, sondern ein revolutionäres Programm zur Grundlage ihrer Politik

macht. Das hat gerade die sozialistische Oktoberrevolution 1917 in Rußland gezeigt; und sowohl diese als auch die chinesische Revolution und die Befreiungskämpfe der indochinesischen Völker und in anderen Teilen der Welt zeigen darüber hinaus, daß dies ein langer Kampf ist, der zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Situationen mit unterschiedlichen Mitteln ausgefochten wird, und der über viele Rückschläge (und auch Erfolge!) geht, bis er den endgültigen Sieg erringt.

In Chile hat die revolutionäre Bewegung durch die Errichtung der faschistischen Militärjunta eine vorläufige Niederlage erlitten, die das Blut vieler Tausender von proletarischen Kämpfern kostet. Aber das chilenische Volk wird weiterkämpfen, und die vorläufige Niederlage wird – auch wenn sie den Kampf gegenwärtig unter die schwierigsten Bedingungen stellt – den endgültigen Sieg des Volkes in einem langwierigen Kampf nicht verhindern können.

Das erste Flugblatt, das der chilenische Widerstand nach dem erfolgten Militärputsch laut der linken italienischen Zeitung „il manifesto“ herausgegeben hat, trägt die Parole:

WIR HABEN EINE SCHLACHT VERLOREN, NICHT ABER DEN KRIEG!



**Im Arbeiterbuch sind alle Zeitungen
des Kommunistischen Bundes erhältlich**

**Arbeiterkampf, Unser Weg,
Metallarbeiter,
Chemiearbeiter, Druckarbeiter,
Hafenarbeiter, Flugblätter**

Außerdem führen wir ein großes Angebot an Schriften zur Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, marx. Klassiker, Internationalismus, Schriften aus der VR China, Albanien, Nord-Korea, Literatur über Ausbildungswesen, Soziologie, Pädagogik, Psychologie.



arbeiterbuch

285 Bremerhaven
Sonnenstraße 8

2 Hamburg 13
Grindelhof 45



LANGDAUERNDER REVOLUTIONÄRER KRIEG

Ein genaueres Bild über den Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärjunta zu erhalten, ist gegenwärtig ebenso schwierig, wie das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors zu erkennen. Die konkreten Informationen, die uns bislang über den Widerstand vorliegen, haben wir weitgehend aus ausländischen linken Zeitungen bekommen.

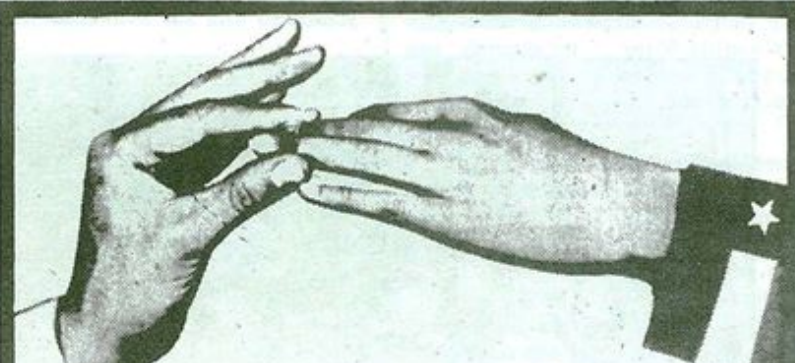
Die zweiwöchentlich erscheinende französische Zeitung „Révolution!“ einer gleichnamigen kommunistischen Organisation berichtete in ihrer Ausgabe vom 6. Oktober, daß es den bewaffneten Widerstandskräften des chilenischen Volkes gelungen sei, rund 2.000 Soldaten der Militärjunta zu töten. Eine gleiche Zahl wurde von der linken italienischen Tageszeitung „Lotta Continua“ schon am 19. September genannt. „Lotta Continua“ berief sich dabei auf die Aussage eines Beauftragten der Militärjunta, der die chilenische Fußballmannschaft nach Argentinien begleitet hatte.

Offensichtlich ist der bewaffnete Widerstand gleich nach dem Putsch ziemlich breit und heftig aufgeflammt, wenn auch mit weit unterlegener und unzureichender Bewaffnung. Dafür gibt es eine Reihe von Hinweisen, die wir aber im e i n z e l n e n von hier aus natürlich kaum beurteilen können.

Einige Meldungen haben sich allerdings als zu euphorisch herausgestellt, wie etwa die auch vom lateinamerikanischen Studentenverband AELA in Hamburg verbreitete und von einigen Gruppen (wie der Hamburger SSG, eine KBW-Filiale) aufgegriffene „Nachricht“, wonach „80.000 bewaffnete Arbeiter auf Santiago de Chile zumarschieren“ (Flugblatt der SSG/KG vom 12.9.) mit dem General Prats, der in der Allende-Regierung zeitweilig Minister war, an der Spitze. Prats ist, wie wir schon in der vorletzten Ausgabe des AK schrieben, nach Argentinien ausgewandert, nachdem er zuvor noch erklärt hatte, daß er nicht die Absicht hege, die Militärjunta zu stürzen. Aber auch ohne „Prats an der Spitze“ ist die Meldung von den „80.000 bewaffneten Arbeitern“ (waren die chilenischen Arbeiter unter der Allende-Regierung etwa doch militärisch so gut ausgerüstet worden, daß schon innerhalb des ersten Putschtages mindestens 80.000 von ihnen unter Waffen mar-

schierten? Das möge die SSG doch mal erklären!) die „auf Santiago de Chile zumarschieren“, wohl mehr ein mit gewissen rosaroten Träumereien zusammenhängender Wunschgedanke gewesen. Man sollte erst überlegen und dann schreiben.

die internationale Solidarität für unnötig zu erklären. In ihren Spalten war zumeist nur von „einigen Heckenschützen“ die Rede. Allein dieser Begriff schon soll eine faschistische Meinung vom Wesen des Widerstandes gegen die Militärjunta einprägen: feige Terroristen, die aus dem Hinterhalt auf das für Ruhe und Ordnung sorgende Militär schießen. Der Begriff „Heckenschützen“ ist auch regelmäßig auf die nordirischen Freiheitskämpfer der IRA ange-



**Comprométase
con
CHILE**

Comprométase con la Patria,
llejando un aporte,
cualquiera que sea,
a todos los Bancos del país.
Contribuya a la
restauración nacional,
ayudando a financiar
a CHILE y dar
prosperidad
a todos los chilenos.

Mit ganzseitigen Anzeigen in der faschistischen Presse fordert das chilenische Militär das „Besitz-Bürgertum“ auf, für den „nationalen Wiederaufbau“ goldene Eheringe. Text der Anzeige: „Tut etwas für Chile, tut etwas für das Vaterland, gebt den Banken Geld, arbeitet mit am Nationalen Wiederaufbau, helft Chile, für ein besseres Leben für alle Chilenen“.

Die reaktionäre bürgerliche Presse hat andererseits die relative Breite des Volkswiderstandes in Chile heruntergespielt und verschwiegen, um die Resignation für vollkommen und

wandt worden.

Die Hetze der reaktionären Presse gegen den antifaschistischen bewaffneten Volkswiderstand ist das eingepaßte Ergänzungsstück zur gleich-

falls von dieser Presse betriebenen Art und Weise, den Terror der Militärjunta zu verniedlichen, bzw. sogar ganz abzustreiten. Der Chile-Berichterstatte von Springers „Welt“ Hermann Renner, schrieb beispielsweise am 2. Oktober, daß das chilenische Militär „sparsam“ schießt, und daß es „schonend“ mit „Blut und Gut der Chilenen“ umgeht. Solcherart „Berichterstattung“ zeigt erneut, daß diese Leute eine faschistische Terrorherrschaft auch in unserem Land befürworten würden und teilweise auch heute schon sehnlichst herbeiwünschen.

Obertriebene Hoffnungen auf Rebellionen in der Armee

In vielen Orten Chiles haben die Arbeiter sofort nach dem Putsch versucht, ihre Betriebe gegen das Militär zu verteidigen. In allen Fällen, von denen wir wissen, mußten sie dies aber schließlich unter gro-

Las Cuevas, Arica, Valdivia und Puente Alto gemeldet. Wo die Betriebe nach und nach aufgegeben werden mußten, haben die Arbeiter mehrfach versucht, die Wiederaufnahme der Arbeit zu verweigern. Auch der gesamte Eisenbahnverkehr soll gleich nach dem Putsch lahmgelegt worden sein. Das Militär hat mittlerweile eine generelle Zwangsarbeit angeordnet und geht gegen jede Arbeitsverweigerung mit größter Brutalität vor. Beteiligung an einem Streik soll mit drei bis zehn Jahren Gefängnis bestraft werden.

In den Kupferbergwerken von Chuquicamata im Norden des Landes, wo 20.000 Bergarbeiter arbeiten, soll es nach einer Meldung der italienischen Zeitung „Unita“ vom 19. September gelungen sein, eine große Versammlung in einem Amphitheater wurde dort die vorläufige Stilllegung der Kupferminen beschlossen und zur Teilnahme an der

schistischer Soldaten vor. Zumeist wurden diese Rebellionen jedoch sofort niedergeschlagen und alle daran beteiligten Soldaten auf der Stelle umgebracht, wie etwa in den Regimentern von Valparaiso und Puente Alto.

Daß es überhaupt in einigen Fällen zu diesen Rebellionen gekommen ist, geht weitgehend auf die revolutionäre Arbeit des MIR („Bewegung der revolutionären Linken“) in der Armee zurück. Der MIR hatte unter der Allende-Regierung mit dem Aufbau einer „Frente de soldados“ (revolutionäre Soldaten-Zellen) begonnen. Die Soldaten wurden immer wieder, besonders in der Zeit seit dem gescheiterten Putschversuch vom 29. Juni 1973, durch die Propaganda des MIR aufgefordert, den putschistischen Offizieren die Befehle zu verweigern. Soldaten, die mit dem MIR in Verbindung standen oder mit ihm sympathisierten, mußten schärfste Repressionen er-



Straßenkampf in Santiago

ßen Verlusten aufgeben (siehe dazu z.B. den in der letzten Ausgabe des AK abgedruckten Bericht: „165 Arbeiter abgeknallt“). Häufig sind die besetzt gehaltenen Betriebe aus der Luft bombardiert worden, wogegen die Arbeiter machtlos waren.

Neben Santiago wurde ein heftiger Widerstand besonders aus den Orten Concepción, Valparaiso, Antofagasta, Punta Arenas, Los Andes,

Bildung bewaffneter Widerstandsgruppen aufgerufen. Eine spätere Nachricht besagt, daß das Militär inzwischen das Gebiet der Kupferminen umstellt und abriegelt hat, um die Kupferarbeiter daran zu hindern, Verbindung mit anderen Widerstandsgruppen aufzunehmen und einen Ausbruch zu versuchen.

Aus einigen Orten liegen auch Berichte von Rebellionen antifa-

leiden. In Valparaiso (und sicher nicht nur dort) wurden sie gefoltert. Die Allende-Regierung stimmte in diesem Fall sogar noch zu, daß die gefolterten antifaschistischen Soldaten anschließend wegen „subversiver Unterwanderung der Armee“ vor Gericht gestellt wurden.

Gegenüber der Infiltration der Faschisten und Putschisten (wofür es in der bürgerlichen Armee natur-

gemäß einen weit größeren Raum und fruchtbareren Boden gibt) trat die Allende-Regierung andererseits sehr „tolerant“ auf. Sie wollte bekanntlich die „Zusammenarbeit“ mit diesem „starken Partner“, dem Militär, nicht gefährden. Der jetzige Junta-Chef Pinochet wurde übrigens kurze Zeit vorher noch von Allende selbst auf den Posten des Armees-Oberbefehlshabers gehoben.

Bei alledem mußten es insgesamt **E i n z e l f ä l l e** bleiben, wenn einige Soldaten gegen den Militärputsch rebellierten. Das wird auch von einem führenden MIR-Genossen bestätigt, mit dem die Genossen von „Lotta Continua“ nach dem Putsch das im letzten AK abgedruckte kurze Interview führten. Daraus geht hervor, daß auch der MIR den Einfluß seiner bisherigen revolutionären Propaganda in der Armee offensichtlich noch überschätzt hatte.

Nun ist die Tatsache, daß das bürgerliche Militär in Chile ebenso wie in der übrigen Welt auf Seiten der Konterrevolution steht, so offensichtlich geworden, daß eigentlich kein ernsthafter Mensch dies mehr abstreiten kann. Und man sollte annehmen, daß selbst die Revisionisten (zumindest **g e g e n w ä r t i g**) gezwungen sind, diese Tatsache zuzugeben (ohne daß wir dabei die Illusion hätten, daß sie demzufolge auch die entsprechenden **K o n s e q u e n z e n** für eine revolutionäre Strategie ziehen würden). Aber man mude diesen Leuten nicht zu viel „Realismus“ zu! Die Hamburger Hochschulgruppe der DKP schreibt in einer Sonderbroschüre zu Chile nach dem Putsch in nicht geschmälerter Unverfrorenheit: „Heute sehen wir, daß nur die Luftwaffe (!) einigermaßen (!) geschlossen hinter den Putschisten steht, während sich in den anderen Waffengattungen ein tiefer Riß zeigt.“ Der Versuch, weiterhin die „Richtigkeit“ der von der Unidad Popular gegenüber dem Militär verfolgten Politik zu „beweisen“, endet konsequenterweise im abgrundtiefen, arbeiterfeindlichen Zynismus!

Die Verteidigung der Betriebe

Doch zurück zum chilenischen Widerstand. In dem im letzten AK abgedruckten Interview mit einem MIR-Genossen berichtet dieser, daß in den ersten Tagen nach dem Putsch „eine Massenantwort militärischer Art in den Cordones (Industriegürtel) durchgeführt“ wurde, „um den Bauern im Süden Zeit zu geben, sich zu organisieren“. Jetzt sei eine neue Phase des Widerstandes eingeleitet worden, in welcher „eine

Taktik der Guerilla und der Sabotagen in den Städten und auf dem Land“ verfolgt werde.

Der Versuch, die Betriebe besetzt zu halten und zu verteidigen (die „Massenantwort militärischer Art in den Cordones“) mußte von vornherein aussichtslos sein. Weder reichte dazu die militärische Ausrüstung der Arbeiter, noch sicherte dies die nötige Beweglichkeit des Widerstandes. Die Armeetruppen konnten ihre Angriffe auf relativ schutzlose „feste Ziele“ konzentrieren. Der Aufruf zur Verteidigung der Betriebe war vor allem von der Unidad Popular ausgegangen. Kurz vor seiner Ermordung hatte Allende noch über Rundfunk dazu aufgerufen. Aber auch schon vorher, namentlich bei dem gescheiterten Putschversuch des Regiments von Tacna am 29. Juni, wurde dies von der Unidad Popular als geeignete Reaktion der Arbeiter propagiert. Vielen Arbeitern erschien dies wohl auch als das „Naheliegende“.



Die neuen Machthaber

Der MIR hat demgegenüber schon vor dem Putsch die Auffassung vertreten, daß eine solche „Massenantwort in den Cordones“ nur eine auf wenige Tage begrenzte Reaktion sein kann, um „Zeit zu gewinnen“. Das läßt sich beispielsweise aus einem Artikel der bürgerlichen französischen Zeitung „Le Monde“ vom 14. September herauslesen. Die „Le Monde“ schreibt dort: „Wie uns ein Führer des MIR vor zwei Wochen (also **v o r** dem Putsch; AK-Red.) erklärte, sei seine

Organisation in der Lage, einem Angriff der Armee einige Wochen lang bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, um in der Zwischenzeit eine Reorganisation der Volkskräfte zu ermöglichen.“

Wenn man hier des weiteren das zitierte Interview von „Lotta Continua“ hinzuzieht, so ergibt sich, daß der MIR offenbar für einen **v o r ü b e r g e h e n d e n** Zeitabschnitt direkt nach dem Putsch auf eine solche „Massenantwort in den Cordones“ **o r i e n t i e r t** hat. Aus den geschichtlichen Erfahrungen für vergleichbare Situationen muß man im allgemeinen aber Zweifel an der Richtigkeit einer solchen Taktik selbst für einen auf wenige Tage begrenzten Zeitraum haben, da diese Taktik in jedem Falle hohe Verluste und eine starke Begrenzung der Beweglichkeit der Widerstandskräfte in Kauf nimmt. (Diese und andere Erfahrungen der militärischen Seite des proletarischen Klassenkampfes werden in einem von uns demnächst veröffentlichten Nachdruck unter dem Titel „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!“ dokumentiert, ca. 260 Seiten, 6 DM).

Andererseits sind die besonderen Umstände zu sehen, unter denen der MIR eine solche Taktik (auf wenige Tage begrenzt) für richtig hielt: Erstens mußten die Genossen davon ausgehen, daß viele Arbeiter, unabhängig von den taktischen Vorstellungen des MIR und stattdessen wesentlich beeinflusst durch die von der Unidad Popular gegebene Kampforientierung, den Versuch eines massenhaften bewaffneten Widerstandes innerhalb der Betriebe unternehmen würden. In einer solchen Situation von den ersten „Brennpunkten“ des Widerstandes beiseitezustehen, hätte es den Militärs noch leichter gemacht und wäre von den heldenhaft kämpfenden Arbeitern auch nicht verstanden worden. Die Aufgabe bestand zu dieser Zeit darin, sich ohne Zögern an die Seite der kämpfenden Arbeiter zu stellen und den möglichst schnellen **Ü b e r g a n g** zu einer beweglicheren und erfolgreicher Taktik zu **o r g a n i s i e r e n**.

Zweitens hielt der MIR es offensichtlich (wie aus dem Interview und dem Zitat der „Le Monde“ hervorgeht) für notwendig, das Militär für die erste Zeit an bestimmte „Brennpunkte“ zu binden, „um den Bauern im Süden des Landes die Zeit zu geben, sich zu organisieren.“ Dort im Süden des Landes hat der MIR seinen größten Einfluß und Rückhalt im Volk.

In vielen Betrieben wurden nach ihrer Erstürmung durch das Militär und nach der erzwungenen Wiederaufnahme der Produktion geheime

Widerstandszellen von den Arbeitern gebildet, die versuchen, eine Verbindung mit den außerhalb der Betriebe weiterhin bewaffnet kämpfenden revolutionären Kräften herzustellen. Ein bereits erwähntes Beispiel dafür sind die Kupferarbeiter der Chuquicamata. Ähnliche Meldungen liegen über Betriebe in Santiago vor.

Der revolutionäre Widerstand lebt !

In den ländlichen Gebieten hat es kurz nach dem Militärputsch eben-

falls heftige Kämpfe gegeben. Nach der Niederlage in den Cordones Industriales hat sich mittlerweile auch ein Teil der revolutionären Kräfte dorthin zurückziehen können. Im Gebiet um Valdivia, im Süden Chiles; haben rund 600 Bauern der Armee einen erbitterten Kampf geliefert. Auf dem befestigten Hügel Morro de Arica haben sich zahlreiche Widerstandskämpfer versammelt, um gegen das Elite-Regiment von Tacna zu kämpfen. Der Kommandant dieses Regiments hat daraufhin Verstärkung angefordert, weil es den anwesenden Truppen allein nicht gelungen ist, die mutigen Revolutionäre niederzuringen. Zu einem längeren Gefecht zwischen der Armee und Einheiten des MIR kam es auch auf dem Hügel Cerro San Cristobal. Die Einheiten des MIR konnten sich anschließend ohne größere Verluste wieder zurückziehen.

Partisanenkämpfe werden aus mehreren Gebieten der Andenkordillern gemeldet. Dort sollen auch mehrere ausländische Genossen an den Kämpfen beteiligt sein, die zu- meist schon vorher als politische Flüchtlinge in Chile lebten. Über die gemeldete Bildung internatio-

ner Brigaden in einigen lateinamerikanischen Ländern liegen uns demgegenüber nur wenig neue Informationen vor. In dem im letzten AK abgedruckten Interview hatte der MIR-Genosse die Situation aber so eingeschätzt, daß die konkrete Bildung von Brigaden fast unmöglich sei, „weil es keine freien Gebiete gibt“. Soweit ausländische Genossen aus den angrenzenden Ländern also überhaupt nach dem Militärputsch in Chile eingetroffen sind, werden sie ebenfalls nur in kleineren Guerilla-Gruppen am Kampf beteiligt sein können.

Ein weiterer Hinweis über Gue-

Verschiedene Kommando-Einheiten der im Aufbau befindlichen Guerilla sind selbst initiativ zu Angriffssaktionen übergegangen. Offensichtlich wurden dabei im wesentlichen zwei Ziele verfolgt: zum einen sollte das Militär zur Dezentralisierung und Zersplitterung seiner Truppen veranlaßt werden; zum anderen ging es dabei um die Beschaffung von Waffen für den Widerstand. In Chillán, in der Nähe von Concepción, fand ein solcher Angriff von Guerilla-Gruppen auf die dortige Polizeikaserne statt. Nach einer der unzähligen Fahndungen in der Stadtmitte von Santiago, wo 50 Antifaschisten verhaftet wurden, griff eine Partisaneneinheit eine Militärpatrouille an. Angriffe auf Kasernen der Carabineros (Spezialpolizei) fanden u.a. im Gebiet von Temuco (im Süden) und in Paso Nevado statt. Beim Angriff in Paso Nevado konnte der Kommandant der Kaserne getötet werden. Ein weiterer Angriff auf die Kaserne „El Candado“ in den Bergen nahe der argentinischen Grenze führte mit Erfolg zur Erbeutung mehrerer Waffen und zur Tötung von einem Offizier und drei Carabineros. Die Guerilla-Gruppe, eine Einheit des MIR, zog sich anschließend hinter die argentinische Grenze zurück. Am 24. September explodierten mehrere Bomben in der US-Botschaft von Santiago und in Kasernen und Polizeistellen.

Diese Aktionen zeugen davon, daß die Militärjunta den bewaffneten Widerstand nicht nur vernichten können. Die Opfer unter den revolutionären Kämpfern und im ganzen Volk Chiles sind ungeheuer groß; aber der Widerstand lebt weiter und ist zu einem langen revolutionären Krieg gegen die Militärjunta, gegen den Imperialismus und gegen die einheimische Konterrevolution angetreten. Der MIR sowie

Los sentenciados

Condenados a muerte (fusilamiento):

Carabinero Guillermo Schmidt Godoy.

José Eusebio Rodríguez Hernández, lugarteniente del Mücke.

Doctor Jorge Antonio Cerda Albaracín y Carlos Desiderio Quiroga Rojas.

Manuel Arancibia Arancibia (a) el guata de pichi, Oscar Lobos Urbina (a) el Yeyo y Amador Ríos Valdivia (a) el tartamudo.

Ex intendente de Talca, Gerónimo Castro Rojas.

Teobaldo Saldivia Villalón.

Ramón Palma Cares. José Gregorio Liendo Vera (a) el comandante Pepe.

Juan Alarcón Villalón, Marcelo Guzmán Fuentes, Luis Alberto Lizardi, Jesús Nolberto Cañas, Juan Jiménez Vidal y Michel Celín Noch (al intentar escapar de Pisagua).

Condenados a penas privativas de libertad:

David Silberman, 13 años; Carlos Berger, 60 días; Carlos Acuña, 20 años; Héctor Tello, 3 años; Juan Ventura, 10 años de extrañamiento; Dagoberto Torres, 5 años, y David Miranda, 5 años.

Zum Tode verurteilt

In der faschistischen Presse Chiles erscheinen immer wieder Anzeigen mit den Namen verurteilter Regime-Gegner. Die meisten von den faschistischen Militärs ermordeten Arbeiter werden jedoch stillschweigend beiseite geschafft.

In der faschistischen Tagespresse erscheinen täglich ganzseitige Such-Anzeigen mit den Namen „noch flüchtiger“ Genossen.

rilla-Aktivitäten liegt aus dem Gebiet um Concepción vor, was in der Vergangenheit oft als „Hochburg“ des MIR bezeichnet wurde. Als das Militär dort einen Großangriff auf die Poblaciones (Elendsviertel) durchführen wollte, fand sie diese verlassen vor. Die Bewohner hatten sich massenhaft in die Berge zurückgezogen, um sich besser vor dem



Genossen eines „Kommandos“ erwarten ihre Verurteilung.

faschistischen Terror zu schützen und dort an der Bildung bewaffneter Widerstandsgruppen teilzunehmen.

auch Teile des linken Flügels der Unidad Popular waren bereits einige Zeit vor dem 11. September in die Illegalität gegangen, als sich die

Zeichen für einen bevorstehenden Militärumsturz häuften.

Gleich nach dem Putsch wurde damit begonnen, die Widerstandskräfte in einer gemeinsamen „Patriotischen Widerstandsfront“ (F.P.R.) zusammenzufassen. Der MIR ist offensichtlich inzwischen zum wichtigsten Faktor dieser Widerstandsfront geworden, da er sich über einen langen Zeitraum auf die Unausweichlichkeit des bewaffneten Kampfes vorbereitet hat und sein Organisationsapparat demzufolge heute noch relativ intakt ist. Soweit es möglich war, legte der MIR unter der Allende-Regierung geheime Waffenlager an und bildete Arbeiter- und Bauern-Milizen zum revolutionären bewaffneten Kampf aus. Die Genossen Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR, und Carlos Altamirano, Generalsekretär und Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei, konnten sich bislang auch einer Verhaftung und Ermordung durch die Militärjunta entziehen. Auf ihre Ergreifung hat das Regime eine hohe Kopfprämie ausgesetzt; ebenso auf die Ergreifung mehrerer anderer Führer des revolutionären Widerstands.

dingungen einer faschistischen Diktatur zu entwickeln, für die die Arbeiter und Bauern gewonnen werden können. Ein Zurück zu den alten Zuständen unter der Unidad Popular wird es dabei nicht geben, auch wenn die Reformisten weiterhin eine solche Entwicklung propagieren werden. Schließlich wird es notwendig sein, eine wirklich revolutionäre Führung des Widerstands herauszubilden. Auch wenn der Einfluß des MIR in den bewaffneten Kämpfen nach dem Militärputsch schon relativ groß ist, so wird man noch nicht davon sprechen können, daß dies bereits eine „fertige“ revolutionäre Führung sei. Eine starke marxistisch-leninistische Partei, die auch in Chile der Motor und Garant eines längerfristig erfolgreichen Klassenkampfes sein wird, existiert dort bislang auch nicht.

Der MIR, der 1964 aus Abspaltungen der revisionistischen „KP“ und der Sozialistischen Partei hervorgegangen ist, hatte nicht von Anfang an mit dem Aufbau einer marxistisch-leninistischen Organisation begonnen, sondern erst gegen Ende der 60er Jahre. In der ersten

stands werden also die Schwerpunkte der nächsten Zeit liegen. Mit Sicherheit werden auch in der jetzigen Phase weiterhin Guerilla-Aktionen durchgeführt werden; aber das wesentliche Merkmal wird vorerst darin bestehen, daß der Widerstand sich für die zukünftigen Kämpfe rüstet, daß er bessere Voraussetzungen für den längerfristigen Sieg schaffen wird.

Das Generalsekretariat des MIR hatte im Oktober 1970 nach dem Wahlsieg der Unidad Popular seine Auffassung bekräftigt, daß dieser Sieg nicht leicht sein wird und sich nur im Verlauf eines langdauernden revolutionären Krieges verwirklichen läßt. Es wurde betont, daß sich durch den Wahlsieg der UP „nichts wesentliches an diesen Bedingungen“ geändert hat – und das hat sich mittlerweile in aller Deutlichkeit als richtig erwiesen. In der damaligen Erklärung des Generalsekretariats des MIR heißt es:

„... wir waren immer auf dem Standpunkt, daß der bewaffnete Kampf die Form eines irregulären und langandauernden revolutionären



Altamirano (l.), Chef des linken Flügels der Sozialistischen, Enriquez (m.), Chef des MIR und Gerretón (r.), Chef der Mapu organisieren den Widerstand im Untergrund. Sie sind die meistgesuchten Gegner der faschistischen Militär-Junta.

Einige Probleme des chilenischen Widerstandes

Der chilenische Widerstand wird jetzt, nach den heldenhaften Kämpfen der ersten Wochen unter der Militärdiktatur, unweigerlich in eine Phase treten, wo die Kampftätigkeit zwar nicht aufhört, aber doch vorübergehend nachläßt. Es wird notwendig sein, die blutenden und vom faschistischen Terror dezimierten Reihen zu reorganisieren. Es wird notwendig sein, eine langfristige Strategie und Taktik des revolutionären Krieges in Chile unter den Be-

Zeit war sein Einfluß zudem auf einen Teil der linken Studenten beschränkt. Ende 1970 begann der MIR mit der revolutionären Arbeit unter den Bauern, und erst im Frühjahr 1971 wurde eine organisierte Arbeit in den Betrieben aufgenommen. Die ersten revolutionären Betriebszellen des MIR entstanden im Laufe des Jahres 1971 in den Kupferminen von Chuquibambilla, in den Zentren der Textilindustrie (Yarur, Samur und Bellavista-Tomé), im Kohlenrevier von Lota und in zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben von Santiago, Concepción und Valparaíso. (Angaben in: Arno Münster, „Chile – friedlicher Weg?“)

In der Organisation und politischen Konsolidierung des revolutionären Wider-

Krieges annehmen würde, und daß er nicht die Form eines Volksaufstandes haben könne, der in wenigen Stunden in definitiver Weise die Macht den Arbeitern überträgt; denn wenn man auch die ständigen Rückschläge für den Imperialismus im Vietnam-Krieg und die Fortschritte der Kolonialrevolution auf der ganzen Welt in Rechnung stellt, so ist der Imperialismus im Augenblick noch ungeheuer mächtig, ebenso wie die einheimischen herrschenden Klassen in Lateinamerika. Nur eine Form des irregulären Krieges, der in seiner politischen und militärischen Entwicklung die herrschenden Klassen schwächt und die Revolutionäre stärkt, kann in Chile erfolgreich sein.

Nichts Wesentliches an diesen Bedingungen hat sich durch den Wahl-

sieg der UP geändert: die Konfrontation ist nur aufgeschoben worden, und wenn sie sich schließlich einstellt, wird sie massiver sein und einen Charakter erhöhter Legitimität erhalten, was heute die Strategie des bewaffneten Kampfes mehr denn je in ihrer Gültigkeit bestätigt."

Die chilenischen Revolutionäre können sich heute auf wichtige Erfahrungen des revolutionären Krieges gegen den Imperialismus stützen, wie sie in anderen Teilen der Welt, z.B. Indochina, gemacht wurden. Allerdings stellt die gesellschaftliche Wirklichkeit in Chile einige Probleme der Revolution auch etwas anders als dies z.B. in Indochina der Fall ist. In Indochina lebt der weitaus größte Teil der Bevölkerung auf dem Land (Stadtbevölkerung in Südvietnam rund 30%, in Laos und Kambodscha nur jeweils 15%). Das erfordert nicht nur ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse (wie dies in allen vom Imperialismus beherrschten Ländern eine Voraussetzung für den Erfolg der Revolution ist), sondern diese Verhältnisse setzen auch besondere Bedingungen für die militärische Entwicklung des revolutionären Volkskrieges: die Hauptstärke dieses Krieges ist die bäuerliche Bevölkerung und der Austragungsort ist im wesentlichen das weite Land. Das erste Element dabei ist der Aufbau einer Guerilla auf dem Land. Die Guerilla (Partisanenkampf) kann im weiteren Verlauf (wenn es bereits einige befreite Gebiete gibt) durch den Aufbau einer Roten Armee ergänzt werden, wobei diese dann (wie es in China gewesen ist) schließlich zum wichtigsten militärischen Faktor des revolutionären Volkskrieges wird.

In Chile ist das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse das gleiche: ein vom Imperialismus ausgebeutetes und beherrschtes Land. Aber die konkreten Bedingungen für die Entwicklung des revolutionären Krieges gegen den Imperialismus sehen dort anders aus. Die Stadtbevölkerung beträgt in Chile nahezu 73%. Allein in Santiago lebt rund ein Drittel der chilenischen Bevölkerung; ein großer Teil davon allerdings auch in den Poblaciones, den Elendsquartieren am Stadtrand. Von der „wirtschaftlich aktiven“ Bevölkerung sind etwas mehr als ein Viertel in der Landwirtschaft tätig und knapp 22% in der Industrie (der Dienstleistungssektor hat einen für viele vom Imperialismus unterentwickelt gehaltenen Länder typischen hohen Anteil von über 41%).

Für die Einbeziehung der städtischen Wohngebiete in den Aufbau

und die Kampfaktionen einer Guerilla gibt es bislang kaum länger dauernde erfolgreiche Vorbilder. Die Tupamaros in Uruguay (Stadtbevölkerung 78%), die das „klassische“ Vorbild einer Stadtguerilla in der „Dritten Welt“ darstellen, haben zeitweise durchaus konkrete Erfolge erzielen können; aber auch dort konnte die Isolierung der Guerilla von der Stadtbevölkerung nicht wesentlich überwunden werden, und heute sind die Tupamaros durch den staatlichen Terror offensichtlich weitgehend dezimiert.

In Brasilien (Stadtbevölkerung nach unterschiedlichen Angaben 57%, bzw. unter 50%), wo 1964 ein Militärputsch stattfand, entwickelte sich nach 1968 ebenfalls eine Stadtguerilla, die aber auch relativ isoliert und erfolglos blieb. Die bewaffneten Widerstandsorga-

nisationen Brasiliens haben den Aufbau einer Guerilla darauf hin schwerpunktmäßig auf das Land verlegt, wo die Bewegungsmöglichkeit größer und das Bewachungsnetz des Militärregimes weniger ausgebaut ist.

Die letzten Informationen über die Tätigkeit des bewaffneten Widerstands in Chile deuten darauf hin, daß dort ähnliche Schlußfolgerungen gezogen wurden wie in Brasilien. Das kennzeichnet allerdings lediglich die augenblickliche Phase in der Entwicklung eines revolutionären Volkskrieges in Chile. Es ist unzweifelhaft, daß der Erfolg dieses Krieges unter den chilenischen Bedingungen in großem Maße von der Einbeziehung der städtischen Wohngebiete in den bewaffneten Kampf abhängen wird. ■

Anzeige

Preis 2,-
50 Seiten

Zum Nahost Problem

Nachdrucke aus Arbeiterkampf



1. Wieder Krieg in Nahost (AK 34)
Wie entstand Israel
2. Was ist Zionismus 1. Teil (AK 27)
3. Was ist Zionismus 2. Teil (AK 30)
4. Olympischer Frieden und palästinensischer Krieg (AK 22)
5. Kritik am Palästina-Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 22 (AK 23)
6. Terror-Urteile in Israel (AK 28)
7. Wo sind die „Mörder-Zentralen“? (AK 28)
8. „Friedenskanzler auf Geschäftsreise“ (AK 30)
9. Zionismus: Immer neue Verbrechen (AK 32)
10. Die Massenarbeit ist immer die Basis (AK 28)
11. Zionismus in der BRD (AK 35)
12. DGB: Kampagnen für den Zionismus (AK 36)
13. Zur arabischen Bourgeoisie: mit dem Volk gegen das Volk (AK 37)
14. Studentendemonstration in Ägypten (AK 25)
15. Der palästinensische Widerstand nach dem Waffenstillstand in Nahost (AK 36)
16. „Palästinensischer Staat“? (AK 36)

erhältlich im : Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

zu bestellen über: J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Starke Aktionen des Widerstandes im ganzen Land

Die geheime Nachrichtenagentur „Aranco“, die in zahlreichen Zonen des Landes tätig ist, hat eine Reihe von Meldungen über Aktionen des chilenischen Widerstandes verbreitet, die in Italien von Genossen der Patriotischen Widerstandsfront überbracht wurden.

Diesen Nachrichten zufolge operieren Formationen des Widerstands bereits in weiten Teilen des Landes und haben damit begonnen, dem Plan des putschistischen Militärs, Chile in kurzer Zeit zu „befrieden“, schwere Schläge zuzufügen.

Im Gebiet von Valparaiso, wo die organisierte Bewegung des Widerstands am stärksten ist, befinden sich Formationen der Stadtguerilla und der Landguerilla, die vom COP (Organisiertes Kommando des Volkes) geführt werden.

Den ersten (d.h. der Stadtguerilla; AK) verdankt man eine Reihe von Aktionen in der ganzen Stadt gegen die Abteilungen der Polizei und des Heeres, die gezwungen wurden, ihre dezentrierten Stützpunkte zu verlassen und sich in die „Comisarias“ zurückzuziehen, die im Zentrum von Valparaiso liegen und vom Rest der Stadt durch einen befestigten Gürtel abgeschnitten sind. In gleicher Weise werden die „bürgerlichen“ Viertel von den Truppen verteidigt.

In den Tagen von Dienstag, dem 9. und Mittwoch, dem 10. Oktober, wurden Marineeinheiten im Gebiet von Chorillos und El Salto, in der Nähe von Vina del Mar, angegriffen.

In den ländlichen Zonen der Provinz ist die Situation ähnlich. Hier operieren Formationen des Widerstands im Sektor der Küstenkordilleren, von Süden nach Norden, und hindern das Militär daran, in die Berge vorzudringen. Die einzige repressive Maßnahme, die es den Polizeitruppen in dieser Zone durch-

zuführen gelingt, ist die Kontrolle der Autobusreisenden zwischen Santiago und Valparaiso.

Eine Kompanie des Regiments „N. 2 Maipo“ wurde 30 km von Valparaiso entfernt angegriffen und gezwungen, sich zurückzuziehen, nachdem alle Waffen den Guerilleros übergeben worden waren.

In der Gebirgszone der Provinz von Curico und Talca operiert eine Guerilla-Gruppe, die sich aus Bauern, ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der Unidad-Popular-Regierung und Desertierten der Armee zusammensetzt, und die seit den ersten Tagen nach dem Putsch diese Region in der Hand hat. Kürzlich hat die Armee 60 Männer in diese Zone geschickt, die versuchen

an Kriegsmaterial hat. Bis zum 20. Oktober beliefen sich die Verluste auf 6 Hubschrauber, 4 Düsenflugzeuge und 4 Kolbenmotorflugzeuge. Die Hubschrauber wurden in folgenden Orten zerstört: einer im Werk Comandari in Santiago während der Schlacht vom 11. September, zwei in der Poblacion „José Maria Caro“, einer im Hafengebiet von Antofagasta und zwei im Landgebiet von Temuco. Vier Jagdbomber Hawker-Hunter wurden zwischen dem 11. und 14. September auf ihrer eigenen Basis in Cerillos von Soldaten, die von der FACH (chilen. Luftwaffe; AK) desertiert waren, am Boden zerstört. Ein Aufklärungsflugzeug wurde in der Poblacion „La Legua“ durch Kartätschenfeuer zer-



Die revolutionären Arbeiter Santiagos sind auf der Hut vor den Anschlägen der Reaktion

sollten, die Gruppe zu eliminieren; die Soldaten erlitten eine Niederlage und viele von ihnen haben darum gebeten, sich den Guerilleros anschließen zu dürfen.

Die Agentur „Aranco“ hat auch darüber informiert, daß die chilenische Luftwaffe die größten Verluste

stört und drei Kolbenmotorflugzeuge im Berg- und Waldgebiet in den Provinzen Valdivia und Temuco.

Diese Verluste machen ca. 28 % des Geräts der kleinen Luftwaffe Chiles aus.

übersetzt aus: „Lotta Continua“, 9. 11. 1973

Appell von Miguel Enriquez, Generalsekretär des chilenischen MIR

Wir haben eine Schlacht verloren, nicht aber den Krieg

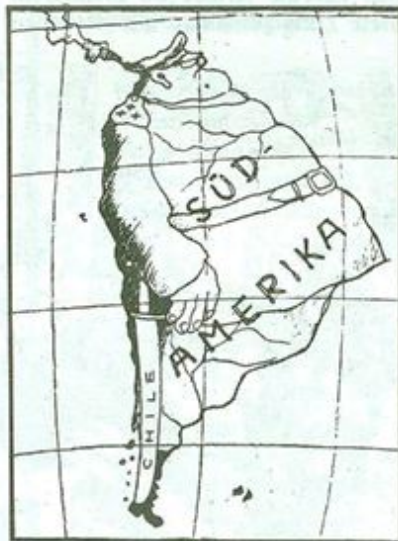
Miguel Enriquez, Generalsekretär des chilenischen MIR („Bewegung der revolutionären Linken“), hat am 11. Oktober eine Erklärung zur Errichtung der faschistischen Militärdiktatur in Chile abgegeben, die zur Information und Verstärkung der Solidarität im Ausland gedacht ist. Das Generalsekretariat des MIR bat alle linken Gruppen zur größtmöglichen Verbreitung dieser Erklärung in ihren Ländern.

Wir haben die Erklärung nach dem Wortlaut des italienischen Textes in der „Avanguardia Operaia“ vom 2. November übersetzt.

Genossen Arbeiter, der Faschismus ist in Chile mit Hilfe des nordamerikanischen Imperialismus und des brasilianischen Subimperialismus aufgezwungen worden. Die in ihrer Mehrheit faschistischen Sektoren im Offizierskorps der Armee und die rechtsextreme Reaktion wollen die Krise, die das System der kapitalistischen Herrschaft in Chile durchzieht, mit Waffengewalt und in einem Blutbad lösen. Alle demokratischen Freiheiten wurden unterdrückt: bis heute wurden mindestens 10.000 Personen standrechtlich erschossen, die Zahl der Toten beläuft sich auf Zehntausende und eine gleiche Anzahl von Personen, wenn nicht noch mehr, wurde in Konzentrationslager deportiert, wo sie regelmäßig unter die Folter kommen. Das Parlament ist aufgelöst, die Armee ist mit Waffen in die Universitäten eingedrungen. Die Arbeiterorganisationen wurden aufgelöst, Tausende von Arbeitern wurden entlassen, es wurde ein echtes Regime der Zwangsarbeit errichtet, die Löhne sind gestoppt und die Preise schießen in die Höhe. Die Regierung hat die enteigneten Kapitalisten und Direktoren zu „Delegierten“ der Betriebe ernannt; im ganzen Land herrscht der Belagerungszustand, alle müssen die Ausgangssperre einhalten und riskieren, von Militärgerichten abgeurteilt zu werden. Die Massenerschießungen häufen sich und die Ausländer sind zu Opfern eines wahren Pogroms geworden. In Chile herrscht ein Regime, das den Spuren des Hitler-Regimes folgt.

Genossen, in Chile sind weder der Sozialismus, noch die proletarische Revolution,

noch die Arbeiter gescheitert. In Chile hat praktisch die reformistische These Schiffbruch erlitten, die auf der Illusion beruht, daß man zum Sozialismus kommen könnte, indem man auf die Passivität der herrschenden Klasse rechnet und sich in den Grenzen der bürgerlichen Ordnung einsperrt. Der Kampf hat kaum begonnen: wir haben eine Schlacht verloren, nicht aber den Krieg.



Die Arbeiterklasse, das chilenische Volk, die Linke und die Revolutionäre sind noch stark: der Kampf wird lang und schwer sein, aber wir sind sicher, daß wir siegen werden. Indem wir zum Kampf für die Rückeroberung der demokratischen Freiheiten aufbrechen, die heute von der Diktatur unterdrückt werden: indem wir den erreichten Lebensstand der Massen verteidigen, der heute direkt vom Faschismus angegriffen wird; indem wir die gesamte Linke

und alle demokratischen Kräfte vereinigen, die gewillt sind, den Kampf gegen die Diktatur zu fördern; – wird der Widerstand der Massen gegen die Diktatur auf dem Land und in den Städten sich entwickeln und wachsen. Dieser Widerstand wird zum Sturz der faschistischen Diktatur führen, zur Wiedereinrichtung der demokratischen Freiheiten, und er wird den Weg für einen drängenden revolutionären Prozeß öffnen, an dem die Arbeiter und Bauern teilnehmen werden, und der seinen Höhepunkt in der proletarischen und kommunistischen Revolution finden wird.

Genossen, der Kampf der Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes gegen die militärische und faschistische Diktatur ist ein fester Bestandteil des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus auf der ganzen Welt. Die internationale Solidarität der sozialistischen Länder, der revolutionären und demokratischen Kräfte und Länder, und besonders der cubanischen Revolution und der brüderlichen revolutionären Bewegungen in Lateinamerika – der ERP in Argentinien, der Tupamaros in Uruguay, der ULN in Bolivien – ist und bleibt wesentlich.

Wir wollen nicht schließen, ohne unsere Verehrung für Salvador Allende zu bezeugen, der sein Leben für seine Überzeugung geopfert hat; unsere Verehrung für die Arbeiter und Genossen der Organisationen der Linken, und in besonderer Weise für unsere eigenen Genossen, die getötet worden sind und getötet werden, und die heute eingekerkert sind, weil sie gegen die faschistische Militärdiktatur kämpfen.

Wir, die Arbeiterklasse, das Volk, die Linke und die Revolutionäre: VENCEREMOS (Wir werden siegen).

11. Oktober 1973



Interview mit einem italienischen Genossen über Chile

Der folgende Text ist die Übersetzung eines Interviews der italienischen kommunistischen Zeitung „Avanguardia operaia“ (12.10.73) mit dem Genossen Saverio Tutino, der sich nach dem faschistischen Putsch in Chile aufgehalten hatte. Der Genosse Tutino nahm während des II. Weltkriegs als politischer Kommissar einer Partisanen-Brigade am antifaschistischen Kampf des italienischen Volkes teil. Später war er Korrespondent der „Unità“ (Zeitung der revisionistischen italienischen KP) zuerst in Paris, dann in Havanna. Aus dem Interview geht hervor, daß der Genosse nicht frei ist von emotionalen Bindungen an die revisionistische Partei, obwohl er deren Politik – speziell auch in Chile – kritisiert.

Das Interview ist leicht gekürzt, insbesondere um einen längeren Abschnitt am Schluß, in dem Genosse Tutino seine Einschätzung der Perspektive des antifaschistischen Widerstands in Chile erläutert:

er schließt einen raschen Erfolg des bewaffneten Kampfes als illusorisch aus. Er lehnt jedoch die Auffassung der chilenischen „KP“ ab, überhaupt den bewaffneten Kampf einzustellen und auf einen Generalstreik zu orientieren. Stattdessen erklärt er die Verbindung von Massenkampf und bewaffnetem Kampf unter einer einheitlichen Führung für notwendig.

Das Interview fand am 6.10.73 statt.



Um den Verhafteten zu demütigen, muß er niederknien

F.: Wie hat sich nach deinen Feststellungen das Volk, das Proletariat gegenüber dem Putsch verhalten?

A.: Die Männer und Frauen, vor allem die Frauen, die ich vor dem Nationalstadion in Santiago (Anm.:

das Stadion war von den Putschisten in ein KZ verwandelt worden) traf und mit denen ich sprach, sind ein besonders klarer Beweis für die Gefühle und Gedanken des chilenischen Volkes. Diese Frauen haben vor allem einen Grundgedanken immer

wieder betont: der tiefe Haß, der entstanden ist, den es vorher vielleicht gar nicht gab, und der jetzt jedenfalls stärker als vorher ist. Diese so ausdrückliche Manifestation des Hasses gegen jene, die in Chile die Gewalt entfesselten, hat auch gar nichts mit Angst zu tun, sondern im Gegenteil mit Entschlossenheit, Zuversicht in den Ausweg, in die Wiederaufnahme des Kampfes, in die gemeinsame Solidarität. Es gab nicht einmal Furcht gegenüber dem Schrecklichen der gesehenen Dinge. Eine europäische Genossin, die eine Nacht unter den Bombenangriffen in der población „Ho tchi-minh“ verbrachte, hat versucht mir die Haltung der Menschen zu beschreiben, während die Hütten zusammenfielen und die Häuser brannten; sie vermittelte mir das Bild einer Bevölkerung, die nicht verängstigt war, sondern vor allem überrascht und bestürzt gegenüber einer Tatsache, die man erwartet hatte, aber nicht in dieser Weise, mit dieser Grausamkeit.

Die erste Nacht war der Beschuß ununterbrochen, ohne für eine Stunde aufzuhören, eine wahre Schlächterei gegen eine unbewaffnete Bevölkerung. Von dieser Situation muß man ausgehen, um zu unterstreichen, daß das Volk, das Proletariat der poblaciones, das voraussehbar als erstes im Fall eines Putsches angegriffen werden würde, praktisch waffenlos war. Sehr wenige Waffen, wenige Fälle wirksamen Widerstands. Der Widerstand organisierte sich spontan, selbst die comandos comunales hatten keinen planmäßigen Widerstand organisiert. Oder wenn sie ihn organisiert hatten – die comandos, die industricordones, oder die bewaffneten Abteilungen der Parteien oder Bewegungen, die sich auf den Waffeneinsatz vorbereiteten – dann hatten sie das getan, indem sie auf zwei Drehpunkte setzten, die dann am Tage des Putsches fehlten: die Möglichkeit, daß die CUT (Anm.: die Gewerkschaft; besonders groß ist dort der Einfluß der revisionisti-

schen „KP“ gewesen) und die Kommunistische Partei Anweisungen zum frontalen bewaffneten Straßenkampf gegen die Putschisten geben würden, und als Gipfel die Möglichkeit, daß Teile des Heeres und der Polizei (carabineros) gemeinsame Sache mit den Volkskräften machen könnten. Aber die Kommunisten (Anm.: gemeint ist die „KP“) hatten ihre Militarisierung im letzten Monat vor dem Putsch und ihre kurze Bemühung, die Genossen vorzubereiten (sie machten drei Tage militärische Ausbildung in den Sektionen) als als zweite Verteidigungslinie verstanden, falls die erste scheitern würde, d.h. das Abkommen mit den Christdemokraten, unter der Annahme, daß ein Teil des Heeres sich mit den Volkskräften vereinigen und dem Volk Waffen geben würde. Man muß daran erinnern, daß der bei weitem stärkste, ausgedehnteste, breiteste, deutlichste und am meisten proletarische Organismus Chiles die Kommunistische Partei ist; sie verfügt über ein Netz, das heute im Moment der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe in den poblaciones nicht zerbrochen ist, sondern aktiv funktioniert. Dies wurde mir von jemand berichtet, der stets eher die Ideen des MIR als die der KP unterstützt hat, und der in diesen Tagen in engem Kontakt mit dem Volk der poblaciones lebend diese politische Präsenz vermerkte, ohne Kontakt mit der Führung, ohne Anweisungen der Führung, ohne Orientierungen, und der daher selbständig handelt.

F.: Wie verhielt sich die KP im Moment des Putsches?

A.: Das ist nicht leicht zu beurteilen, aber in gewissem Sinn muß es einen Fehler gegeben haben: die Anweisung, an den jeweiligen Arbeitsplatz zu gehen und ihn zu besetzen, von der CUT am Morgen des Putsches wiederholt, ist sicher einer der Gründe für die Massaker gewesen, zu denen es in den Fabriken kam. Von den Positionen der KP hing zum guten Teil das Verhalten der anderen politischen Kräfte ab. Ein Genosse, der mit einem Führer des MIR zwei Tage vor dem Putsch gesprochen hatte, hatte erfahren, daß der MIR, die FAR (Anm.: ein Teil der Sozialistischen Partei, auf den im Interview später noch eingegangen wird) und die Linkschristen sich bereits entschieden hatten, n u r d a n n gegen die Putschisten auf die Straße zu gehen, wenn die KP die Waffen verteilen würde, die sie (wie mancher annahm) vom Heer erhalten hatte, und wenn sie angeordnet hätte, sich in den Fabriken zu sammeln, um zur Aktion überzugehen. Wenn die KP ihren eigenen

Militanten die Anweisung gegeben hätte, gegen die Putschisten Front zu machen, dann wären auch die im Vergleich zur KP kleineren Bewegungen auf die Straße gegangen; wenn die KP und die CUT nicht die Kraft oder die Möglichkeit dazu gehabt hätten, dann hätten sich auch die kleineren Bewegungen zurückgezogen.

Das ist dann auch wirklich so passiert. Der MIR hat den Rückzug angeordnet. Von kommunistischer Seite hat man sich vor allem bemüht, die natürlichen Kontakte an der Basis zu halten. Die Basis der Kommunistischen Partei funktioniert in Richtung der Aufrechterhaltung des vor dem Putsch bestehenden Netzes gegenüber den Massakern und Hinrichtungen, um mit den Volksmassen verbunden zu bleiben, um auch unter illegalen Bedingungen ein gewisses Parteileben aufrecht zu erhalten. Die anderen kleineren Kräfte, und selbst die Sozialistische Partei, die bei den Wahlen stark ist, aber organisatorisch schwach, entschieden sich für den Rückzug, um möglichst schnell ein Netz des bewaffneten Widerstands aufzubauen.

F.: Welches sind die politischen Kräfte und die Basis-Organismen, die sich auf einen bewaffneten Widerstand vorbereiteten?

A.: Im Wesentlichen die Cordones industriales, wo der MIR einen großen Einfluß hatte, und die comandos comunales; das sind Massen-Organismen, in den vor allem der MIR, Sozialisten und kommunistische Elemente Einfluß hatten, die sich der Notwendigkeit bewußt waren, zusammen mit den anderen zu handeln, vor allem Gewerkschafter. Was die Parteien angeht, so beziehe ich mich auf einen linken Flügel der Sozialistischen Partei, der jedoch nicht von Altamirano geführt wurde (Anm.: Altamirano ist Führer der Sozialistischen Partei; er scheint zu den Linken innerhalb der UP zu gehören); dieser Flügel war organisiert in den FAR (Bewaffnete Revolutionäre Kräfte), von denen einer der Führer vor einigen Tagen verhaftet wurde, der Genosse Enriquez. Außerdem gab es die bewaffneten Gruppen des MIR. In Santiago scheinen mir die bewaffneten Sozialisten der FAR besser organisiert gewesen zu sein als die Gruppen des MIR. Der MIR hatte nicht – wie allgemein angenommen wird – ausschließlich bewaffnete Gruppen vorbereitet, er widmete sich nicht speziell der Ausbildung in Guerilla-Taktik; er hatte vielmehr einen weiten Kreis gesellschaftlicher Aktivitäten. Und wenn er als Partei aus einem engen Kern von Personen bestand, so hatte er doch als Massenbewegung Einfluß an verschiedenen Arbeitsfronten,

von den cordones des Industrie-proletariats bis zu den Organisationen der pobladores (Subproletariat), zu Organismen gesellschaftlicher Arbeit, die der MIR in einer Weise in Gang brachte, die ein Experiment von historischer Bedeutung darstellt. Zum erstenmal gab es in Lateinamerika – und vielleicht in der Dritten Welt überhaupt – eine spezielle Arbeit mit positiven Ergebnissen unter den „Randschichten“ der Bevölkerung, die das typische Subproletariat der Vororte aller Städte der Dritten Welt bilden und z.T. auch unserer Städte im Süden (Anm.: in Italien).

F.: Welchen Charakter hatte der erste Widerstand gegen den Putsch?

A.: Nicht jeder Widerstand war spontan. Und auch dieser wurde von den Arbeitern organisiert, indem sie unter sich eine neue Einheit an der Basis schafften zwischen Sozialisten, Kommunisten und MIR-Leuten. Aber es gab nur wenige Fälle, wo der Widerstand v o r h e r organisiert und geplant war und wo er so wie geplant durchgeführt wurde. Ich erwähne zwei Fälle, der eine siegreich, der andere gescheitert. Der erste ist der Widerstand der Arbeiter der Fabrik SUMAR – eine der größten Chiles – im cordon industriale von Vickuna Mackena, in Santiago, auf der Grundlage eines Plans, der vor allem unter dem Einfluß der FAR mit Unterstützung der MIR, der Kommunisten und der Linkskatholiken vorher aufgestellt worden war. Am Tage des Putsches blieben nur wenige Arbeiter im Inneren der Fabrik zurück; und als dann die Armee – wie in allen anderen Fabriken – das Werk umzingelte und zum Angriff überging, um die Arbeiter festzunehmen, abzuschlachten, zu dezimieren, wie sie es überall getan hatte, da wurde sie ihrerseits von den bewaffneten Gruppen des Widerstands eingekreist und von hinten angegriffen, wobei sie eine schwere Niederlage erlitt. Mancher sagte, daß die Armee bei SUMAR tausend Tote hatte. (Anm.: das steht etwas im Widerspruch zu früheren, auch im AK aufgenommenen Berichten, daß in der von den Arbeitern besetzten Fabrik SUMAR 500 Arbeiter von den Militärs getötet wurden)

Der andere Fall repräsentiert typisch den Fehler einer Besetzung ohne Waffen, das ist die technische Universität von Santiago, eine Volksuniversität, die von Arbeiterstudenten, Stipendiaten, besucht wird. Die Studenten und der Rektor hatten am Tag des Putsches die Universität wie geplant besetzt. Aber sie hatten keine Waffen, bloß ein paar Pistolen. Als die Armee sie zum Verlassen der Universität aufforderte, weigerten sie sich und organisierten statt-

dessen eine permanente Besetzung. Aber während sie die Lager für die Nacht und Kaffee zum Aufwärmen machten (drinnen waren nach verschiedenen Angaben zwischen 800 und 1.600 Studenten) griff die Armee ohne Ultimatum an und hielt die Studenten die ganze Nacht unter Feuer.

Alle wurden gezwungen, sich mit dem Gesicht auf den Boden zu legen; wer sich bewegte, wurde erschossen. Die Studenten sagen, sie hätten allein an der technischen Universität etwa 600 Tote gehabt. Das war ein Beispiel für schlecht organisierten Widerstand, wo die Unterstützung der Waffen fehlte.

F.: Worauf gründete sich die Hoffnung nicht nur der UP, sondern auch z.T. der revolutionären Kräfte, auf eine Spaltung der Armee und den Übergang eines Teils von ihr auf die Seite des Volkes?

A.: Allende hatte begründete Motive, an eine solche Spaltung zu glauben; für ihn war der Putsch ein Verrat seitens der Militärs. Vor allem der Führer der Carabineros, Mendoza, wurde von Allende selbst in seinem letzten Appell des Verrats angeklagt, er sei ein Gauner niedrigsten Niveaus; damit spielte er offenbar auf sehr präzise Abkommen an, die wohl mit Mendoza abgeschlossen waren, um die Treue der Carabineros zur Regierung zu garantieren. Sicher war es ein schwerer Fehler, sich überhaupt auf die Carabineros zu verlassen. Als sich Allende am Morgen des Putsches zur Moneda (Anm.: der Präsidentenpalast) begab, da tat er das in der Annahme, daß dieselben Carabineros, die ihn begleitet hatten, ihn auch vor eventuellen Angriffen der Armee verteidigen würden.

F.: Arbeiteten die Kräfte der revolutionären Linken in der Armee?

A.: Ja, vor allem der MIR und die sozialistische Linke unter den Angehörigen der Marine in Valparaíso. Die Bemühungen richteten sich vor allem auf die Marine, weil sie eng mit den USA verbunden ist und in der Hand volksfeindlicher Kommandanten ist. Auch die Luftwaffe galt als wenig sicher, aber in dieser Waffengattung war es sehr schwer, politisch einzudringen, weil sie ganz und gar in den USA ausgebildet wurde. Das ist die technologisch am weitesten entwickelte Waffengattung, die mit ziemlich modernen Waffen ausgerüstet ist. Dann hat die Marine eine Rekrutierungs-Basis, die nicht so professionell spezialisiert ist wie z.B. die Piloten der Luftwaffe, und daher durchlässiger für politische Arbeit.

Anfang August wurden konspira-

tive Zellen in der Marine entdeckt und gegen Altamirano, den MIR und die Linkschristen wurde ein Prozeß eingeleitet, weil sie diese Arbeit in Gang gebracht hätten. Der Prozeß gegen Altamirano, um ihm die parlamentarische Immunität zu entziehen und ihn einer verfassungswidrigen Handlung anzuklagen, sollte gerade in der Woche des Putsches in Valparaíso stattfinden. Daher waren in Valparaíso viele Führer des MIR und der Linkschristen versammelt, die dann den Putschisten harten Widerstand leisteten. Der Widerstand in Valparaíso hält trotz der Dezimierungen und Razzien in der Stadt und den Bergen der Umgebung an.

F.: Welche Ebenen des Widerstands konntest du feststellen?

A.: Ich traf zufällig auf der Straße einen sozialistischen Genossen von der FAR, den ich seit längerem kannte. Dieser sagte mir zwei wichtige Dinge: erstens, daß nach Informationen von Genossen aus dem Süden die Razzien der Armee darauf abzielen, „den Fischen das Wasser wegzunehmen“ – wie die Chinesen sagen – d.h. die indianischen Bauern (Araucanos) abzuschlachten, die die potentielle Basis der Guerilla sind.



**Miguel Enriquez,
Generalsekretär der MIR**

In dieser Zone ist viel gearbeitet worden, auf der Grundlage der Bodenreform, aber auch darüberhinaus. Es gab Besetzungen von Boden und Großgrundbesitz schon vor der UP-Regierung. Dann wurden Bauernräte als Formen der Basismacht errichtet, organisiert vor allem vom MIR. In

dieser Zone arbeitete Comandante Pepe, den die Putschisten ermordet haben. „Pepe“ war ein Genosse des MIR, der eine bedeutende Arbeit unter den indianischen Bauern (mapuches) geleistet hatte. Diese Bauern stellen historisch ein Problem für Chile dar, weil sie sich weigern, sich ins nationale Leben zu integrieren – was sie unter der UP-Regierung zu tun begannen.

Jetzt zahlen sie mit diesem Massaker, das ein präventiver Völkermord ist, für ihr Vertrauen, für ihr Bemühen, in das Leben des ganzen Landes einzutreten, sich mit den Arbeitern des Nordens zu verbinden. Die Junta selbst hat von „Widerstandsnestern“ im Süden gesprochen, und wenn die Junta den Widerstand hervorhebt – wozu sie nicht gezwungen ist – dann sicher zum großen Teil deshalb, um die von ihnen begangenen Massaker zu rechtfertigen.

Eine zweite wichtige Meldung ist, daß der MIR, die Linkschristen Garretón's, der linke Flügel der Sozialisten, die FAR und die MAPU sich in einem einzigen Zentralkomitee zum einheitlichen Widerstand zusammengeschlossen haben. Die Kommunisten der KP nahmen an dieser Führung nicht teil – zumindest am Anfang, weil es nicht klar ist, ob die Kommunisten an bewaffneten Kampf denken oder ob sie noch an den Massenkampf denken, um so bald wie möglich einen Generalstreik zu machen. Es scheint bisher auch nicht, daß die KP auf den bewaffneten Kampf orientiert ist, und das Fehlen einer Orientierung seitens der kommunistischen Führung ist der Aspekt, der die Genossen am meisten traf, als ich dort war. Die aktuelle „Blöße“ der KP-Führung ist das Ergebnis einer Taktik, die den einzigen Weg zur Vermeidung eines Putsches darin sah, der Politik der Christdemokraten möglichst große Konzessionen zu machen. Sie hatte dabei einerseits die Illusion, daß es in deren Innerem eine Linke gäbe, die darauf zielte, Chile zusammen mit der KP zu regieren und andererseits, daß ein Front-Abkommen mit den Christdemokraten dazu dienen würde, ohne gewaltsame Repression den Forderungs-Druck und die politische Organisation des Proletariats, des Subproletariats und der chilenischen Bauern zu zügeln, und gleichzeitig die Mittelschicht nicht noch weiter aufzubringen ...



INTERVIEW MIT RENE DE CARVALHO, FÜHRENDER GENOSSE DER PCBR (BRASILIANISCHE REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI), DER IN CHILE IM EXIL LEBTE.

Die italienische kommunistische Zeitung „Avanguardia Operaia“ und die französische „Revolution!“ haben ein Interview mit dem Genossen Rene de Carvalho über die Entwicklung in Chile veröffentlicht.

Rene de Carvalho gehört zur Führung der PCBR (Brasilianische Revolutionäre Kommunistische Partei), die aus einer Abspaltung der revisionistischen „KP“ Brasiliens im Jahre 1967 hervorging, sich aber erst 1970 konstituierte. Er lebte zuletzt in Chile im Exil. Nach dem Putsch wurde er von der chilenischen Militärjunta wie unzählige andere Genossen eingekerkert und gefoltert. Die chilenische Militärjunta ließ den Genossen Rene schließlich wieder frei, nachdem in mehreren Ländern eine Solidaritätskampagne für ihn initiiert wurde. Bei seiner Freilassung kam dem Genossen Rene zunutze, daß er die französische Staatsbürgerschaft besitzt: sein Vater (Apolonio de Carvalho, Sekretär der PCBR) hatte in der französischen Resistance gegen die Nazi-Truppen mitgekämpft und seinerzeit eine Französin geheiratet.

Ebenso wie sein Vater hat auch Rene de Carvalho schon einmal Kerker und Folter erleben müssen: in seiner eigenen Heimat, in Brasilien, wo seit 1964 eine faschistische Militärdiktatur existiert. Damals waren er, sein Vater und mehrere andere Genossen nur durch die mutige Aktion des bewaffneten brasilianischen Widerstands, der sich des westdeutschen Botschafters Ehrenfried von Holleben als Geisel bemächtigt hatte, freigekommen, während andere Genossen, wie z.B. Mario Alves (der ebenfalls zur Führung der PCBR gehörte), von den faschistischen Henkern zu Tode gefoltert wurden. Die Genossen, die befreit werden konnten, sind heute gezwungen, am Befreiungskampf ihres Volkes vom Ausland her teilzunehmen.

Wie wurde der Putsch vorbereitet?

Rene:

Es gibt zwei wichtige Bezugspunkte vor dem Putsch:

- der „bewaffnete Aufstand der Bourgeoisie“ im Oktober '72
- die Wahlen im März '73.

Ich meine, daß man von diesen zwei Punkten ausgehen kann, um daraus eine etwas allgemeinere Analyse zu entwickeln.

Der bewaffnete Aufstand der Bourgeoisie im Oktober war der erste Versuch einer entscheidenden Offensive seitens der Bourgeoisie. Nach den Wahlen von '70 führte die Bourgeoisie immer offensive Aktionen durch; sowohl, indem sie den in ihren Händen befindlichen Staatsapparat benutzte, als auch durch die Informationsmittel, als auch durch den ökonomischen Druck (den Schwarzmarkt), als auch, indem sie die Massenmobilisierung suchte, ohne trotzdem eine entscheidende Offensive bis zum Oktober zu entfesseln.

Der März '73 bedeutete für diejenigen Sektoren der Bourgeoisie, die sich noch auf einer solchen Linie bewegten, den Verlust der letzten Illusionen über die Möglichkeiten eines friedlichen und „konstitutionellen“ Sturzes der Regierung der Unidad Popular.

Die bürgerlichen Sektoren, die politisch durch die Nationale Partei vertreten waren, und diejenigen, deren

Interessen von der Unidad Popular am meisten verletzt worden waren, bereiteten die entscheidende Offensive und den Staatsstreich von Anfang an vor. In diesem Sinne handelte es sich hier um diejenigen, die den Oktober-Aufstand betrieben. Weitere Sektoren der chilenischen Bourgeoisie, die politisch durch die Mitte-Linke der DC vertreten wurden, beteiligten sich in jedem Fall am Oktober-Aufstand, allerdings mit einer Perspektive, die noch nicht die des direkten Aufrufs zu einem militärischen Staatsstreich war, sondern die alle möglichen Manöver benutzen wollte, um der Regierung sowohl ihre politische wie ökonomische und soziale Basis abzuschneiden, in der Absicht, einen politischen Ausweg zu finden.

Dieser Sektor vertrat einen wichtigen Teil der industriellen Bourgeoisie des Landes, der auf eine vom Staat unterstützte kapitalistische Entwicklung und auf eine Änderung der landwirtschaftlichen Struktur abzielte. Die Hegemonie dieses Sektors innerhalb der DC bis 1970 drückte sich durch die Kandidatur von Tomic für die Präsidentschaft der Republik aus.

Hauptsächlich nach den Wahlen vom März '73 warfen sie alle ihre Kräfte auf den Staatsstreich, als sie verstanden, daß sie keine kurzfristigen Möglichkeiten für eine politische Lösung hatten.

Das scheint durch die offiziellen Erklärungen der Junta bestätigt zu

sein. Für die Entfesselung des Putsches gibt es einen wichtigen Faktor, und zwar die Änderung in der Führung der DC, die nach den Märzahlen stattfand, als die Rechte sich gegen die Mitte-Linke durchsetzte. Es war ein Wendepunkt: von jenem Augenblick an adoptierte die DC die Parole „Schluß mit den Worten, gehen wir zu Taten über“, die tatsächlich die Tür zum Staatsstreich öffnete.

Also, die Einheit der herrschenden Klassen für den Putsch bildete sich im März '73, aber ein wichtiger, vielleicht sogar mehrheitlicher Teil bereitete ihn schon viel früher vor.

Seit dem Augenblick, als die DC sich für den Putsch entschloß, waren die herrschenden Klassen also vollständig geeinigt?

Rene:

Der MIR sagte zwanzig Tage vor dem Putsch: „Es werden zwei Staatsstrieche vorbereitet“, was gewissermaßen den zwei Strategien, den zwei Taktiken der herrschenden Klassen entsprach.

Das hatte Folgen für die Vorbereitung des Putsches, in dem Maße, wie man mehrere Staatsstrieche vorzubereiten begann, und das wirkte sich auch auf die Möglichkeiten aus, den Putsch selbst zu entfesseln. Obwohl sie gemeinschaftliche Interessen verfolgten, hatten die verschiedenen bürgerlichen Sektoren Schwierigkeiten, über einige Aspekte, wie das Programm und die Aktionsmethoden, übereinzukommen.

Die „Djakarta“-Operation war nicht die Taktik der DC: Sie wußte, daß sie auf diese Weise rechts überholt werden würde, d.h. daß sie gezwungen werden würde, entweder die Macht mit der Nationalen Partei (mit dem traditionellen Agrarsektor und sogar mit den Latifundisten) teilen zu müssen oder sogar deren Hegemonie unterworfen zu sein.

Das waren die Probleme der herrschenden Klassen, die sich auf die Vorbereitung des Putsches niederschlugen.

Aber heute hat die Gesamtheit der Junta-Politik einen deutlichen Schnitt über diese Frage gemacht, in dem Maße nämlich, wie eindeutig eine Formel die Oberhand erhält, ein Projekt der politischen Aktion, das die Rolle der politischen Organisationen der Bourgeoisie und der herrschenden Klassen völlig reduziert.

Sind es diese Trennungen, die das Scheitern des ersten Staatsstreiches Juni erklären?

Rene:

Die DC war einverstanden, den Staatsstreich am 29. Juni durchzuführen; es gab eine allgemeine Vereinbarung zwischen dem Militär, der Nationalen Partei und der DC, obwohl diese etwas zurückhaltend. In jenem Augenblick hatte die DC die politische Führung in der Gesamtheit der Aktion, indem sie versuchte, den völligen Verschleiß der Regierung der Unidad Popular zu verwirklichen.

Trotzdem meinte sie damals, daß die politischen Bedingungen noch nicht völlig herangereift seien, daß eine noch größere Erosion der Regierung nötig sei.

Als die mit der Unidad Popular verbundenen Informationsdienste drei oder vier Tage vor dem 29. Juni den Staatsstreich aufdeckten, wurden zwei oder drei Verhaftungen vorgenommen, um zu versuchen, den Staatsstreich zu stoppen.

Daraufhin stellte sich die DC entschlossen dagegen; sie sagte: Laßt uns nicht weitermachen, die Bedingungen für einen Staatsstreich sind noch nicht gut. Die Nationale Partei sagte: Man muß den Staatsstreich machen, aber man muß ihn zusammen mit der DC machen. So blieb die Nationale Partei ziemlich regungslos, und es war Patria y Libertad, die die Initiative ergriff. Das ist der Grund, weshalb der „tancazo“ nur in eine Aktion von zwei Panzerregimentern mündete. In Wirklichkeit gab es auf militärischer Ebene ein viel breiteres Einverständnis als hinsichtlich dieses Putsches, und darauf stützte sich Patria y Libertad, wenn sie sagte: „Alle sind einverstanden, alle stecken in der Affäre drin; was fehlt, ist ein entschlossener Politiker. Wenn man den ersten Schritt macht, werden alle folgen“. Also es gab auf jeden Fall Meinungsverschiedenheiten innerhalb der herrschenden Klassen, aber diese Differenzen waren nicht so tief, wie es die Unidad Popular annahm. Und eben auf diese Differenzen gründete die Unidad Popular, mindestens im letzten Jahr, ihre Taktik, ihre Strategie und sogar ihre Antwort auf den Putsch.

Wie konnten die herrschenden Klassen den Putsch vorbereiten? Konnte man ungefähr den Zeitpunkt voraussehen, an dem er stattfinden würde?

Rene:

Wie die Intervention des Imperialismus beweist, hätten die chilenischen politischen Kräfte bei ihren Fähigkeiten, bei ihren politischen Charakterzügen und bei ihren Trennungen einen derartigen Putsch nie organisieren können.

Wenn man gleichzeitig den Staatsstreich und die auf seinen Sieg folgen-

den Maßnahmen überprüft, sieht man ziemlich klar, daß keine der beiden Parteien, die die herrschenden Klassen in Chile politisch vertreten, die Hegemonie bei der Durchführung des Putsches gehabt haben. Darüber hinaus: Wenn man die Vorbereitung, die Organisation und den Aktionsplan des Putsches überprüft, versteht man, daß die chilenische Armee nur schwer die Mittel haben konnte, um ihn zu Ende zu führen.

Überall taucht eindeutig die Vorbereitung auf imperialistischer Ebene auf.

Alle revolutionären Kräfte waren der Auffassung, daß der Putsch früher oder später unvermeidlich sei, aber sie hatten dessen politische und militärische Charakterzüge nicht vorausgesehen. Was den Zeitpunkt betrifft, so kann man in gewisser Hinsicht sagen, daß es ein offensichtlicher Fehler gewesen wäre, wenn sie ihn nicht eingeschätzt hätten, da die herrschenden Klassen sehr deutlich davon sprachen. Die Nationale Partei hatte mindestens seit dem April die Parole ausgegeben: Endoffensive für den Staatsstreich am Ende des Winters – und zwar im August, spätestens September.

Man wartete auf den Putsch. Alle politischen Kräfte waren in einem Zustand der fast permanenten militanten Mobilisierung. In den letzten drei oder vier Monaten sprach man fast jede Woche von einem eventuellen Staatsstreich.

Welche Art von Antwort auf den Putsch hatte die Führung der Unidad Popular vorgesehen?

Rene:

Die militärische Strategie der KP Chiles, von Allende und vom allendistischen Sektor der PS war direkt durch deren politische Strategie bestimmt. Sie bemühten sich darum, ein Bündnis mit dem als progressiv angesehenen Sektor der Bourgeoisie zu verwirklichen und die Mittelschichten für die Perspektive der Regierung der Unidad Popular zu gewinnen. Das waren die zwei Stützpfeiler der Koalition. In diesem Sinne erhielt sie sich im Rahmen des bürgerlichen Regimes, indem sie versuchte, den bürgerlichen Staat zu modernisieren, ohne zu verstehen, daß das, was sich in Chile in Wirklichkeit abspielte, die Krise des bürgerlichen kapitalistischen Regimes in Chile war, die keine andere als eine revolutionäre Lösung haben konnte.

Sie versuchten, Änderungen innerhalb des kapitalistischen Regimes einzuführen. Die militärische Strategie, die notgedrungen aus diesen politischen Positionen folgte, bestand darin, den Bürgerkrieg zu vermeiden und auf eine Fraktion der Armee zu rechnen, um sich zu verteidigen. Die Antwort auf den Putsch basierte wesentlich auf einer Spaltung der Armee.

Die Unidad Popular hoffte, sich

vor allem auf treue Fraktionen der Armee stützen zu können, um auf den Putsch zu antworten. Sie rechneten dabei nicht auf irgendeine Spaltung in der Armee, sondern sie versuchten, eine vertikale Spaltung der Armee zu verwirklichen (d. h. mit einer ganzen Fraktion des Offizierskorps). Sie rechneten vor allem auf Prats, auf die Gesamtheit der Generäle und der sogenannten Loyalisten oder allendistischen Kommandanten innerhalb der



Die Opfer des faschistischen Terrors werden verscharrt

Wehrmacht. Diese Illusion wurde bis zum Ende beibehalten, selbst bis zum Augenblick des Staatsstreiches, als die letzten Informationen, die wir erhielten, besagten, daß die konstitutionalistischen Sektoren der Armee noch 40 % und zuletzt noch 30 % der Offiziere bildeten, obwohl Marine und Luftwaffe in ihrer Mehrheit mit den Putschisten waren.

Im Konzept der Unidad Popular blieb die Rolle der Massen eine Unterstützungsrolle?

Rene:

Von einem politischen Gesichtspunkt aus dienten die Massen am Anfang zur Stütze für die Regierung. Auch wenn es sich um eine Volksregierung handelte, operierte sie in einem kapitalistischen bürgerlichen Rahmen. In diesem Sinne rief man die Massen nur zu Straßendemonstrationen auf, um zu beweisen, daß die Allende-Anhänger, die die Regierung unterstützten, zahlreich waren.

Die Massen spielten die Rolle des im Ärmel versteckten Asses, um die Probleme zu lösen. Vom militärischen Gesichtspunkt aus wurde dies durch die Erklärungen Allendes und durch

seine Vorkehrungen gegenüber dem Staatsstreich unterstrichen: „Geht auf die Straße, um die Regierung zu unterstützen“, war die Hauptparole. Und auch: „Besetzt die Betriebe und die Arbeitsstellen“, was tatsächlich einen Positionskrieg darstellte. Und einen Positionskrieg macht man nicht, wenn man nicht in einer Periode des Kräftegleichgewichts ist.

Das war die Überlegung der reformistischen Strategie auf militärischer Ebene, die auf die Unterstützung einer wichtigen Fraktion der Armee rechnete. In der chilenischen Situation hatte das spezifische Merkmale. Die Reformisten hatten trotzdem den Willen, sich im Falle eines Staatsreiches zu verteidigen, und es ist auch wahr, daß Waffen existierten und sie diese Waffen besaßen. Sie rechneten auf die Armee, aber es gab auch Waffen für die Bevölkerung ...

Verteilte? Versteckte?

Rene:

Die Waffen waren versteckt, sowohl von den politischen Apparaten, wie auch von Allende und seiner persönlichen Schutzwache. Am Ende bestand die Hoffnung der Unidad Popular darin, die 30 % der Armee zusammenzufassen (die Hauptsektoren, auf die Allende rechnete, waren die Carabineros und die Gruppe seiner persönlichen Freunde). Dieser Sektor der Armee plus die Waffen in den Händen der Arbeiter sollten die für die Antwort vorgesehenen Instrumente bilden. Solcherart waren die Folgen der reformistischen politischen Perspektive auf der Ebene der militärischen Strategie.

Welche Ziele hat sich die Junta für die Repression gesetzt?

Rene:

Die Repression hatte zwei Hauptziele: Das erste Ziel war, die militärische Kontrolle und die effektive Beherrschung des Landes zu sichern. Das zweite Ziel bestand darin, alle möglichen Widerstandszentren zu isolieren und in kurzer Zeit zu liquidieren, um sich so mit einem totalen militärischen Sieg abzusichern: also dem Widerstand der Arbeiter und Bauern das Rückgrat zu brechen. In diesem Rahmen sind die gesamten Maßnahmen des Putsches getroffen worden.

Die Militärs haben also sofort die wichtigsten strategischen Zentralen besetzt, die Ministerien, die Sitze der politischen Parteien. Sie haben den Rundfunk und das Fernsehen besetzt und alle Telefonverbindungen abgeschnitten. Sie haben die Verbindungsstraßen und die Zentren der größten Städte besetzt.

Und in den Arbeiterzentren?

Rene:

Was sie in Valparaiso getan haben (wo der Putsch begonnen wurde), scheint mir sehr bedeutungsvoll zu sein: nachdem die Putschisten alle politischen und administrativen Zen-

tren besetzt hatten, haben sie fast alle wichtigen Betriebe umzingelt, die als Versammlungsorte für die Arbeiter hätten dienen können. Sie versteckten ihre Truppen neben den Betrieben. Als der Putsch bekannt wurde und ein Beginn von Mobilisierung zustandekam, sind ein Drittel der Arbeiter zu ihren Betrieben gegangen, um sie zu besetzen. Dort sind sie sofort in eine Falle gelaufen. Sie wurden auf der Stelle gefoltert, um die Namen der wichtigsten Arbeiterführer zu ermitteln.

In Valparaiso waren die Putschisten sehr gut organisiert: man kann sagen, daß in jedem Betrieb 10 bis 20% der Belegschaft verhaftet wurden. Sie haben nicht nur versucht, die Führer zu verhaften, sondern darüber hinaus jede Form der Organisation oder Reorganisation zu zerschlagen. Die Putschisten waren schon vorher im Besitz von Informationen und ausgearbeiteten Plänen. In einem Betrieb von Santiago zum Beispiel, wo ein französischer Pfarrer verhaftet und dann wieder freigelassen wurde, war ein Leutnant bereits sechs Monate vor dem Putsch durch die militärische Ermittlungsbehörden beauftragt worden, einen Aktionsplan gegen diesen Betrieb auszuarbeiten. Jeder der wichtigsten Betriebe der Cordones Industriales von Santiago, war unter den Verantwortlichen des Militärs aufgeteilt worden, um den militärischen Besetzungsplan auszuarbeiten und die wichtigsten Führer zu lokalisieren zu versuchen.

In Santiago war das Kräfteverhältnis nicht von vornherein zugunsten des Putsches. Dort, wo es Widerstand gegeben hat, haben die Putschisten die brutalsten Mittel angewandt: Bazooka-Angriffe, Flugzeug-Angriffe und standrechtliche Erschießungen. Und dazu kommt noch, daß sie eine Woche nach dem Putsch eine riesige Werbung betrieben haben, damit die Leute „wieder zur Arbeit zurückkehren“: „Nur die Extremisten sollen verfolgt werden“, die Gesamtheit der Arbeiterklasse wird nicht betroffen, die Errungenschaften der Arbeiter werden beibehalten. Und in der Tat nahmen die Arbeiter ihre Arbeit wieder auf (sie hatten keine Wahl, sie hatten jeglichen politischen Kontakt verloren). Es wurde dann sofort eine Auslese durchgeführt. Ein guter Teil der Arbeiter, die im National-Stadion festgehalten wurden, war deswegen dorthin transportiert worden, weil sie wieder zur Arbeit gegangen waren.

In den Betrieben holten die Militärs alle Arbeiter zusammen und riefen diejenigen durchs Megaphon auf, die verhaftet werden sollten. Jeden Tag hält eine Militärpatrouille vor den Betrieben. Fünf Minuten später werden dann die zur Verhaftung vorgesehenen Arbeiter aufgerufen

und ins Gefängnis geschleppt: das geschieht systematisch.

Um dir ungefähr das Klima zu schildern: ich bin ungefähr einen Monat nach dem Putsch aus Chile freigekommen, genau gesagt 25 Tage. Als ich zum Flugzeug ging, habe ich den Maruche-Fluß überquert und ich habe dort noch ganz frische Leichen gesehen.

Was weißt du über die Repression dort, wo die Arbeiter gefangengehalten werden?

Rene:

Im National-Stadion haben Erschießungen stattgefunden. Im Stadion selbst gab es acht Erschießungen, darunter zwei Brasilianer (1). Dazu kamen noch, wenn man mal so sagen kann „zufällige“ Erschießungen: es handelte sich um simulierte Erschießungen, wobei die Soldaten dann aber tatsächlich geschossen haben. Bei diesen Einschüchterungsversuchen gab es drei oder vier Tote. Und auf dem Weg zum National-Stadion mußten die meisten der Gefangenen durch einen Auto-Korridor laufen, wo auch geschossen wurde.

Ein Teil von ihnen wurde in diesem Auto-Korridor standrechtlich erschossen. Die letzte Methode, die auch am meisten angewandt wurde, bestand darin, die Verhafteten in einen Vorort von Santiago zu bringen und ihnen zu sagen: „Sie sind frei, aber sie müssen jetzt rennen.“ – und sobald der Betreffende rannte, wurde er auf der Stelle abgeknallt. Das hat ein Brasilianer erklärt, der angeschossen aber dabei nur verwundet wurde, und der sich hinterher in eine Botschaft flüchten konnte.

Stimmt es, daß die politischen Führer nur wenig durch die Repression getroffen worden sind?

Rene:

Es ist schwierig, eine genaue Antwort darauf zu geben. Jedenfalls kann man sagen, daß es den Militärs trotz eines bedeutenden Sieges der Repressionskräfte nicht gelungen ist, einige ihrer Ziele zu verwirklichen: Die Chilenen sagen, daß die Gesamtheit der politischen Apparate der Organisationen der Linken und revolutionären Linken einigermaßen intakt sei. Die Putschisten haben versucht sich ihrer vorherigen Informationen zu bedienen, um die Organisationsstrukturen aufzuspüren, und es kommt vor, daß ihnen bekannte Kader in die Hände fallen. Was den MIR beispielsweise betrifft, werden diejenigen, die als politische Kader bekannt sind, einer individuellen Folterung ausgesetzt.

Die Organisationen der Unidad Popular haben große Schwierigkeiten, ihre verfolgten Kader zu verstecken. Allein der MIR hat nicht über solche Schwierigkeiten berichtet.

Die Verhaftungen von wichtigen

Führern beweisen das ja auch. Corvalan, Guastavino, Mitglieder der Leitung der KP, sind verhaftet worden. Im Fall von Guastavino, der bei seinen Verwandten gesehen worden ist, hängt es mit den Schwierigkeiten der Infrastruktur der KP selbst zusammen.

Aber die meisten Kader wurden entweder durch Denunzierung oder durch Zufall bei Massenhäusdurchsuchungen verhaftet.

Welche Breite hat die Repression gegen die ausländischen Revolutionäre angenommen?

Rene:

In der ersten Zeit hatten die Militärs keine genaueren Informationen über die Revolutionäre, die Repression wurde gegen die Gesamtheit der Ausländer gerichtet. Und 90 % der verhafteten Ausländer wurden erst durch Denunzierung aus ihrer Nachbarschaft gefunden: das ist das Ergebnis einer Anti-Ausländer-Kampagne, die schon unter der UP begonnen wurde.

Zu Beginn wurden alle Ausländer, nachdem sie in den Kasernen bis nahe an den Tod gefoltert worden waren, zum National-Stadion transportiert: Die Brasilianer, die Uruguayer und Bolivianer, die enbloc als Extremisten betrachtet wurden, sind dieser Repression vor allem ausgesetzt worden.

Fünf Tage lang wurde man im Nationalstadion ausgefragt: Drohungen, *passage a tabac* (eine besonders grausame Foltermethode, die zumeist bis an die Ermordung reicht: AK-Red.) und simulierte Erschießungen. Die Militärs hatten dabei nicht die Zeit, eine mehr systematische individuelle Folter durchzuführen. Danach wurde man in eine Zelle mit 150 Personen verfrachtet; nach fünf Tagen ohne Nahrung bekam man dann ein wenig zu essen, wovon man kaum seine Kräfte aufrechterhalten konnte: morgens um 10 Uhr einen Becher Milchkaffee mit einem Stück Brot und nachmittags um vier Uhr einen Becher Suppe mit einem Stück Brot. Bist du auch so behandelt worden?

Rene:

Ja, und im Südsektor, wo ich war, war ich ohne Zweifel unter den Verwöhntesten, weil ich sechs oder sieben Verhöre hatte. Aber auch unter diesen Verhören konnten sie keine systematische Folterung brasilianischen Typs durchführen: es waren vor allem *passage a tabac*, Drohungen und Fragen zu bestimmten Sachen. So wurde das durchgeführt bei denjenigen, über die sie schon Informationen hatten: die lateinamerikanischen Diktaturen hatten Namenslisten mit Fotos der Revolutionäre geschickt. Und dazu wurde noch mit dem Ein-

satz lateinamerikanischer Polizei begonnen. Das hat man noch nicht genügend präzisieren können, aber ich weiß, daß mindestens zwei Brasilianer außerhalb des Nationalstadions in der Straße der Republik durch brasilianische Polizei verhört worden sind.

Wir müssen uns darüber bewußt sein, daß für die meisten der Verhafteten im National-Stadion noch nichts geklärt ist: d.h. die Verhöre und Folterungen jetzt nach dem Putsch in Chile können noch über einen viel längeren Zeitraum weitergehen. Und da es sich um Revolutionäre im Exil handelt, ist schon die bloße Tatsache, daß sie wieder in ihre Länder verschickt werden, ein wichtiges Ziel der Diktaturen Lateinamerikas.

(1) Offensichtlich bezieht sich der Genosse Rene de Carvalho hier nur auf einen kurzen Zeitraum der Mord- und Terrorhaft im National-Stadion; bzw. auf Ermordungen, wo er selbst Augenzeuge gewesen ist. Tatsächlich liegt die Zahl der zu Tode gefolterten und abgeknallten Opfer der faschistischen Militärjunta allein im National-Stadion weit höher. Sie beläuft sich nur an diesem Ort auf mehrere Hundert Menschen, wie aus verschiedenen anderen Berichten hervorgeht (vgl. unseren Artikel im AK 34: „Wütender faschistischer Terror“).



Interview mit einem Genossen des chilenischen MIR

(Bewegung der revolutionären Linken)

Der chilenische MIR hat einen Genossen nach Europa entsandt, der damit beauftragt ist, die Positionen des MIR auf einer Kontaktreise mit der europäischen Linken zu erläutern und zur Verstärkung der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes aufzurufen. Ein erstes Interview mit diesem Genossen wurde am 31. Oktober von der italienischen Zeitung „il manifesto“ veröffentlicht. Dieses Interview, das von dem Korrespondenten der Zeitung in Paris geführt wurde, wollen wir nachstehend auch in deutscher Sprache veröffentlichen, um die bei uns noch wenig bekannten Einschätzungen und Auffassungen des MIR breiter bekanntzumachen.

Wir hoffen, auch weiterhin derartiges Material zugänglich machen zu können, um sowohl eine realistische Einschätzung der jüngsten Entwicklung in Chile gewinnen zu können, als auch die Möglichkeit zu geben, sich ernsthaft mit den tatsächlichen Positionen der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der chilenischen Linken auseinanderzusetzen zu können. Dem dient auch das ebenfalls in dieser Ausgabe nachgedruckte Interview mit einem Genossen des chilenischen MAPU.

F.: Welches ist die Situation im Lande zwei Monate nach dem Putsch? Wie würdest du diese Phase des Kampfes bezeichnen?

A.: Die Repression war massiv und selektiv: die Junta versuchte, alle mittleren Kader der Massenbewegung in den Poblaciones, in den JAP (Vereinigungen für Versorgung und Preiskontrolle; – Red. „Die Internationale“) und in den Gewerkschaften physisch niederzuschlagen. Heute ist es dringend erforderlich, eine Verbindung zwischen den Parteien und den Massen wiederherzustellen. Das ist eine der ersten Aufgaben der Linken, wenn man auf eine illegale Reorganisation der Volksbewegung hinzielt. Die Repression traf in viel größerem Maße die Massenorganisationen als die Parteien, und sie traf viel mehr die Reformisten als die Revolutionäre, denn die ersten waren politisch nicht darauf vorbereitet, einer Situation wie der heutigen zu begegnen, und auch nicht darauf, auf einen Staatsstreich zu antworten. Trotzdem blieb die KP wegen ihrer organisatorischen Stärke relativ unbeschädigt. Was den MIR betrifft, so funktioniert der größte Teil unseres Apparats und wir haben sehr wenige Verluste gehabt.

Heute befinden wir uns in einer dritten Phase nach dem Putsch. Die erste, die nur kurz war, war die eines Massenwiderstands: überall, wo sie sich befanden, kämpften die Militanten, gingen zur Offensive über, auch wenn eine organisierte und zentralisierte Führung gefehlt hat. Die zweite Phase war die des Rückzugs in dem Maße,



Antifaschisten werden in die KZs gebracht

wie das Kräfteverhältnis dies aufzwang. Jetzt befinden wir uns in einer Phase der Reorganisation. Der MIR schlägt vor, daß in den Betrieben, in den Schulen, in den Bergwerken und auf den Feldern Widerstandskomitees gebildet werden. Die heutige Phase ist die der Rückkehr auf Massenebene unter den Bedingungen des illegalen Kampfes, was die Bildung von neuen Organisationsformen impliziert.

F.: Wie reagiert die Bevölkerung? Gibt es einen Schock, ein Trauma, das zur Resignation leiten kann, oder zeichnet sich ein Verhalten der aktiven Opposition ab?

A.: Der Putsch verschärfte die Trennungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Einige Sektoren, wie die der freien Berufe oder die Kader (dieser Begriff wird vielfach auch für Funktionäre der kapitalistischen Wirtschaft gebraucht; Red. „Die Internationale“) oder die höheren Angestellten, die in der Epoche von Frei mit Dollars bezahlt wurden, sahen unter der UP-Regierung ihren Lebensstandard reduziert, auch wenn sie versuchten, dies durch den Schwarzmarkt wieder aufzuholen: Sie sind jetzt für die Junta eingestellt.

Aber auch einige Schichten des Kleinbürgertums, welche die UP eher zu kaufen als zu neutralisieren versuchte, wie z.B. die kleinen Händler oder gewisse neue Schichten des städtischen Kleinbürgertums, bilden eine Stütze für die faschistische Diktatur, indem sie zur Wiederaufnahme der ökonomischen Tätigkeit drängen. Aber durch die Ausdehnung der Kämpfe, durch die Tatsache, daß es in einer Reihe von

Sektoren einen Widerstand gibt, durch den Versuch, Formen eines Massenwiderstands zu organisieren, ergibt sich heute wieder eine Kampfbereitschaft in verschiedenen Schichten. Die chilenischen Arbeiter besitzen eine beinahe unerschöpfliche Reserve an Energie und an Kampfwillen. Die Repression bewirkt nichts anderes, als ihren Klassenhaß zu stärken.

F.: Welches sind heute die kurzfristigen und mittelfristigen Perspektiven der Junta? Welches sind ihre politischen und ökonomischen Grenzen?

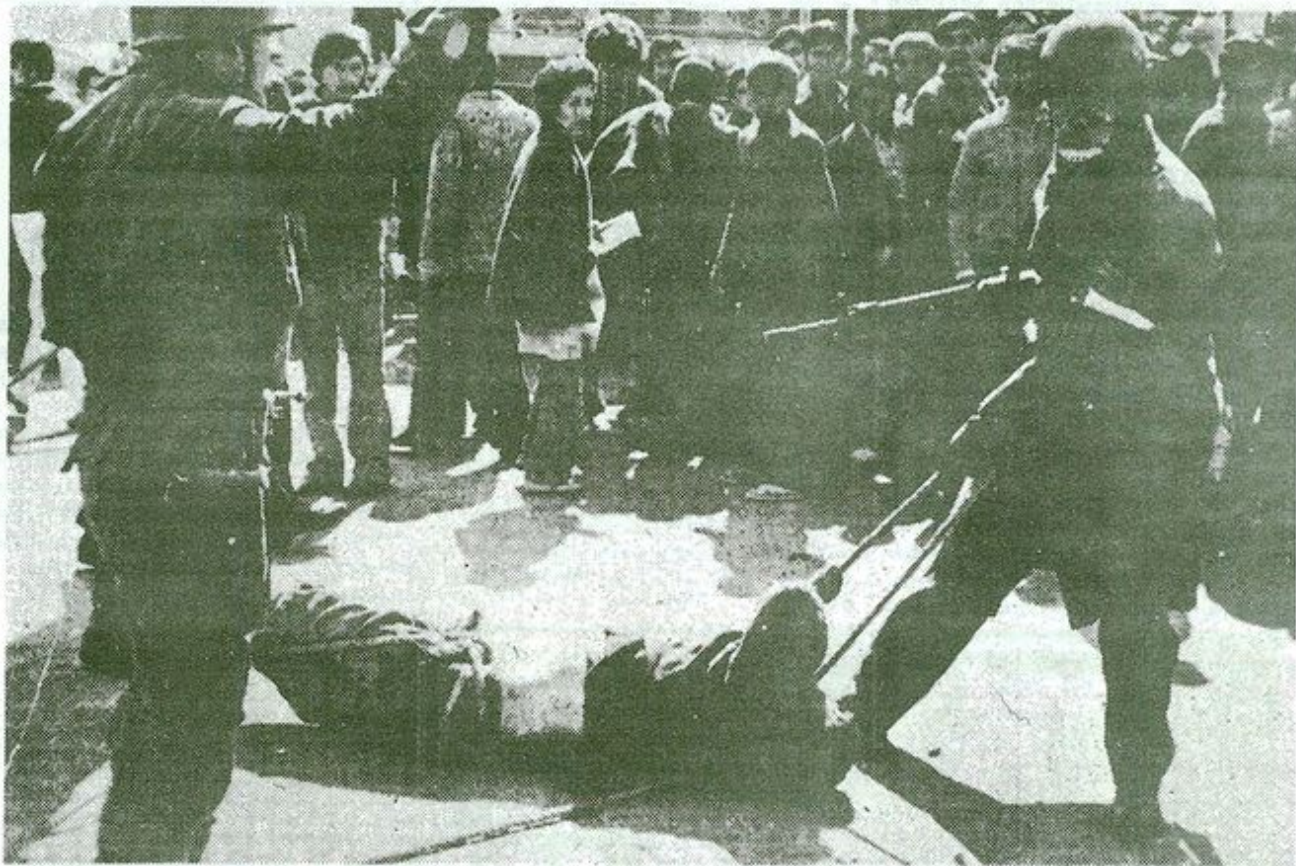
A.: Zwei Punkte des Programms der Junta sind klar. Der erste ist die massive Repression, die dreckige Arbeit, die sie historisch aufgenommen hat, und die die Bedingung für ihre Existenz ist. Der zweite Punkt ist das ökonomische Programm: Reduktion des Wechselkurses; Einwilligung in jede Form von Subvention, vor allem für die Landwirtschaft; Liberalisierung der Preise (das nennen sie „Preisrealis-

len wird, aber dafür die innere Stabilisierung erhält. Vom ökonomischen Standpunkt aus bedeutet das, die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals wieder zu beleben, wobei man den Konsum der Schichten des Bürgertums und des städtischen Kleinbürgertums (das die aktive soziale Basis der Faschisten bildet) privilegiert. Nun kamen dem „brasilianischen Wunder“ die materiellen ökonomischen Bedingungen (eine hohe Entwicklung) und die für die Massen ungünstigen politischen Bedingungen zustatten, eine sehr schwache Linke und eine praktisch nicht existierende extreme Linke (der Begriff der „extremen Linken“ wird in Italien nicht nur wie bei uns im Sinne der Bourgeoisie abwertend und als Hetze gebraucht, sondern er wird teilweise auch von den Revolutionären selbst, gleichbedeutend mit dem Begriff „revolutionäre Linke“, verwendet; Red. „Die Internationale“). Das ist aber in Chile nicht der Fall, wo die Politisierung sehr tief, die revolutionäre Bewegung stärker und die ökonomi-

te des Belagerungszustandes haben, und danach einen permanenten Zustand des Klassenkrieges.“

F.: Ist das der Grund, weshalb man sowohl in den Erklärungen der KP als auch in denen des MIR so sehr auf der Notwendigkeit eines Volkskampfes für Lohnforderungen und für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen beharrt?

A.: Das ist nicht der einzige Grund. Es steht mehr dahinter; es geht um das Überleben der Arbeiterklasse selbst. Die Pläne der Junta sehen vor, daß ein Drittel der Arbeiterklasse umgruppiert wird. Man muß sich für die physische Verteidigung der Klasse engagieren: für den Arbeitsplatz und für die Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen, um zu vermeiden, daß der laufende Prozeß zu einer Faschisierung im engen Sinne wird, wo das soziale Gedächtnis der Klasse zu existieren aufhört oder nur durch Formen der verzweifelten Gewalt ersetzt wird. Eine der Grundlagen, auf der der



Ein Opfer des volksfeindlichen Terrors wird von Junta-Soldaten weggeschleift

mus“), d.h. Inangsetzung von Preiserhöhungen zwischen 200 und 1800%, während die Erhöhung der Löhne auf ein Maximum von 100 % und auf einen Durchschnitt von 70 % beschränkt werden wird. Dies ist das brasilianische Muster und es beruht auf der Hypothese, daß, wenn man die Massen heftig schlägt, man zwar den Preis einer internationalen Reaktion (gemeint ist offensichtlich: Empörung; Red. „Die Internationale“) zah-

sche Lage weniger entwickelt als in Brasilien ist. Auch der internationale Zusammenhang ist für ein kleineres Land weniger günstig. Letzten Endes wird nur der brasilianische Subimperialismus von der chilenischen Situation profitieren können. Ich glaube nicht, daß die Junta gute Aussichten hat, weder kurzfristige noch mittelfristige. Nächstes Jahr wird Chile unregierbar sein. Pinochet selbst hat gesagt: „Wir werden zuerst acht Mona-

Widerstand beruhen muß, ist die Wiedervereinlichung des Proletariats; nicht nur, um über die reformistischen Vorschläge, über die Verteidigung der unmittelbaren Interessen hinauszugehen (denn es ist möglich, auch diesen Kämpfen einen antikapitalistischen Charakter zu geben), sondern auch, um die Führung über die von den Rechten, besonders von der DC, beherrschten Schichten zu erringen. In zweiter Linie ist es wichtig, die Vereinheitli-

chung der Linken zu begünstigen, indem man gemeinsam breite und für einen verlängerten Widerstand notwendige Kampfformen sowie eine ideologische Auseinandersetzung, eine politische Klärung entwickelt, so daß die in der Praxis aufgebaute Einheit vertieft wird. Und dazu darf man eine Analyse der Niederlage nicht auslassen, in die der Reformismus die Klasse geführt hat, indem man versucht, die rechte Abweichung innerhalb des Proletariats historisch zu besiegen. Das sind die Hauptgründe, weshalb der MIR diese Forderungen aufstellt, als einen wichtigen Bestandteil des Kampfes für die Vereinheitlichung der revolutionären Front.

F.: Gibt es eine Diskussion innerhalb des Widerstands, und worüber?

A.: Es genügt zu sagen, daß die Einheit im Kampf von einer Klärung über die jüngste Vergangenheit begleitet werden muß, um zu verstehen, daß wir uns noch vor zwei strategischen Linien befinden. Heute stellen sich die von den reformistischen Sektoren der Unidad Popular vor dem Putsch gesetzten Prioritäten – und zwar die Suche nach dem Dialog mit der DC – für sie mit größerer Kraft wieder. Diese Sektoren sind der Auffassung, daß die DC zur Opposition geschleppt werden wird, und daß es eine zwingende Notwendigkeit sei, eine breite Front gegen die Diktatur aufzubauen, die auch die Bourgeoisie mit einschließt. Was uns betrifft, so bleiben wir konsequent bei dem, was wir vor dem Putsch gesagt haben: wir müssen das Proletariat vereinheitlichen, einen Klassenblock unter proletarischer Hegemonie herstellen, bei dem es keinen Platz für eine Fraktion der Bourgeoisie geben darf. Dies umso mehr, weil die heutige Regierung unserer Auffassung nach deren historische Interessen vertritt. Wir haben eine Front aller Links-

kräfte ohne Ausnahmen vorgeschlagen; und diese Front hat sich gebildet. Aber trotz der inneren Trennung ist unsere Position alles andere als isoliert: sie verursacht ein positives Echo im MAPU, in der Sozialistischen Partei, in der Christlichen Linken und auch in bestimmten Sektoren der Kommunistischen Partei. Wir sind grundlegend überzeugt, daß wir in den Sektoren des Proletariats verlieren würden, was wir gewinnen könnten, wenn wir Bündnisse bei den Klassenfeinden suchen.

F.: Knüpft euer Vorschlag für eine Front der Linken gegen die Diktatur an der Volksfront-Erfahrung an, oder nicht?

A.: Wir sehen keine Zwischenphasen in der chilenischen Revolution. Sie hat eine proletarische und bäuerliche Dynamik, die zum Sozialismus führt, und die die Zerstörung des bürgerlichen Apparats durch einen verlängerten Krieg impliziert. Wir versuchen die Einheit des Proletariats zu organisieren, und wir wollen, daß die Einheit aller linken Parteien zu einer Klärung der Interessen der Arbeiterklasse hinleitet. Wir meinen nicht, daß der Widerstand sich eine Zwischenphase als Ziel stellen kann, und nicht einmal die Rückkehr zu den Bedingungen des Klassenzusammenstoßes in den vergangenen drei Jahren. Wir gehen davon aus, daß es die Bourgeoisie, daß es der Faschismus war, der den Krieg entfesselte, und wir organisieren den offenen und bewaffneten Kampf für die sozialistische Revolution. Eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie scheint uns völlig überholt. Wir denken, daß Parteien wie die DC oder sogar gewisse Teile der Linken keinen historischen Raum mehr in der Entwicklung des chilenischen Prozesses haben. Die Krise des Systems der bürgerlichen politischen Herrschaft in Chile hat Formen der bürgerlichen Herrschaft wie

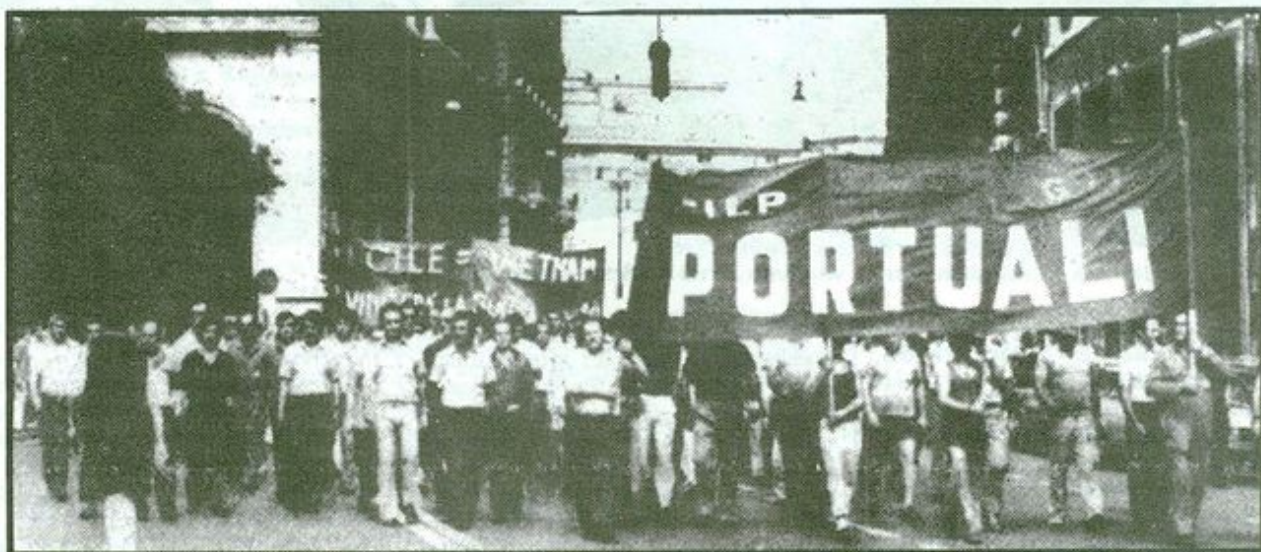
das alte Parlament auf den Müllhaufen der Geschichte geschoben. Ob man das will oder nicht, man wird nicht mehr dahin zurückkehren können.

F.: Was muß man für Chile tun? Welche Art Solidarität habt ihr nötig?

A.: Die Solidarität, die sich schon gezeigt hat, ist wichtig. Und da wir in Chile in einem langfristigen Kampf engagiert sind, ist ihr Wachstum nötig. Es ist vor allem eine materielle Solidarität mit allen Widerstandskämpfern notwendig; in zweiter Linie die Verbreitung und Popularisierung unseres revolutionären Kampfes und gleichzeitig ein permanenter Kampf für die internationale, diplomatische und ökonomische Isolierung der Junta. Außerdem gibt es für alle Revolutionäre der Welt eine Bilanz über die Erfahrung zu ziehen, die wir in diesen drei Jahren durchgemacht haben, über ihre Fehler und ihre Lücken, über den Reichtum der Massenbewegung und über die Dynamik des Aufbaus der revolutionären Avantgarden. ■

WAFFEN FÜR DEN MIR!

Unter der Parole „Waffen für den MIR“ führt „lotta continua“ in Italien eine Spendenkampagne zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Chile durch. Das Ziel ist, bis zum Jahresende 100 Millionen Lire (425.000 DM) zusammenzubringen. Bis Mitte November hatte die Spendensumme eine Höhe von 80 Millionen Lire (350.000 DM) erreicht.



Solidaritätsdemonstration der Arbeiter von Genua, Italien

Interview mit einem Genossen der chilenischen MAPU (Bewegung der vereinigten Volksaktion)

Die linke französische Zeitung „Politique Hebdo“ veröffentlichte am 25. Oktober ein Interview mit dem Vertreter des MAPU in Europa, das wir hier nachdrucken. Der MAPU gehörte von Anfang an dem Parteienbündnis der Unidad Popular an und war auch durch Vertreter direkt an der Allende-Regierung beteiligt. Im März dieses Jahres wurde der MAPU durch einen Coup der rechten Minderheitsfraktion gespalten. Beide nun selbständigen Flügel verblieben weiterhin bis zum Ende in der Unidad Popular: der linke Mehrheits-Flügel behielt den Namen MAPU bei (hierzu gehört auch der Genosse, der das folgende Interview gegeben hat); der rechte Flügel, der vor allem von der Führung der „KP“ Chiles und dem von Allende repräsentierten Teil der PS (Sozialistische Partei) unterstützt wurde, trat unter dem Namen „MAPU – Obrero y Campesinos“ (kurz: MOC) auf. Schon vor dem Putsch waren viele Genossen des MAPU ebenso wie die Genossen des MIR und des linken Flügels der PS der Verfolgung und Repression durch das Militär ausgesetzt. Dies geschah weitgehend „legal“ – auf der Grundlage eines Gesetzes zur „Kontrolle des privaten Waffenbesitzes“, das im Oktober 1972 vom chilenischen Parlament erlassen wurde. Die Allende-Regierung hatte es damals als ein „Versehen“ bezeichnet, daß dieses Gesetz nicht von ihr verhindert wurde. Die faschistischen Terror-Banden blieben natürlich, diese Erwähnung erübrigt sich schon fast, von der durch dieses Gesetz „legalisierten“ Militär-Repressionen ungeschoren.

Frage: Hatten die Parteien der Unidad Popular vor dem 11. September ein Bewußtsein über das Bestehen eines faschistischen Putsches; und vor allem: bereiteten sie sich darauf vor?

Antwort: Alle Parteien der Unidad Popular waren sich über die Möglichkeit eines Putsches im Klaren. Ich sage: über die Möglichkeit, nicht über das unmittelbare Bestehen; aber sie sahen nicht die genauen Formen voraus, die der Putsch annehmen würde. Tatsächlich waren sie sich vor allem über die Existenz einer schweren Krisensituation im Klaren, und das ist der Grund, weshalb die Unidad Popular am Freitag vor dem Putsch, am 7. September, eine Versammlung abhielt, auf der Allende drei Vorschläge zur „Lösung der Krise“ unterbreitete:

Eine Volksbefragung organisieren, den Dialog mit der DC (Christdemokratie) wieder aufnehmen, oder sich zum gewaltsamen Zusammenstoß zu entschließen. Am folgenden Tag, am 8. September, gaben die Parteien auf einer neuen Versammlung ihren Entschluß bekannt. Sie alle lehnten die Volksbefragung ab, nur Allende wollte sie nicht ausschließen. Vier Parteien – die KP, die Radikale Partei, die Unabhängige Volksaktion und der MOC (Rechtsflügel des MAPU) – schlugen den Dialog mit der DC vor und die sofortige Verabschiedung einer konstitutionellen Reform. Drei Parteien – die PS (Sozialistische Par-

tei, die MAPU und die IC (Christliche Linke) – meinten, daß man einen militärischen Zusammenstoß vorbereiten muß. Gegenüber dieser Uneinigkeit erklärte Allende, daß er seine Verantwortung unwiderrufbar auf sich nehmen würde (das heißt offenbar, daß Allende sich selbst die Entscheidung darüber vorbehalten wollte – Red. DIE INTERNATIONALE). Die drei letztgenannten Parteien, die den linken Flügel innerhalb der Unidad Popular bildeten, sahen freilich den Putsch voraus, aber für eine spätere Zeit und unter anderen Bedingungen; sie rechneten mit einer Spaltung der Armee und folglich mit der Möglichkeit, Widerstandszentren und befreite Gebiete herzustellen, die es den Parteien und den Massen ermöglicht hätten, sich als Kämpfer zu erweisen.

Damit der Zusammenstoß siegreich sein kann, hielten wir das Zusammentreffen von drei Bedingungen für notwendig. Die erste ist eine genügende Organisation der Massen, die den Keim der Staatsmacht des Volkes ankündigt: Das Entstehen dieser Massenorganisation konnten wir in den „Cor-dones industriales“ und in den „Comandos Comunales“ verfolgen, die sich noch in einer Aufbauphase befanden, und die noch keine allgemeine politische Linie entwickelt hatten, sondern die auf ihrem Niveau noch die Widersprüche innerhalb der Unidad Popular widerspiegeln. Sie

kündigten aber eine höhere Form der Organisation an, die sie in zwei oder vier oder noch mehr Monaten hätten erreichen können. Die zweite Bedingung, um die Schlacht zu gewinnen, war die Spaltung der Armee. Es ist schwierig, genaue Informationen darüber zu haben, denn in Santiago wußte man nicht, was im übrigen Land passierte; und umgekehrt ebenso. Aber zweifelsohne gab es eine sehr tiefe Überraschung und Enttäuschung darüber, daß es zu keinem bedeutenden Widerstand innerhalb der Armee kam (1). Die dritte und letzte Bedingung war die Schaffung einer „Partei der Revolution“, einer Partei, die von den Massen gefordert und aufgebaut wurde, indem sie die Politik der Regierung überholten und immer häufiger über deren Aktionen hinausgingen.

Was den Putsch betrifft, so hatten die Parteien sehr genaue Hinweise darüber erhalten: sie wußten, daß etwas zwischen dem 8. und 12. September passieren sollte, aber sie hatten diese Hinweise als Ankündigung einer Hausdurchsuchungsaktion seitens der Armee verstanden, unter dem Vorwand, das „Gesetz zur Waffenkontrolle“ anzuwenden. Erst am Abend des 10. September wurden diese Hinweise ernstgenommen. Zu jenem Zeitpunkt bestand Allendes Taktik darin, auf seine tatsächliche Fähigkeit zu rechnen, die Armee zu spalten. Dazu will ich eine bedeutungsvolle Anekdote erzählen. Nach dem Putsch erklärte der Staatssekretär der Junta, daß das Militär am Vormittag des 11. September deshalb nicht zu einem Gespräch mit Allende gegangen war, weil es „fürchtete, daß dem Präsidenten die Spaltung gelingen könnte“.

Um die Lage vor dem 11. kurz zusammenzufassen: die UP-Linke, und wahrscheinlich auch die MIR, hatten mit der Mobilisierung der Massen begonnen, was sich u.a. in der Rede widerspiegelte, mit der der Generalsekretär der PS, Carlos Altamirano, am 9. September das Volk dazu aufforderte, zur Offensive überzugehen und jede Zusammenarbeit mit der DC abzulehnen. Was die KP und den gemäßigten Sektor der Unidad Po-

pular – und vor allem Allende – betrifft, so hatten diese die Möglichkeit eines Zusammenstoßes eindeutig zurückgewiesen: es ist aber schwierig zu sagen, ob der Grund darin lag, daß sie das Kräfteverhältnis für ungünstig hielten, oder darin, daß sie von vornherein auf einen Zusammenstoß verzichteten.

Frage: Wie reagierten die verschiedenen Teile der Unidad Popular und des MIR bei der Ankündigung des Putsches und welche Direktiven gaben sie ihren Genossen?

Antwort: Gegen Ende des Vormittags am 11. September, als jeder klar sehen konnte, worum es ging, lauteten die allgemeinen Direktiven an die Genossen auf einen „taktischen Rückzug“. Das stimmt ziemlich genau, glaube ich, für die KP. Und es trifft zu für den MAPU und den MIR; und auch für die PS, die aber den Befehl einige Stunden später gab.

In der Tat, als man die Truppenbewegung gegen 8 oder 9 Uhr am Vormittag gesehen hat, waren die Parteien nicht überzeugt, daß es sich um einen wirklichen Putsch ohne Spaltung in der Armee handelte; und in einigen Fällen gaben sie den Befehl, die Arbeitsplätze zu erreichen und mit Massenaktionen, aber nicht

und viele starben – oder wurden gefangen genommen.

Als die Parteien sich über die Schwere der Lage im Klaren wurden, über den Zusammenhalt der Armee und folglich über die Aussichtslosigkeit eines Widerstandes in der gegebenen Situation, wurde der Befehl des Rückzugs von allen Parteien angenommen. In den folgenden Tagen gab es nur eine eigentliche gegenoffensive Aktion, und zwar in Valparaíso, aufgrund der Initiative des MIR, soviel ich weiß. Überall in den anderen Teilen des Landes gab es freilich Schießereien, aber diese waren vor allem isolierten Gruppen und nicht parteigebundenen zuzuschreiben.

Frage: Wie handelten die verschiedenen Parteien der Unidad Popular und der MIR, um den Widerstand technisch und strategisch zu organisieren? Wie weit sind sie in diesem Augenblick?

Antwort: Seit den ersten Tagen bildete sich ein Kommando des Widerstandes, das alle Parteien der Unidad Popular, den MIR und die USOPO (Fraktion der PS) vereinigt. Aber es handelte sich bis dahin nur um eine Gruppierung auf Führungsebene für die unmittelbare Aktion; die politi-

gischen Kampf gefunden wird. Jetzt scheint eine solche Bedingung noch nicht vorhanden zu sein.

Jetzt finden zweiseitige Gespräche zwischen den Parteien statt, und was uns betrifft, wir haben Gespräche geführt mit der PS und dem MIR. Unsere Position stützt sich jetzt auf die folgende Analyse: In erster Linie meinen wir, daß wir uns allgemein in Chile immer noch in einer vorrevolutionären Zeit befinden, aber daß wir in diesem Augenblick in einer Situation des Rückzuges der Massen sind; für uns geht es wesentlich darum, eine massive Aktion des politischen Widerstands gegen die faschistische Junta zu schaffen, und dafür eine militärische Stütze zu geben. Nur dann wird sich ein wirklicher bewaffneter Widerstand rechtfertigen können, in der wahrscheinlichen langfristigen Perspektive eines verlängerten Volkskrieges.

Frage: Es scheint, daß das Dokument der KP mehr im Ausland als im Inland benutzt wurde. Kannst du uns dazu etwas Genaueres sagen?

Antwort: Das Dokument der KP soll laut Informationen, die in den französischen Zeitungen veröffentlicht wurden, in Chile am 11. Oktober



Gefesselt und erschlagen schwammen die Opfer der Junta im Mapacho-Fluß

mit militärischen Aktionen, zu beginnen. Auch die Bevölkerung, vor allem in der Stadtmitte von Santiago, in der Nähe von La Moneda, wo ein Gebiet von Banken und großen Bürogebäuden ist, reagierte, als ob es sich um einen neuen 29. Juni handelte, um einen Putschversuch, und mobilisierte sich folglich an den Arbeitsplätzen. Die Leute, die sich dort befanden, verteidigten sich gegen das Militär,

sche Vereinbarung über die zu verfolgende militärische Strategie war noch in der Diskussion.

Das Problem ist das folgende. Vor dem Staatsstreich gab es einen ersten ideologischen Kampf innerhalb der chilenischen Linken, und dieser Kampf wird fortgeführt. Die Parteien müssen nur in dem Maße an eine Vereinheitlichung, an eine einzige Front denken, wie eine Lösung im ideolo-

verbreitet worden sein. Persönlich war ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr dort, und deshalb kann ich nicht bezeugen, ob das zutrifft. Aber nach den Mitteilungen der Genossen – der Kader unserer Partei –, die in diesen Tagen aus Chile herausgekommen sind, soll diese Erklärung nicht bekannt sein – auf jeden Fall nicht mehr, als die Erklärung des MIR-Sekretärs Enriquez.

Das läßt viele Zweifel daran aufkommen, ob die Art und Weise richtig ist, wie der ideologische Kampf in Chile und innerhalb der chilenischen Linken vom Ausland her dargestellt wird; und man kann sich fragen, bis zu welchem Punkt die Benutzung dieses ideologischen Kampfes außerhalb von Chile in einem Zusammenhang, der nicht der chilenische ist, der Aktion des revolutionären Kampfes in Chile oder des revolutionären Kampfes in Frankreich, in Italien usw. mehr schadet als nützt.



Genossen des MIR

gische Kampf nahm auch viel schärfere Formen an.

Darüberhinaus haben wir in den letzten Monaten – besonders, als man nach dem 29. Juni begonnen hatte, von einer möglichen Aktion des Militärs zu sprechen, und nachdem die KP selbst ihre Basis darüber informiert hatte – auf dieser Ebene ein Phänomen des Zweifels, fast der inneren Zersetzung und der Wiederinfragestellung der von der Führung vorgenommenen Analyse feststellen können.

ben. Man muß ein positives Element hinzufügen: daß die Parteien unberührt geblieben sind (3). Gewiß sind ihre Verbindungen zur Massenbewegung schwierig, und die Ursache dafür liegt in dem Wüten der Repression; aber das Problem für uns besteht darin, dieser Repression zu widerstehen und sozusagen schneller als sie zu sein, indem wir eine Massensoffensive starten, bevor diese Repression die Zeit gehabt hat, zu einer wirksamen und intelligenten Phase zu gelangen, die nicht mehr wie bis jetzt nur blind die Massen, sondern gezielt die Kader und die Parteistrukturen treffen würde. Von unserer Fähigkeit, diese schwierige Periode zu bestehen und eine Massenbewegung zu organisieren, die notwendigerweise von einer militärischen Aktion begleitet werden muß, hängt das Schicksal unseres revolutionären Kampfes ab und die Möglichkeit, einen langdauernden und letztlich siegreichen Volkskrieg zu starten. Ich meine, daß wir in dieser Perspektive drei Phasen unterscheiden können. Eine defensive Phase, in der wir uns heute befinden; eine Phase des Gleichgewichts und eine Phase des Aufstandes, in der wir siegen wollen. Ich meine, daß die Perspektive, die sich heute der chilenischen Linken eröffnet, sich mit einer allgemeinen Perspektive verknüpft, die die argentinische und uruguayische Linke und die Linke in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern schon kennt.

Das stellt uns erneut dem Problem gegenüber, worauf Che Guevara bereits dringend hingewiesen hatte: das Problem der kontinentalen Revolution in ganz Lateinamerika, und nicht mehr nur auf nationaler Ebene. Damit wird auch die allgemeine Strategie der Linken auf internationaler Ebene wieder in Diskussion gesetzt.

Diese Position korrespondiert größtenteils mit der strategischen Linie, d.h. mit der innerhalb der PS führenden Linie. Aber wir meinen, daß die Organisationsform der PS bislang unzureichend ist. Wir haben sicher viele Übereinstimmungen mit dem MIR, aber ich kenne die Position des MIR nicht so ausführlich und ich kann auch nicht den Genauigkeitsgrad des Interviews seines Generalsekretärs Enriquez einschätzen, das von „Liberation“ am 16. und 17. Oktober veröffentlicht wurde.

Was das in „L'Humanité“ vom 15. Oktober veröffentlichte Dokument der KP Chiles betrifft (2), so scheint es uns in bestimmten Punkten vage zu sein, und in bezug auf das Bündnis, das die KP mit der DC sucht, scheint es uns nicht vernünftig. Ich spreche selbstverständlich nicht von der Basis der DC, mit der wir enge Kontakte haben und eine gemeinsame Wider-

Frage: Man spricht von einer Linken innerhalb der KP, die vom CUT und von der Jugendorganisation vertreten sein soll. Was denkst du darüber?

Antwort: Man weiß, und man hat mehrfach gesehen, daß Widersprüche innerhalb der KP existieren. Zum Beispiel wurde im Verlauf des letzten Plenums der KP, wo das Zentralkomitee und die Regionalsekretäre versammelt waren, der von Corvalan vorgetragene Bericht von der Basis nicht gebilligt und die Diskussion darüber auf den Kongreß verschoben, der für Ende des Jahres einberufen war. Wenn meine Informationen stimmen, war Corvalan schließlich selbst nicht mehr mit seinem eigenen Bericht einverstanden. Gewiß gab es taktische Differenzen – ich glaube nicht an strategische Differenzen – zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der KP, und insbesondere zwischen dem CUT und der Jugendorganisation einerseits sowie gewissen Sektoren des Apparats andererseits. Dieser ideologische Kampf drückte sich auch in den verschiedenen Gebieten des Landes aus, wo einige Sektionen eindeutig linker waren als andere, und dieser ideolo-

gen. Tatsächlich hatte die KP immer die These verteidigt, daß das Militär verfassungstreu sei, und eines Tages mußte sie ihre Basis doch über die Möglichkeit einer umstürzlerischen Aktion der Armee informieren. Diese Widersprüche bereiteten den Militanten eine gewisse Zahl von Problemen. Oft hat man auch Basis-Militante der KP an der Arbeit von Militanten anderer Parteien teilnehmen sehen, in völligem Einverständnis mit ihnen, und selbst in, freilich punktuellen, Aktionen, die einen bestimmten Widerspruch zur allgemeinen Linie der Führung widerspiegeln.

Frage: Wie siehst du die Entwicklung des Widerstands?

Antwort: Soweit man das in diesem Augenblick überhaupt beurteilen kann, wo die Parteien dabei sind, ihre ideologische Auseinandersetzung weiterzuführen und ihre Strategie zu bestimmen, scheinen uns doch gewisse Probleme klar zu sein. Wie ich schon gesagt habe, meinen wir, daß der vorrevolutionäre Charakter der vorangegangenen Periode weiterhin besteht, daß wir aber andererseits wegen der heutigen Lage eine Phase des Rückflusses der Massenbewegung erle-

standsfront bilden können (was wir übrigens vorschlagen), aber wir rechnen absolut nicht auf die Führung der DC und auch nicht auf bestimmte Sektoren von ihr, obwohl es dort ernste Widersprüche gibt, und obwohl wir die Erklärungen von Tomic und Leighton z.B. für sehr positiv halten, wo sie den Putsch mißbilligen. Aber wir denken nicht an eine durch die DC erweiterte demokratische Front als gegenwärtig sinnvolle Aktionsform, wie es die KP vorschlägt. Ich muß hinzufügen, daß unsere Beziehungen zur KP noch nicht geklärt sind, und daß ich die letzten Ergebnisse der laufenden Diskussion nicht kenne.

Anmerkungen:

(1) Daß die Hoffnung auf eine Spaltung der Armee aufgrund der bisherigen Entwicklung und der Propaganda der Linken realistisch gewesen sei, wird (in unterschiedlicher Betonung) anscheinend nicht

nur vom rechten, sondern auch vom linken Flügel der UP (und auch vom MIR?) behauptet. Es gibt z.B. in der Zeitung „Chile Hoy“ von vor dem Putsch mehrere Artikel in dieser Richtung: in Form von Interviews mit (antifaschistischen) Unteroffizieren und Soldaten, in Form von Enthüllungen über Repressionen innerhalb der Armee gegen antifaschistische bzw. antiputschistische Truppenteile usw. (vgl. dazu z.B. die Übersetzungen, die in der vom SB herausgegebenen Broschüre „Dokumente zur Entwicklung in Chile“ veröffentlicht worden sind.)

(2) Ein Auszug dieser Erklärung der „KP“ Chiles findet sich im ARBEITERKAMPF Nr. 35.

(3) „Daß die Parteien unberührt geblieben sind“, ist wohl eine übertriebene Formulierung, auch wenn man die Einschränkung hinzunimmt, wonach „ihre Verbindungen zur Massenbewegung“ nunmehr aber „schwierig“ (erschwert?) sind. Hier besteht unseres Erachtens auch ein Widerspruch zu anderen Aussagen des Interviews, z.B. dazu, was der MAPU-Genosse selbst ausführt, daß der Militärputsch im konkreten (seiner Form, sein Zeitpunkt usw.) überraschend für die Parteien der UP (und – wohl aber in geringerem Maße – auch für deren lin-

ken Flügel) gekommen ist. Das kann natürlich nur heißen, daß man eben nicht (genügend) darauf vorbereitet war. In einer derartigen Situation ist es völlig unmöglich, daß die Parteien der UP „unberührt“ geblieben sind. Auch die übrigen zu uns gekommenen Informationen widersprechen dem ja energisch.

Offensichtlich (gerade wenn wir dem die anderen Aussagen desselben Interviews gegenüberstellen) will der MAPU-Genosse damit wohl aussagen, daß es der Militärjunta nicht gelungen ist, die Parteien der Linken zu zerschlagen. Richtiger (und realistischer) scheint uns dies aus dem Interview des MIR-Genossen hervorzugehen: „Die Repression traf in viel größerem Maße die Massenorganisationen als die Parteien, und sie traf viel mehr die Reformisten als die Revolutionäre, denn die ersten waren politisch nicht darauf vorbereitet, einer Situation wie der heutigen zu begegnen, und auch nicht darauf, auf einen Staatsstreich zu antworten.“ Auch für seine eigene Organisation stellte der MIR-Genosse unter Vermeidung einer übertriebenen absoluten Aussage („blieben unberührt“) fest: „Was den MIR betrifft, so funktioniert der größte Teil unseres Apparats und wir haben sehr wenige Verluste gehabt.“



Erklärung der KP Chiles nach dem Putsch

Die revisionistische „KP“ Chiles hat am 11. Oktober eine Erklärung „An das chilenische Volk“ veröffentlicht. Wir drucken hier eine längere Passage nach (Übersetzung aus der italienischen Zeitung „l'Unità“ vom 14. Oktober) und kommentieren sie.

„Das Volk wird an die Regierung zurückkehren, und es wird nicht verpflichtet sein – soviel ist sicher – die institutionelle Situation wiederherzustellen, die bis gestern bestand. Es wird demokratisch eine neue Verfassung erlassen, neue Gesetzbücher, es wird neue Machtorgane schaffen, einen Staat, der dem vom Putsch begraben überlegen ist. In einem solchen Rechtsstaat werden alle religiösen Bekenntnisse respektiert werden, es wird Pluralismus geben, aber es wird keinen Rechtsschutz geben für den Faschismus, für Wirtschaftsverbrechen und aufrührerische Aktivität. Nachdem, was geschehen ist, hat das Volk auch das Recht, sich die Schaffung bewaffneter Streitkräfte und einer Polizei neuen Typs zum Ziel zu setzen, oder mindestens aus den militärischen Institutionen, aus den Reihen der Carabinieri und der Polizei, die reaktionären Elemente zu entfernen, um sicherzustellen, daß sich in Chile niemals wiederholen wird, was jetzt passiert ist. Das Land geht nicht umsonst durch die schmerzliche Erfahrung, die es jetzt durchlebt...“

Diese und andere Probleme müssen von allen revolutionären und demokratischen Kräften überprüft werden, um hierüber und über andere Themen zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen. Es wird nötig sein, unentbehrlich, auch eine kritische und selbstkritische Prüfung der fast drei Regierungsjahre der Volksregierung vorzunehmen. In dieser Periode wurden große Dinge verwirklicht, aber auch schwere Fehler begangen. Sehr ernste Schäden wurden verursacht durch die Positionen und Aktivitäten der extremen Linken, wie auch durch reformistische Tendenzen, die in diesem oder jenem Moment

sogar in der Aktion der Volksregierung auftraten. Die Chilenische KP ist völlig überzeugt, daß ihre Haltung der einschränkungslosen Verteidigung der Volksregierung, ihre Bemühungen bei der Suche nach Verständigung mit anderen demokratischen Sektoren, vor allem an der Basis, ihre Anstrengungen, um den Mittelschichten der Bevölkerung Sicherheit zu geben, ihre Aktion mit dem Zweck, das Feuer auf den Hauptfeind zu konzentrieren – Imperialismus und äußerster Reaktion –, ihre Beharrlichkeit bei der Stärkung der Einheit zwischen Sozialisten und Kommunisten, der Einheit der Arbeiterklasse und der Verständigung zwischen allen Parteien der Unidad Popular, ihre Sorge um Steigerung der Produktion und der Produktivität, Selbstfinanzierung der Unternehmen des gesellschaftlichen Sektors und höchste Arbeitsdisziplin, eine insgesamt korrekte allgemeine Politik kennzeichnen. Das schließt jedoch nicht aus, daß es in ihrer Aktion Schwächen und Irrtümer gegeben hat. Andererseits meinen wir, daß dies nicht der geeignete Moment ist, um die Fehler zu diskutieren, die von der Regierung oder der Unidad Popular insgesamt oder jedem ihrer politischen Sektoren im einzelnen begangen wurden. Jedes Ding zu seiner Zeit. Den Akzent jetzt auf diese Diskussion zu legen, könnte der Einheit zwischen den Volksparteien Schaden zufügen, im Moment, in dem das Hauptproblem gerade darin besteht, ihre Einheit aufrecht zu erhalten und zu entwickeln, um gegen die Militärdiktatur Front zu machen und mit einheitlichem Geist auf die neuen Aufgaben zu antworten, die vor der Arbeiterklasse und dem Volk stehen...“

Die chilenische Arbeiterbewegung hat eine Niederlage erlitten. Um sich von dieser Niederlage zu erholen und zum Gegenangriff gegen

Imperialismus und einheimische Reaktion übergehen zu können, müssen zunächst einmal die Ursachen der Niederlage eingeschätzt werden, einschließlich der Auseinandersetzung über Fehler der Unidad Popular, der Linken außerhalb der UP etc. Wie kann man denn ohne solche Auseinandersetzung eine „Einheit“ der verschiedenen anti-faschistischen und revolutionären Kräfte herstellen? Auf welcher Basis soll diese Einheit beruhen? Auseinandersetzung steht zur Einheit nicht im Widerspruch, sondern ist im Gegenteil eine elementare Voraussetzung, um eine wirkliche Einheit zu erreichen.

Was soll man dagegen von einer Partei halten, die „im Interesse der Einheit“ ihre eigenen schweren Fehler und die Fehler anderer Parteien, die zur Niederlage der chilenischen Arbeiterbewegung und der UP-Regierung beitrugen, zu verdecken trachtet mit dem pharisäischen „Argument“: für gründliche Selbstkritik ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, weil die Einheit wichtiger ist.

Allerdings können sich auch die chilenischen Revisionisten der Einsicht nicht verschließen, daß nach dem Putsch die „demokratischen Institutionen“ an Glaubwürdigkeit verloren haben, und sich die Frage der Schaffung einer neuen Staatsmacht stellt. Hierzu hätte es jedoch nicht erst die opfervolle Erfahrung des Putsches brauchen müssen. Man muß sogar zweifeln, ob nicht die chilenischen Revisionisten nach einer Phase der „Normalisierung“ ganz und gar zu ihrem früherem Reformismus zurückkehren werden. In diese Richtung weist ein Ausspruch des Mitglieds des ZK der „KP“ Chiles, Volodia Teitelboim: „Der chilenische Weg bleibt im wesentlichen gültig.“ ■

WIE DIE INDONESISCHE KP NACH DEM FASCHISTISCHEN MILITÄRPUTSCH 1965 IHRE FEHLER KRITISIERTE

1965 ergriffen rechtsgerichtete, proimperialistische Militärs in Indonesien durch einen Putsch die Macht. Dadurch wurden der antiimperialistischen Bewegung, besonders der Kommunistischen Partei (PKI) schwere Schläge versetzt. Zehntausende von PKI-Mitgliedern wurden ermordet, darunter auch sechs von sieben Politbüromitgliedern. Bis zum Putsch war die PKI die zahlenmäßig stärkste Kommunistische Partei außerhalb des sozialistischen Lagers gewesen: drei Millionen Mitglieder sowie mehrere Millionen Sympathisanten in Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Bauernverband und Jugendverband. Die PKI hatte bis dahin eng mit der antiimperialistischen bürgerlichen Regierung Sukarnos zusammengearbeitet und geglaubt, auf diesem Wege — ohne bewaffnete Auseinandersetzungen — zum Sozialismus zu kommen.

Nach dem Putsch entwickelte die PKI eine gründliche Selbstkritik. Das unterscheidet sie zweifellos von den Revisionisten, für die auch das gescheiterte „chilenische Experiment“ nur ein Grund ist, sich neue Sophistereien und Haarspaltereien über den „friedlichen Weg“ auszudenken. Gerade im Zusammenhang mit den Ereignissen in Chile scheinen uns die indonesischen Erfahrungen erneut aktuell.

Wir drucken hier einen relativ kurzen Auszug aus der Selbstkritik des Politbüros des ZK der PKI vom September 1966 (Übersetzung durch uns nach einem englischen Text; eine vollständige Übersetzung wird vorbereitet).

Die Hauptfehler auf politischem Gebiet

Rechtsopportunismus auf politischem Gebiet zeigt sich zuerst und vor allem in der Frage des einzuschlagenden Weges, „friedlicher Weg“ oder Weg der Revolution, um in Indonesien die Volksdemokratie als Übergangsstadium zum sozialistischen System zu erreichen. Eine der grundlegenden Differenzen und Auseinandersetzungen zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus (sowohl klassischem wie modernem) liegt genau in der Frage des Wegs zum Sozialismus. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß der Sozialismus auf dem Weg der proletarischen Revolution erreicht werden muß, und daß im Falle kolonialer oder halb-kolonialer und halb-feudaler Länder wie Indonesien, der Sozialismus erreicht wird, indem zuerst die Etappe der volksdemokratischen Revolution vollendet wird. Dagegen träumt der Revisionismus davon, den Sozialismus auf dem „friedlichen Weg“ zu erreichen.

Wie sind diese Fehler entstanden und haben sich entwickelt? 15 Jahre lang seit 1951 hat die PKI einen legalen und parlamentarischen Kampf geführt. Legal und parlamentarischer Kampf ist eine Methode, die von einer revolutionären proletarischen Partei in einer bestimmten Situation und unter gewissen Bedingungen angewendet werden muß, wie Lenin in seinem Werk „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ erklärt. Den parlamentarischen

Kampf zurückzuweisen, wenn er nötig ist, und mit der Revolution zu spielen, wenn die Bedingungen noch nicht reif sind, ist ein Fehler.

Der parlamentarische Kampf als eine Form des legalen Kampfes, den die Partei seit 1951 führte, war im wesentlichen korrekt und in Übereinstimmung mit den objektiven Bedingungen zu jener Zeit. Das waren folgende: die revolutionäre Welle war abgeebbt, die Triebkräfte der Revolution waren noch nicht wieder erwacht, und die große Mehrheit des Volkes, die vor der August-Revolution (gemeint ist die antiimperialistische Revolution gegen den niederländischen Kolonialismus von 1945 — Anm. AK) niemals politische Unabhängigkeit genossen hatte, war noch befangen in Hoffnungen auf die bürgerliche Demokratie.

Während der Anfangsjahre dieser Periode hatte unsere Partei gewisse Resultate im politischen Kampf sowie im Parteiaufbau erreicht. Eine wichtige Errungenschaft dieser Periode war die Formulierung der Hauptprobleme der indonesischen Revolution. Es wurde formuliert, daß die gegenwärtige Etappe der indonesischen Revolution die einer bürgerlich-demokratischen Revolution neuen Typs war, deren Aufgabe es war, den Imperialismus und die Reste des Feudalismus zu liquidieren und ein volksdemokratisches System als Übergangsstadium zum Sozialismus zu errichten. Die Triebkräfte der Revolution waren die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Kleinbourgeoisie; die führende Kraft der Revolution war die Arbeiterklasse und ihre Haupt-

stärke war die Bauernschaft. Es wurde auch formuliert, daß die nationale Bourgeoisie eine schwankende Kraft der Revolution war, die bis zu bestimmten Grenzen und zu bestimmten Perioden an der Seite der Revolution gehen könnte, aber zu anderen Zeiten die Revolution verraten wurde. Die Partei formulierte außerdem, daß die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer Pflicht als Führer der indonesischen Revolution eine revolutionäre Einheitsfront mit anderen revolutionären Klassen und Gruppen schmieden müsse, mit dem Arbeiter-Bauern-Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse als Basis.

Jedoch gab es einen bedeutenden Mangel, der sich später zu Rechtsopportunismus oder Revisionismus entwickelte: die Partei war noch nicht zur klarsten Einheit über die prinzipiellen Mittel und die Hauptform des Kampfes der indonesischen Revolution gekommen. Das ZK der Partei hatte dieses Problem einmal in großen Linien diskutiert, jedoch in der folgenden Periode dieses Problem nicht mehr intensiv diskutiert, um ein Höchstmaß an korrektem einheitlichen Verständnis zu erlangen, als Voraussetzung um ein korrektes einheitliches Verständnis in der ganzen Partei zu erreichen.

Es ist ein großer Fehler für eine Partei mit historischer Mission zur Führung einer Revolution wie die PKI, wenn sie die Frage der prinzipiellen Mittel und der Hauptkampfform der Revolution nicht zu einem Problem macht, das die gesamte Partei angeht, sondern vielmehr zu einem Problem, das einige wenige Personen in der Führung und gewisse Kader in der Partei angeht. So war die Mehrheit der Partei passiv gemacht gegenüber diesem wichtigen Problem der Revolution.

Obwohl die Führung der indonesischen Revolution die Arbeiterklasse ist, ist doch ihre Massenstärke die Bauernschaft. Angesichts der kleinen Zahl der Arbeiterklasse in Indonesien können Methoden des Kampfes der Arbeiterklasse wie Generalstreiks (die das Erwachen anderer Triebkräfte der Revolution leiten und sich später in einen bewaffneten Aufstand entwickeln, wie im Fall der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905), nicht die Hauptkampfform der indonesischen Revolution sein.

Die chinesische Revolution hat die Hauptform des Kampfes der Revolution in kolonialen oder halb-kolonialen und feudalen Ländern gelehrt, nämlich der bewaffnete Kampf des Volkes gegen die bewaffnete Konterrevolution. Dem We-

sen der Revolution als Agrarrevolution entsprechend ist dann das Wesen des bewaffneten Volkskampfes der bewaffnete Kampf der Bauern in einer Agrarrevolution unter Führung der Arbeiterklasse. . .

Die Agrarrevolution, die in der gegenwärtigen Etappe das Wesen der indonesischen Revolution ist, ist keine Agrarreform bürgerlicher Art, die nur den Weg ebnet für die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande. Diese Revolution wird Farmerbeiter, arme Bauern und mittlere Bauern von der feudalen Unterdrückung durch fremde und einheimische Landherren befreien, indem sie den Boden der Landherren beschlagnahmt und ihn kostenlos verteilt an die einzelnen Farmerbeiter und armen Bauern als Privatbesitz. Solch eine Revolution wird nur mit Waffengewalt unter Führung der Arbeiterklasse siegreich sein. Diese Revolution kann nicht von außen aufgezwungen werden. Sie wird ausbrechen auf der Basis des hohen Bewußtseins und der Überzeugung der Bauern selbst aufgrund ihrer eigenen Kampferfahrungen und ihrer Erziehung durch die Arbeiterklasse.

Es ist klar, daß in einer Situation, wo die Bedingungen für eine Revolution noch nicht da waren, die Aufgaben der PKI sein mußten, die Parteimitglieder, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft hinsichtlich der Hauptkampfformen der indonesischen Revolution zu erziehen — durch politische, agitatorische und propagandistische ebenso wie durch organisatorische Arbeit. Alle Formen legaler und parlamentarischer Arbeit mußten den prinzipiellen Mitteln und der Hauptkampfform dienen und durften keinesfalls den Reifeprozess des bewaffneten Kampfes behindern.

Die Erfahrungen der letzten 15 Jahre lehren uns, daß die Partei damit begann, den „friedlichen Weg“ nicht entschieden zurückzuweisen und sich nicht entschieden an das allgemeine Gesetz der Revolution in kolonialen oder halb-kolonialen und halb-feudalen Ländern zu halten; und daß sie schließlich schrittweise in parlamentarischen und anderen Formen des legalen Kampfes versumpfte. Die Parteiführung hielt diese Kampfformen sogar für die Hauptkampfformen zur Erreichung der strategischen Ziele der indonesischen Revolution. Die Legalität der Partei wurde nicht als eine Methode des Kampfes zu gegebener Zeit und unter gewissen Bedingungen angesehen, sondern vielmehr als ein Prinzip betrachtet, während andere Kampfformen diesem Prinzip dienen sollten. . .

Wie oben festgestellt, begann der „friedliche Weg“ sich fest in der Partei einzunisten, nachdem die 4. Vollversammlung des ZK der PKI (1956) ein Dokument beschloß, das die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU billigte. In einer Situation, wo die revisionistische Linie schon fest in der Partei etabliert war, war es unmöglich, eine korrekte marxistisch-leninistische Linie in Strategie und Taktik zu haben. Die Festlegung der Hauptlinien der Strategie und Taktik der Partei begann mit einer Zweigleisigkeit zwischen „friedlichem Weg“ und „Weg der bewaffneten Revolution“, wobei schließlich der „friedliche Weg“ die Oberhand gewann. . .

Um zu beweisen, daß der verfolgte

Weg nicht der opportunistische „friedliche Weg“ war, sprach die Parteiführung stets von zwei Möglichkeiten, nämlich der Möglichkeit eines „friedlichen Weges“ und der Möglichkeit eines nicht-friedlichen Weges und daß, je besser die Partei sich darauf vorbereitete, einer nicht-friedlichen Entwicklung zu begegnen, umso größer die Möglichkeit eines „friedlichen Weges“ sein würde. Tatsächlich zeigt das die Zweigleisigkeit, die von der Parteiführung über den einschlagenden Weg betrieben wurde. Auf diese Weise wurde die Hoffnung auf einen „friedlichen Weg“, die in Wahrheit nicht existierte, stetig in die Köpfe der Parteimitglieder, der Arbeiterklasse und der Massen des werktätigen Volkes hineingetragen.

Praktisch bereitete die Parteiführung nicht die gesamten Reihen der Partei, die Arbeiterklasse und die Volksmassen darauf vor, der Möglichkeit eines nicht-friedlichen Weges zu begegnen. Der schlagendste Beweis ist die ernste Tragödie nach dem Ausbruch und Scheitern der „30. September-Bewegung“ (d.h. die Verfolgungswelle nach dem faschistischen Militärputsch 1965 — Anm. AK). Innerhalb einer kurzen Zeit schaffte es die Konterrevolution, Hunderttausende von Kommunisten und nicht-kommunistischen Revolutionären zu massakrieren und zu verhaften, die sich selbst in einer passiven Position befanden, wodurch die Organisationen der PKI und die revolutionären Massenorganisationen paralysiert wurden.

Solch eine Situation wäre sicher nicht eingetreten, wenn die Parteiführung nicht vom revolutionären Weg abgewichen wäre. . .

Ausgehend von dem irrigen Standpunkt, daß die „Streitkräfte der Republik Indonesien keine reaktionären Streitkräfte sind“, wurde das Problem der „Arbeit in den feindlichen Streitkräften“ interpretiert als „Integration des wichtigen Organes des Staates mit dem Volk“ oder „Stärkung der Einheit zwischen Volk und Armee“. Das bedeutet, das Instrument der Gewalt der unterdrückenden Klassen mit den unterdrückten Klassen zu integrieren. Solch ein Irrtum konnte unterlaufen, weil die Parteiführung von der marxistisch-leninistischen Lehre über den Staat abgewichen war, und weil sie die Indonesische Republik nicht als bürgerlichen Staat und die Streitkräfte der Republik Indonesien nicht als ein Instrument des bürgerlichen Staates ansah. Die Parteiführung vergaß die Wahrheit, daß seit dem Scheitern der August-Revolution und dem völligen Übergang der Staatsmacht in die Hände der reaktionären Bourgeoisie, die Streitkräfte der Republik Indonesiens — obwohl durch die August-Revolution entstanden — als Ganzes automatisch ein Herrschaftsorgan der Klassen geworden waren, die den Staat beherrschten. Hinsichtlich ihrer Klassenherkunft als Söhne der Arbeiter und Bauern mögen die Unteroffiziere und Soldaten der Streitkräfte gewiß Elemente sein, die auf die Seite des Volkes übergehen könnten. Das kann aber nicht die Position der Streitkräfte als Ganzes, als Organ des Staates, das den Interessen der herrschenden Klasse dient, ändern.

Die Frage der Staatsmacht

Die von der Parteiführung verfolgte Linie des Rechtsopportunismus widerspiegelte sich auch in ihrem Verhalten zum Staat, besonders zum Staat der Republik Indonesien. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß „der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist, ein Organ zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“, daß „die Formen bürgerlicher Staaten stark verschieden sind, aber ihr Wesen gleich ist. . . die Diktatur der Bourgeoisie“, und daß „die Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen Staat“ (in Indonesien durch den volksdemokratischen Staat) „unmöglich ist ohne gewaltsame Revolution“. . .

Der Gipfel der Abweichung von der marxistisch-leninistischen Lehre über den Staat, den die Parteiführung beging, war die Formulierung der „Theorie von den zwei Aspekten in der Staatsmacht der Republik Indonesien“. Seit der Geburt der „Zwei Aspekte-Theorie“ wurden die marxistisch-leninistischen Prinzipien nur noch lose aufrechterhalten, soweit der Staat in allgemeinen Begriffen diskutiert wurde. Jedoch bei Diskussionen über den Staat in konkretem Sinn, d.h. über den Staat der Republik Indonesien, wurden die marxistisch-leninistischen Prinzipien völlig aufgegeben.

Die „Zwei Aspekte-Theorie“ sah den Staat und die Staatsmacht in folgender Weise:

„Die ökonomische Struktur (Basis) der gegenwärtigen indonesischen Gesellschaft ist immer noch kolonial und halb-feudal. Jedoch, zur selben Zeit gibt es den Kampf des Volkes gegen dies ökonomische System, den Kampf für eine nationale und demokratische Wirtschaft. . . Die Realitäten der Basis widerspiegeln sich auch im Überbau, einschließlich der Staatsmacht, und speziell im Kabinett. In der Staatsmacht widerspiegeln sich sowohl die Kräfte, die gegen das koloniale und feudale ökonomische System sind, wie auch die Kräfte, die den Imperialismus, die Reste des Feudalismus, den bürokratischen Kapitalismus und die Kompradoren verteidigen (d.h. jener Teil der Bourgeoisie, der unmittelbarer Schmarotzer und Nutznießer der Ausbeutung des Landes durch den Imperialismus ist — Anm. AK).

Die Staatsmacht der Republik Indonesien, als Widerspruch betrachtet, ist ein Widerspruch zwischen zwei gegenseitig streitenden Aspekten. Der erste Aspekt repräsentiert die Interessen des Volkes (vertreten durch den progressiven Standpunkt und die Politik des Präsidenten Sukarno, die von der PKI und anderen Gruppen des Volkes unterstützt werden). Der zweite Aspekt repräsentiert die Feinde des Volkes (vertreten durch Standpunkt und Politik der rechten Kräfte und Reaktionäre). Der Volksaspekt ist zum Hauptaspekt geworden und nimmt die führende Rolle in der Staatsmacht der Republik Indonesien ein.“ (Zitate aus „Hebt hoch das Banner der Revolution“ des nach dem faschistischen Putsch ermordeten Führers der PKI, Genossen Aidit — Anm. AK) Die „Zwei Aspekte-Theorie“ ist offensichtlich eine opportunistische oder re-

visionistische Abweichung, weil sie die marxistisch-leninistische Lehre leugnet, daß „der Staat das Herrschaftsorgan einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) nicht versöhnt werden kann.“ Es ist undenkbar, daß die Republik Indonesien gemeinschaftlich vom Volk und den Feinden des Volkes beherrscht werden könnte...

Die Teilnahme der Parteiführer an der Regierung – sowohl in der zentralen wie in der regionalen Verwaltung – durfte nicht so interpretiert werden, daß sich die Qualität des Aspekts der nationalen Bourgeoisie in der Staatsmacht in einen Volksaspekt verwandelt hätte. Denn die vereinten Kräfte der nationalen Bourgeoisie und des Proletariats wurden nicht vom Proletariat, sondern von der nationalen Bourgeoisie geführt. Die Position der Parteiführer in der Regierung, die ihnen keine reale Macht gab, war eine politische Konzession der nationalen Bourgeoisie, die die Unterstützung des Volkes in ihrem Widerspruch zur Kompradoren Bourgeoisie benötigte und, in gewissem Maß, auch zu den Imperialisten.

Mit Unterstützung der von der PKI geführten Massen konnte die nationale Bourgeoisie in gewissem Maß die Position der Kompradoren-Bourgeoisie in der Staatsmacht untergraben. Die Situation zeigte sich in einer Reihe politischer Maßnahmen, die die Regierung der Republik Indonesien traf. (Hier folgen spezielle Beispiele, die wir der Kürze halber auslassen – Anm. AK) ... Die Parteiführung, die in den Sumpf des Opportunismus gesackt war, überschätzte diese Entwicklungen und behauptete, daß der „Volksaspekt“ zum Hauptaspekt geworden sei und die führende Rolle in der Staatsmacht der Republik Indonesien übernommen habe. Es war, als näherte sich das indonesische Volk der Geburt einer Volksmacht...

Die PKI-Führung erklärte, daß die „Zwei Aspekte-Theorie“ völlig verschieden sei von der „Theorie der Struktur-Reformen“ der revisionistischen Führung der italienischen KP. Jedoch, sowohl theoretisch wie auf der praktischen Ebene gibt es gar keinen Unterschied zwischen den beiden „Theorien“. Beide haben als Ausgangspunkt den friedlichen Weg zum Sozialismus. Beide träumen von einer schrittweisen Veränderung im inneren Kräfteverhältnis und in der Staatsstruktur. Beide lehnen den Weg der Revolution ab, und beide sind revisionistisch.

Die anti-revolutionäre „Zwei Aspekte-Theorie“ beweist sich krass in der Behauptung, daß „der Kampf der PKI hinsichtlich der Staatsmacht darum geht, den pro-Volk-Aspekt voranzutreiben, um ihn größer und vorherrschend zu machen und die anti-Volk-Kräfte aus der Staatsmacht vertreiben zu können“.

Die Parteiführung nannte diesen anti-revolutionären Weg sogar den Weg der „Revolution von oben und unten“. „Von oben“ heißt, daß die PKI die Staatsmacht ermutigen müßte, revolutionäre Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sein sollten, personale Veränderungen im Staatsapparat vorzunehmen. Dagegen bedeutet „von unten“, daß die PKI das Volk mobilisieren und organisieren müßte, um dieselben Ziele zu er-

reichen. Das ist tatsächlich eine außerordentliche Phantasie! Die Parteiführung lernte nicht aus der Tatsache, daß das Konzept von Präsident Sukarno zur Bildung des Kooperations-Kabinetts (die Regierung der Nationalen Koalition alten Typs) acht Jahre nach seiner Ankündigung immer noch nicht verwirklicht worden war und es nicht einmal Anzeichen gab, daß es jemals verwirklicht werden würde, ungeachtet der ständigen Forderungen. Gar nicht zu reden von einer Veränderung in der Staatsmacht!

Es stimmt, daß Lenin einmal zeigte, daß die Möglichkeit der „Aktion von oben“ bestand, d.h. als die Möglichkeit bestand, am Vorabend der Russischen Revolution von 1905 sich an der provisorischen revolutionären Regierung zu beteiligen. Das war damals eine Periode politischer Erhebungen, in der eine Revolution begonnen hatte. Falls keine Möglichkeit bestehen würde, von oben zu handeln, so müßte Lenin zufolge Druck von unten ausgeübt werden, und dazu müßte das Proletariat bewaffnet werden. (vgl. dazu Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Anm. AK)

Es ist klar, wie groß der Unterschied

war zwischen der Situation und den Bedingungen, wie sie Lenin bei der Möglichkeit der „Aktion von oben“ wie auch „Aktion von unten“ zugrunde legt, und den Bedingungen in Indonesien für eine „Revolution von oben und unten“. Das erste wurde vorgebracht in einer revolutionären Situation, das letztere dagegen unter relativ friedlichen Bedingungen. Darüberhinaus wurde das letztere auf opportunistische Weise betrieben.

Die „Zwei Aspekte-Theorie“ ähnelt der Entstellung Kautskys von der marxistischen Lehre über den Staat. Theoretisch leugnete Kautsky nicht, daß der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist. Was er übersah und beschönigte, war, daß „die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt...“ (Lenin, Staat und Revolution, Anm. AK)

Um sich vom Sumpf des Opportunismus zu säubern muß unsere Partei diese „Theorie der zwei Aspekte in der Staatsmacht“ auf den Abfall werfen und die marxistisch-leninistische Lehre von Staat und Revolution wiederherstellen. ■



In den Jahren 1965/66 wurden Hunderttausende von Kommunisten ermordet

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 003160

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt 80
Postfach 800747
Tel.: 0611/306171
Mo. 18.00–21.00 Uhr
Do. 18.00–21.00 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

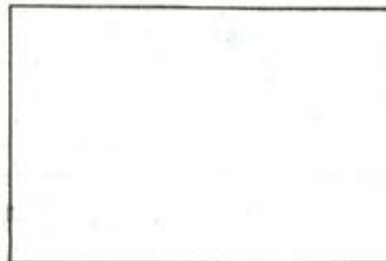
Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17.00 – 19.00 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

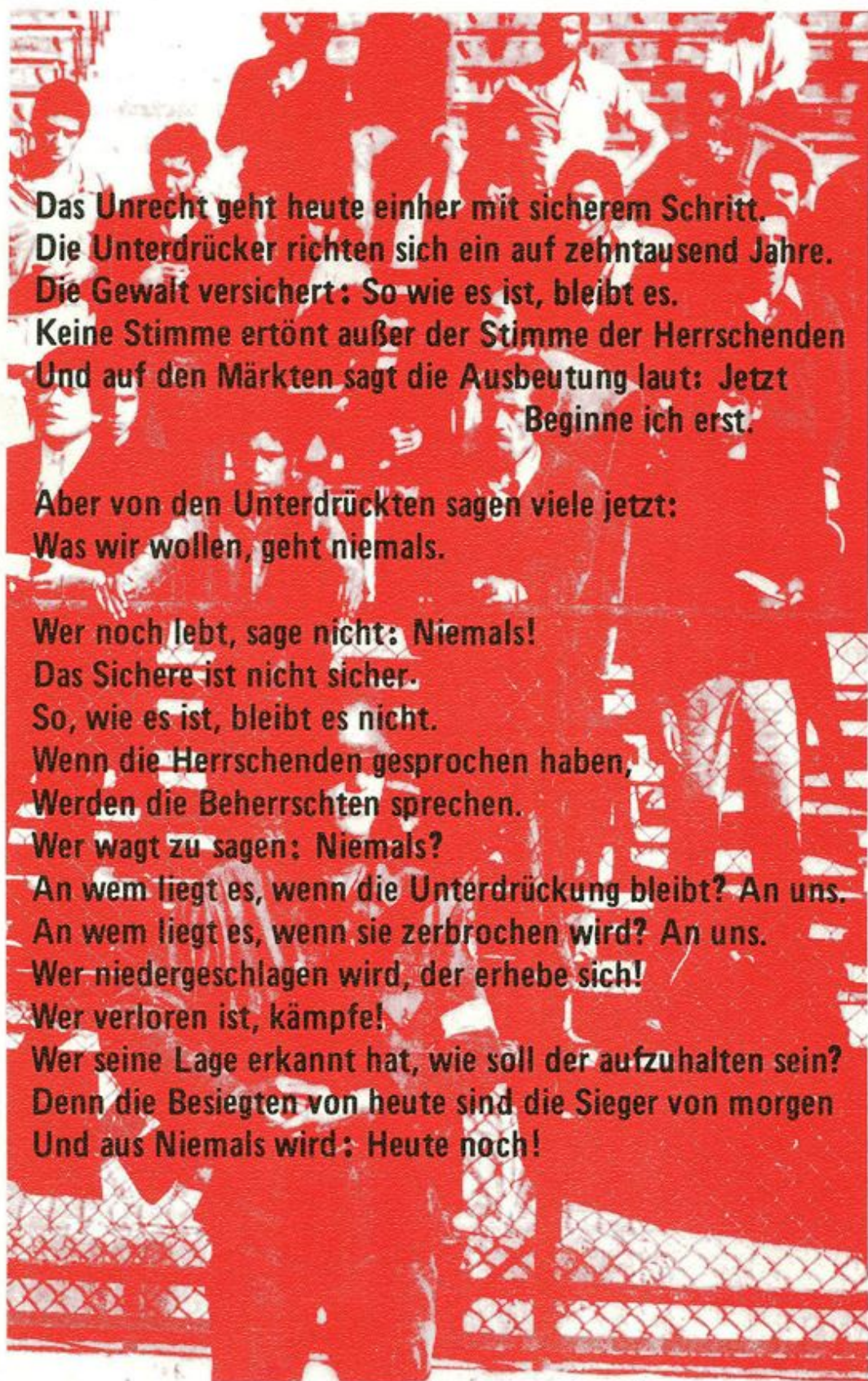


Impressum

1. Auflage: 5 000
2. erw. Auflage: 5 000 - 7 500
3. geänderte und erw. Auflage: 7 500 - 10 000

Druck und Herausgeber:
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
Verantwortlicher Redakteur:
Kai Ehlers, Verlagsadresse

Lob der Dialektik



Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt
Beginne ich erst.

Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.

Wer noch lebt, sage nicht: Niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: Niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? An uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus Niemals wird: Heute noch!

Bert Brecht